



KAUKASUS: KRISENREGION AM RANDE EUROPAS

Die Arbeit der FES in
Georgien, Armenien und
Aserbaidschan

DEUTSCHLAND

Blick in die Mitte der
Gesellschaft

4

SCHWERPUNKT

Georgische Zivilgesellschaft
nach dem Krieg

22

INTERNATIONAL

Weltwirtschaftsordnung
im Jahre 2020

38

3/2008

Schwerpunkte der FES im
Südkaucasus

Demokratieentwicklung und Konfliktlösung

— UNGELÖSTE TERRITORIALKONFLIKTE, Rohstoffreichtum, politische Instabilität und konkurrierende Interessen von Großmächten im Wettbewerb um Energielieferungen und geopolitischen Einfluss machen den Südkaucasus zu einer der brisantesten Regionen der Welt. Der Krieg zwischen Russland und Georgien im August dieses Jahres hat dies erneut verdeutlicht.



Die Friedrich-Ebert-Stiftung versucht mit ihrer Arbeit in den drei südkaukasischen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan neben der Förderung von Demokratie und zivilgesellschaftlichen Strukturen auch die regionale Zusammenarbeit zu stärken und eine friedliche Konfliktlösung zu unterstützen. Sie will damit einen Beitrag zu Stabilität, Verständigung, nachhaltigem Wachstum und der Annäherung des Südkaukasus an die Europäische Union leisten.

Die Konflikte um Abchasien und Südossetien in Georgien sowie um die armenische Enklave Nagorno-Karabach in Aserbaidschan sind das größte Hindernis für politische Stabilität und Sicherheit in der Region.

Alle drei Länder bleiben wegen der Konflikte weit hinter ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zurück. Die Konflikte schränken den Handel zwischen und mit den drei südkaukasischen Ländern ein und verhindern eine regionale Zusammenarbeit. In der Innenpolitik Armeniens, Georgiens und Aserbaidschans werden sie zu Zwecken des Machterhalts instrumentalisiert. Eine dauerhafte und nachhaltige Einbindung in die Europäische Union und die westliche Sicherheitsarchitektur ist ohne eine Lösung dieser Konflikte kaum denkbar. Daher fördert die FES in ihrer Arbeit eine friedliche Konfliktlösung und einen zivilen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Parteien. Dabei setzt

sie auf die Förderung der Verständigung zwischen den Bevölkerungen, auf vertrauensbildende Maßnahmen und auf einen politischen Dialog zwischen den Konfliktparteien.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union und der damit verbundenen Verschiebung der Außengrenzen der EU ist auch der Südkaucasus stärker in die Aufmerksamkeit der Europäischen Union gerückt. Europa hat ein Interesse, dass sich Georgien, Aserbaidschan und Armenien zu friedlichen, stabilen und demokratischen Nachbarn und Partnern der EU entwickeln. Für die EU ist die öl- und gasreiche Region um das Kaspische Meer zudem von geostrategischer Bedeutung zur Diversifizierung ihrer Energiequellen. Im Falle Georgiens geht das Interesse noch weiter: seit seinem Amtsantritt hat Präsident Saakaschwili die Europäische Integration zu einer seiner wichtigsten außenpolitischen Ziele gemacht. Aserbaidschan und Armenien sind in ihrer außenpolitischen Orientierung weniger eindeutig. Sie versuchen eine Balance zwischen den Interessen der USA, der EU und Russlands zu erreichen. Alle drei Staaten des Südkaukasus wurden im Jahr

2004 in die so genannte Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) aufgenommen. Die ENP fördert den politischen Dialog über Konfliktlösung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wirtschafts- und Sozialordnung in den drei Ländern. Durch ihre Finanzinstrumente setzt sie Anreize für wirtschaftliche und politische Reformen. Ziel der FES-Aktivitäten in diesem Bereich ist es, die Länder stärker an europäische Standards heranzuführen, die Zivilgesellschaft aktiv in diesen Prozess einzubinden und Herausforderungen für den weiteren ENP-Prozess zu identifizieren. Die Regierungen aller drei südkaukasischen Länder haben sich zu der Demokratisierung ihrer politischen Systeme verpflichtet. In unterschiedlicher Ausprägung gibt es in allen drei Staaten jedoch zum Teil schwerwiegende demokratische Defizite. Dabei bildet Aserbaidschan das Schlusslicht der Region. Eine politische Opposition, die dem Präsidenten İlham Aliyev bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober dieses Jahres gefährlich werden könnte, gibt es nicht. Parlament, Justiz und Medien sind nicht so unabhängig und frei, dass sie im Sinne einer demokratischen Gewaltenteilung ein Gegengewicht zur Exekutive bilden könnten. Auch in Armenien ist das Justizwesen nicht frei von politischem Einfluss und auch hier übt die Regierung Druck auf die Medien aus. Gewalttätige Ausschreitungen, die Inhaftierung von Oppositionellen und Vorwürfe der Wahlfälschung haben nach den Prä-

Artikel in dieser Ausgabe:

JUNI – JULI – AUGUST 2008

DEUTSCHLAND

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Blick in die Mitte der Gesellschaft	4
Konferenz in Berlin: Kapitalmärkte, Banken und die Rolle der Politik	9
Zum Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung: Kinder sind unverkäuflich!	20

SCHWERPUNKT

Herausforderungen für die georgische Zivilgesellschaft: Nach dem Krieg	22
FES unterstützt unabhängigen Journalismus: Medienarbeit im Südkaukasus	30
Blick aus Moskau auf die Region: Russlands Kaukasus	34
Hinter den Kulissen - Auslandsbüros stellen sich vor Georgien: Ein krisenbewährtes Team	36

INTERNATIONAL

Wie wird die Weltwirtschaftsordnung im Jahr 2020 aussehen?	38
Deutsch-Japanische Konferenz in Tokio: Riesige Potentiale der Energieeffizienz	42
Zeitschrift „Nueva Sociedad“: Wie links ist die lateinamerikanische Linke?	58
Hinter den Kulissen - Auslandsbüros stellen sich vor Ägypten: Am Schnittpunkt der Kulturen	60
Publikationen	62
Impressum	63

sidentschaftswahlen im Februar dieses Jahres Schatten auf die in vielen Bereichen gute Reformbilanz Armeniens geworfen. Georgien wiederum galt auf Grund seiner schwachen und dysfunktionalen Institutionen lange Zeit als zerfallender Staat (failed state). Durch eine Vielzahl von Reformen hat es die Regierung nach der Revolution von 2003 jedoch geschafft, die staatlichen Institutionen im Land zu konsolidieren. Hinsichtlich seines Demokratisierungsprozesses steht das Land allerdings weiterhin vor großen Herausforde-

rungen. Zwar hat Georgien im Jahr 2008 die kompetitivsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit seiner Unabhängigkeit abgehalten, doch beklagen politische Opposition, Medienvertreter, Menschenrechtsgruppen und internationale Beobachter weiterhin Demokratiedefizite in allen Bereichen. Die Förderung demokratischer Institutionen und einer demokratischen politischen Kultur steht deshalb im Zentrum der FES-Arbeit im Südkaukasus. (mehr dazu im Schwerpunkt ab Seite 22)

Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Blick in die Mitte der Gesellschaft

— VIELE REDEN VON IHR, ALLE WOLLEN SIE GEWINNEN, DOCH NIEMAND KANN SIE WIRKLICH GREIFEN: DIE MITTE DER GESELLSCHAFT. Gemeint ist mit diesem Begriff die große Mehrheit der Bevölkerung und die diese Personen verbindenden Handlungsweisen und Einstellungsmuster.



Welche politischen Stimmungen sind vorherrschend bei der Mehrzahl der Bevölkerung? Meinungsbefragung der FES (Foto: Publix)

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung haben Wissenschaftler der Universität Leipzig in bundesweit zwölf Gruppendiskussionen Personen nach ihren politischen Meinungen befragt, um daraus Rückschlüsse auf die Entstehungsbedingungen demokratischer oder rechtsextremer Einstellungen zu ziehen.

„Wir wollten die politischen Aussagen mit den Lebensläufen der befragten Personen in Verbindung bringen“, erläutert Projektleiter Dr. Oliver Decker. Der dabei entstehende „Blick in die Mitte“ – so der Titel der Studie – wurde im Juni veröffentlicht und schließt an die Repräsentativbefragung „Vom Rand zur Mitte“ über das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in Deutschland vom Herbst 2006 an.

Rechtsextremismus gedeiht auf dem Boden von Angst- und

Ausgrenzungserfahrungen. Gleichzeitig zeigen sich weit verbreitete ausländerfeindliche Einstellungen sowie eine geringe Wertschätzung der Demokratie in der deutschen Bevölkerung – so ein Kurzfazit der Untersuchung. Ausländerfeindliche Ressentiments zeigten mit besorgniserregender Selbstverständlichkeit auch Personen, die sich in der Fragebogenuntersuchung 2006 nicht rechtsextrem geäußert hatten. Ein Grund für die Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund ist der von vielen verspürte hohe gesellschaftliche Normierungsdruck. Weil Sanktionen gegenüber abweichendem Verhalten akzeptiert werden, geraten insbesondere Migranten sowie Arbeitslose unter Anpassungsdruck und werden ausgrenzt.

Daneben verbindet sich das Unverständnis vieler Befragter

der Möglichkeiten zur Mitgestaltung in einer Demokratie mit einer alarmierenden Geringschätzung des demokratischen Systems: Demokratie wird nicht als Freiheit garantierender Wert anerkannt, sondern nur insofern akzeptiert, wie sie individuellen Wohlstand garantiert. Schließlich zeigte sich, dass die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit auch heute noch große Bedeutung hat: „Wir können sogar bei heute 20- bis 30-jährigen feststellen, dass eine demokratische Einstellung häufig einhergeht mit einer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Scham und Schuld über die familiären Verstrickungen zulässt“, so Decker.

Auch zu möglichen Konsequenzen der Untersuchungsergebnisse äußern sich die Autoren der Studie: Das Wissensdefizit über die Demokratie müsse abgebaut und Empathiefähigkeit gegenüber anderen Lebensweisen gefördert werden. Die Erinnerung der deutschen NS-Vergangenheit sollte sowohl inhaltlich als auch emotional ausgestaltet werden.

DIE STUDIE IM NETZ

www.fes.de/rechtsextremismus/studie

Keine Blaupause für Reformen

Die sozialen Sicherungssysteme Großbritanniens, Schwedens und Deutschlands gelten als geradezu idealtypische Beispiele für den liberalen (Großbritannien), den sozialdemokratischen (Schweden) und den konservativen (Deutschland) Wohlfahrtsstaat. Die Systeme sind fundamental verschieden, ihre Wirkung und Ausrichtung ebenfalls.

Auf der anderen Seite lassen sich die Problemlagen vergleichen. Dazu zählen der demographische Wandel, Haushaltsdruck und die Globalisierung. Als Referenten für die Tagung am 12. Juni in Erfurt konnten die US-amerikanische Sozialwissenschaftlerin Dr. Dorian Woods, der in London lebende Journalist Stefan Marx und der ehemalige schwedische Botschafter in Deutschland, Carl Thamm, gewonnen werden. Die Referenten stellten die unterschiedlichen Reformstrategien dar und verzichteten dabei nicht auf eine persönliche Einschätzung. Dorian Woods bescheinigte dem deutschen System „mangelnde Zukunftsfähigkeit“, weil dessen Schwerpunkt auf der Alterssicherung und nicht etwa auf Bildung oder einer aktiven Arbeitsmarktpolitik liege. Dies habe sich auch nach den Reformen des Jahres 2003 nicht wesentlich geändert.

Carl Thamm erklärte, dass die Ausrichtung der Sozialsysteme grundsätzlich „Ergebnisse der Machtverteilung unterschiedli-

cher Interessengruppen“ seien und das schwedische System nach den Reformen der konservativen Regierung in den neunziger Jahren nicht mehr das ist, was es einmal war. Als Beispiel nannte er die Privatisierung von Dienstleistungen und die Orientierung des Staates an den strengen Inflationszielen der Eurozone, die nach seiner Einschätzung zu dauerhafter Arbeitslosigkeit führe.

Durch die erneute Regierungsübernahme der Konservativen sieht Thamm die erfolgreichen Grundsätze des schwedischen Systems „in Frage gestellt.“ Auf Großbritannien bezogen bemerkte Stefan Marx, dass die Ausgangslage für „New Labour“ beim Regierungsantritt im Jahr 1997 alles andere als einfach war. Die Regierungen Thatcher/Major veränderten das System radikal und hinterließen rund 14 Millionen in Armut lebende Menschen. Der „Dritte Weg“ der neuen Regierung zielte auf die Integration abgehängter Schichten der britischen Bevölkerung. Kennzeichnend für diesen Weg war, dass die Reformen auf „Eigenverantwortung“ zielten und die Menschen zu einem gesellschaftlichen Aufstieg – besser: Wiedereinstieg – befähigen sollten.

Zu den politischen Maßnahmen zählte die Einführung eines Mindestlohns, der Ausbau der negativen Besteuerung, die Bekämpfung der Kinderarmut und die massive Ausweitung

der aktiven Arbeitsmarktpolitik. In der abschließenden, von dem Jenaer Sozialrechtler Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer moderierten Diskussion, konnten sich die Referenten nicht auf eine „Blaupause“ für Reformen des Sozialstaats einigen. Eichenhofer stellte jedoch fest, dass die Länder der Eurozone zunehmend an gemeinsamen Lösungen interessiert seien. Grundsätzlicher schloss Carl Thamm die Diskussion und bemerkte prinzipiell, dass „die Frage, ob Solidarität den Kräften der Globalisierung standhalten kann“ nicht beantwortet ist.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++

Die notwendigen Veränderungen des deutschen Bildungssystems erörterte die Bundespräsidentenskandidatin Gesine Schwan mit dem Audiopersonalvorstand Werner Wüdicke im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung zur „**Zukunft der Bildung**“ in Ingolstadt. Die Umstellung des Bildungssystems sei jederzeit machbar, erklärte Schwan: „Wir haben doch eigentlich alle Lösungen“, aber man müsse erst eine grundsätzliche Frage entscheiden: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In einer, in der sich Reiche hinter Bildungsmauern verschanzen oder in einer Welt, in der alle miteinander lernen?“

Bildung ist Wohlstand

Bedrohen hohe Staatsschulden und die demographische Entwicklung die Zukunft der jungen Generation? Eine Konferenz der FES in Berlin zum Thema Generationengerechtigkeit kam zu einer anderen Schlussfolgerung: Wichtiger als Angstsparen sind gezielte Investitionen, vor allem in Bildung!



Zwei auf dem Podium: Prof. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung, und Edelgard Bulmahn, ehemalige Bundesministerin für Forschung und Bildung (Foto: Zensen)

Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, sollte die Entwicklung der gesamten Gesellschaft im Mittelpunkt stehen, sagte die FES-Vorsitzende Anke Fuchs zur Begrüßung. Es gehe um die Entwicklung nachhaltigen Wohlstandes, der allen Menschen nutze. Professor Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung, räumte zunächst mit dem Vorurteil auf, dass eine schrumpfende Bevölkerung zwangsläufig zum Kollaps der Sozialsysteme führe. Ganz vereinfacht erhielten Generatio-

nen, die die Renten für viele Ältere zahlen müssten, später auch ein höheres Erbe. Der Wirtschaftsweiser rechnete vor, dass das reale Vermögen in Deutschland auch in den vergangenen Jahren gewachsen sei – allerdings immer ungleicher verteilt. Nicht das Land an sich sei unterfinanziert, sondern der Staat. „Privater Reichtum, verarmter Staat“, brachte es Bofinger auf den Punkt. Für nachhaltigen Wohlstand, auch für spätere Generationen, seien Investitionen wichtiger als Steuersenkungen oder ein schneller Abbau der Verschuldung durch Tilgungen. Dazu gab es energischen Widerspruch von Randolph Rodenstock vom Verband der Bayerischen Wirtschaft, der zwar gleichfalls für höhere Investitionen etwa für höhere Investitionen in Bildung und in die Infrastruktur, jedoch zugleich für niedrigere Steuern plädierte. Mit Annelie Buntenbach vom DGB-Vorstand konnte er sich nicht darauf einigen, mit einer höheren Besteuerung von Erbschaften und Vermögen Geld für Zukunftsprojekte locker zu machen, sondern setzte ganz

auf den Subventionsabbau. Professor Gustav A. Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung analysierte die aktuelle Diskussion, die Staatsverschuldung per Grundgesetz zu begrenzen. Sinnvoller als eine „Schuldenbremse“ sei die Festlegung des Ausgabepfades: Wenn sich Bund, Länder und Gemeinden verpflichteten, dass ihre Ausgaben etwas langsamer wachsen als das BIP im langfristigen Durchschnitt, könnten die Einnahmen im Rhythmus der Konjunktur schwanken, während diese durch die stetigen öffentlichen Ausgaben stabilisiert würde.

Der Philosoph und Bildungsexperte Professor Gerhard Kruijff beschrieb das Bildungsparadoxon: Auch die positive materielle Wirkung von Bildung ist nur erreichbar, wenn nicht jede Bildungsanstrengung nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit abgeklopft werde: „Bildung steigert nicht nur den Wohlstand, Bildung ist eine Form von Wohlstand.“

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

Die Frage, wie das deutsche Bildungswesen umgebaut werden muss, damit es gleiche Bildungschancen für alle gibt, stand im Juni im Mittelpunkt eines zweitägigen Symposiums im badischen Breisach. Durch Impulsvorträge von Prof. Peter Struck von der Universität Hamburg, Prof. Klaus Künzel von der Universität Köln sowie Gerda Holz vom Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit aus Frankfurt konnten sich die Teilnehmer einen Überblick verschaffen, wie eine **moderne und zukunftsgerichtete Bildungspolitik** aussehen könnte. Fazit: Die Bildungskette beginnt mit der Geburt und geht bis ins hohe Alter. Alle gesellschaftlichen Institutionen sind gefordert, lebenslanges Lernen zu unterstützen.

Lässt sich die Lücke zwischen Wünschbarem und Finanzierbarem schließen?

Wie gesund ist Deutschland? Sind Gesundheitschancen gleich verteilt? Das neue Thesenpapier des Managerkreises „Wachstum und Gesundheit – Chancengleichheit, Wettbewerb und Konsumentensouveränität“ fordert eine ganzheitliche Gesundheitspolitik und qualitätsfördernden Wettbewerb. Wachstum allein ist dabei kein Indikator für eine bessere Gesundheitsversorgung. Der Managerkreis formulierte am 11. Juni klare Forderungen für qualitätsorientierten Wettbewerb: Versicherungspflicht bei freier Wahl der Krankenkasse, Direktverträge von Versicherungen mit Ärzten und Krankenhäusern sowie die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln. Eine integrierte Versorgung – über ambulante Gruppenpraxen, medizinische Versorgungszentren oder ambulant behandelnde Krankenhausärzte – gilt als zukunftsweisend. Die Grenze zwischen ambulanter und stationärer Versorgung könne durch die Einführung von Fallpauschalen in der ambulanten Versorgung überwunden werden. Prof. Dr. Bert Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrats, spricht sich wie der Managerkreis für mehr Transparenz aus: Wenn der Patient die Qualität medizinischer Leistungen nachvollziehen könnte, würden sich auch bei konstanten Fallpauschalen die qualitativ hochwertigsten

Angebote durchsetzen. Angesichts der größeren wachsenden Lücke zwischen Wünschbarem und dem von der gesetzlichen Krankenversicherung Finanzierbaren sei die Einführung eines Basisleistungskatalogs unausweichlich. Wo nicht medizinische Notwendigkeit, sondern Wohlbefinden den Zusatznutzen begründen würden, müsse privat finanziert werden. Prof. Rürup wies jedoch auf die Umsetzungsschwierigkeiten hin: Der Leistungskatalog bilde immer eine gesellschaftliche Auffassung ab, das Kriterium des medizinisch Notwendigen sei nicht zweifelsfrei definierbar. Marion Caspers-Merk, Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, stellte insbesondere die Notwendigkeit gleicher Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitsleistungen in den Vordergrund. Das deutsche System ist davon jedoch weit entfernt. Der Gesundheitsbericht des Robert-Koch-Instituts zeigt eine deutliche Abhängigkeit des Gesund-

heitszustands vom sozialen Status und Bildungsniveau. Konsens herrschte darüber, dass erfolgreiche Gesundheits-erziehung und Prävention am Anfang stehen müssen. Momentan werden nur 4% der GKV-Versicherten von Präventionsangeboten erreicht. Das im Frühjahr 2008 gescheiterte Präventionsgesetz gehöre deshalb wieder auf die Tagesordnung.

Mehr Transparenz, besserer Zugang: Marion Caspers-Merk und Bert Rürup diskutieren über das Gesundheitssystem (Foto Zensen)



AUDIO-BEITRAG

www.managerkreis.de/media/Wachstum_Gesundheit_VA_11.06.08.mp3
THESENPAPIER
www.managerkreis.de/media/MK_Thesen_WachstumGesundheit_Juni2008.pdf

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++

Die Expertise des Sachverständigenrats „**Das deutsche Finanzsystem – Effizienz steigern – Stabilität erhöhen**“ stand im Mittelpunkt eines Hintergrundgesprächs des Managerkreises der FES am 19. Juni mit Prof. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates. Die Expertise stellt an die Wirtschaftspolitik die Forderung, angesichts anhaltender Unsicherheit auf den globalen Kapitalmärkten den Blickpunkt auf Stabilität und Risikotragfähigkeit des Systems zu verstärken. Bofingers Gesprächspartner waren u.a. Dr. Annette Fugmann-Heesing, MdB, Berliner Senatorin und Bürgermeisterin a.D., Wolfgang Roth, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, und Dr. Thilo Sarrazin, Senator für Finanzen in Berlin.

Flexibilität, aber auch Absicherung

Atypische Beschäftigungsformen sind auf dem Vormarsch – nicht nur in Deutschland. Sichtbar wird dies z.B. an der Zunahme von Niedriglöhnen, Zeitarbeit, Minijobs, Befristungen und Soloselbstständigkeit: 1991 waren in Deutschland etwa 20

sprachskreises Arbeit und Qualifizierung der FES am 19. und 20. Juni in Berlin.

Nach Ansicht des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und der stellvertretenden Vorsitzenden Annelie Buntenbach hat die Deregulierungspolitik der

märkten einen unterschiedlichen Stellenwert haben. So sind beispielsweise Niedriglohnjobs in Frankreich und in Skandinavien deutlich weniger weit verbreitet als in Deutschland. In Großbritannien existiert eine sog. Mindestlohnkommission, die z.B. Empfehlungen für die Höhe der Mindestlöhne gibt. In den Niederlanden z.B. sind atypische Beschäftigungsformen relativ stark verbreitet. Sie sind allerdings besser ausgestaltet und abgesichert und damit nicht in dem Maße prekär wie in Deutschland.

Einige Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern haben ihre Politik im Hinblick auf atypische Beschäftigungsverhältnisse geändert und neue Vertretungsstrukturen aufgebaut. Sie führen gezielte öffentliche Kampagnen durch, um Arbeitsbedingungen zu verbessern und bemühen sich darum, die Beschäftigten oder Soloselbstständige als Mitglieder zu gewinnen.

In Deutschland ist neben den Gewerkschaften auch die Politik gefordert, sowohl den Notwendigkeiten und dem Wunsch nach mehr Flexibilität Rechnung zu tragen, als auch die Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung der Beschäftigten zu verbessern.

MEHR ZUM THEMA

Die Referate der Veranstaltung: www.fes.de/wiso/sets/s_aq_vera.htm

% aller abhängig Beschäftigten in dieser Form beschäftigt; im Jahr 2005 bereits mehr als ein Drittel. Vor allem für berufliche Neueinsteiger, für Frauen, Migranten und Beschäftigte über 50 Jahren sind atypische Beschäftigungsformen zunehmend Realität. Nicht nur in Bezug auf das Einkommen, die Arbeitsbedingungen und die Aufstiegsperspektiven, sondern auch im Hinblick auf die soziale Absicherung sind die so Beschäftigten schlechter gestellt als andere.

Diese Entwicklungen in der Arbeitswelt in Deutschland und in vergleichbaren europäischen Ländern standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung des DGB, der Hans-Böckler-Stiftung und des Ge-

letzten Jahre zu einer stärkeren Spaltung des Arbeitsmarktes in Deutschland beigetragen. Notwendige politische Antworten auf diese Entwicklungen seien u.a. gesetzliche Mindestlöhne und Beschränkungen im Bereich der Leih-/Zeitarbeit. Aber auch die Gewerkschaften seien gefordert, sich stärker um die Formulierung gemeinsamer Interessen zu kümmern. Von den Referentinnen und Referenten aus Großbritannien, Österreich, Frankreich, Italien und den Niederlanden erfuhren die Teilnehmer der Tagung z.B., dass Formen der Soloselbstständigkeit, der Leih-/Zeitarbeit und der Niedriglohnbeschäftigung unterschiedlich stark verbreitet sind und auf den jeweiligen Arbeits-

Konferenz des Kocheler
Kreises in Berlin

Kapitalmärkte, Banken und die Rolle der Politik

— DIE FINANZMARKTKRISE, die auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt ihren Anfang nahm, stellt auch heute noch eine erhebliche Bedrohung nicht nur für das weltweite Finanzsystem, sondern auch für die reale Wirtschaftsentwicklung dar. Der Abschreibungsbedarf und die Zahl von (Fast-)Insolvenzen im Bankensektor nehmen immer weiter zu.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Kocheler Kreis der FES auf seiner diesjährigen Sommertagung am 13. und 14. Juni in Berlin mit der Frage beschäftigt, welche Ursachen der Finanzmarktkrise zugrunde liegen und welche Konsequenzen zu ziehen sind. Die exzessiven Übertreibungen auf den Kredit- und Verbriefungsmärkten sind nach Einschätzung von Tagungsteilnehmern primär die Folge einer zu weitgehenden Deregulierung der Finanzmärkte. Aufgrund des massiven Marktversagens sei es nicht angebracht, zukünftig allein auf eine schärfere Selbstregulierung der privaten Finanzmarktakteure zu hoffen. An einer stärkeren und effizienteren staatlichen Regulierung führe kein Weg vorbei, beispielsweise in Form höherer Eigenkapital- und Liquiditätsreservevorschriften. Die Verbriefungsprodukte sollten stärker standardisiert, die Verbriefungsmärkte transparenter gestaltet und die kreditverbriefenden Banken sollten verpflichtet werden, einen Teil der Kreditrisiken selber in ihren Bilanzen einzubehalten. Letztlich sei auch eine engere internationale Kooperation der nationa-

len Aufsichtsbehörden unumgänglich. Den in Deutschland unter besonderer Beobachtung stehenden öffentlichen Banken wurde bei einem genaueren Blick auf ihren Wertberichtigungsbedarf keine viel schlechtere Leistung als den privaten Finanzinstituten zugewiesen. Dennoch sei es problematisch, dass sie sich offensichtlich nicht auf ihr Kerngeschäft konzentriert hätten, nämlich die Finanzierung von Investitionsprojekten, die im öffentlichen Interesse liegen. Vielmehr scheinen sie dem allgemeinen Herdentrieb der Privatbanken bis in die Krise gefolgt zu sein. Die Krise habe einen erheblichen Konsolidierungsbedarf offenbart. Die Finanzmarktkrise wurde als das Ergebnis der weltweiten makroökonomischen Ungleichgewichte beschrieben, die sich im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte in Gestalt von immer größeren Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten sowie einer zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen aufgebaut haben. Dies hatte extreme globale Finanzströme zur Folge, die nach Finanzanlagen mit hohen Erträgen suchten und er-



Den Ursachen der Finanzkrise auf der Spur: MdB Reinhard Schultz, Mittelstandsbeauftragter und Mitglied des Finanzausschusses der SPD-Bundestagsfraktion; im Hintergrund links: Rudolf Zeeb, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, rechts: Dieter Vesper, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). (Foto: Amman)

heblich zur Blasenbildung und zur Destabilisierung des Finanzsystems mit beigetragen. Für eine nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung wurde während der Tagung daher neben einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte auch eine gerechtere und damit effizientere Einkommens- und Verteilungspolitik sowie eine stärkere internationale Koordination der Wirtschaftspolitiken als unumgänglich erachtet.

MEHR ZUM THEMA
www.fes.de/wiso

— Neuer Sprecher des Managerkreises

Zum neuen Sprecher des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung hat dessen Steering-Komitee am 27. Juni einstimmig Dr. Karl Kauermann (Bild), K.M.T. Immobilien AG, gewählt.

Kauermann löst Ulrich Pfeiffer, empirica ag, ab, der das Amt seit der Gründung des Managerkrei-



(Foto: Bollhorst)

ses 1991 innehatte und nicht mehr zur Wiederwahl antrat. Der 69-jährige Diplom-Volkswirt bleibt dem Kreis jedoch als stellvertretender Sprecher weiterhin erhalten.

Der 62-jährige Volkswirt Kauermann machte in seiner Karriere als Sparkassenvorstand und Vorstand der Hessisch-Thüringischen Landesbank Station. 1998 wechselte er in die Volksbanken-

Gruppe, wo er ein Jahr später den Vorstandsvorsitz der fusionierten Berliner Volksbank übernahm. Mitte 2006 verließ er das Geldinstitut. Seitdem führt Kauermann in Berlin die auf Gewerbeimmobilien spezialisierte KMT Immobilien AG. Neben Ulrich Pfeiffer wurden die stellvertretenden Sprecher Prof. Dr. Heik Afheldt, Publizist und Wirtschaftsberater in Berlin, Werner Engelhardt, Herkules Consulting in Karlsruhe, und Christiane Krajewski, Managing Director Leonardo & Co. in Frankfurt, im Amt bestätigt. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden Dr. Michael Domitra als Leiter der Stabsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung und Geschäftsführer des Managerkreises, Dieter Bock, Partner der TransCare AG, Alfred Geißler, Mitglied des Vorstandes Vattenfall Europe AG, Reinhold Kopp, Rechtsanwalt, Dr. Werner Müller, Vorsitzender des Vorstands Evonik Industries AG in Essen, Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Berlin, und Gert von der Groeben, Generalbevollmächtigter der E.ON AG in Düsseldorf.

— Nachhaltige Finanzpolitik oder Populismus

„Warum die Forderung nach Steuerentlastungen zu kurz greift“, war Titel einer Veranstaltung von BayernForum und Managerkreis der FES am 16. Juli in München. Rund 80 Gäste aus Politik und Wirtschaft waren gekommen, um den Vortrag des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin zu hören. Sarrazin erläuterte anhand von Daten zur Staats-

verschuldung und daraus folgenden Zinsbelastungen, warum die Forderung nach Steuerentlastungen gerade auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht gerecht werden könne: „Wer die Steuerabgaben senken will, muss auch sagen, wo er dafür im Sozialbudget Ausgaben streichen will.“ Mit einem Rückblick auf die Steuerbelastungen seit 1998 zeigte Sarrazin seinem Publikum außerdem, dass der reale Nettolohn in den vergangenen zehn Jahren gestiegen ist. „Die Debatte ‚Mehr Netto vom Brutto‘ hat also nichts mit der Wirklichkeit zu tun“, so der Finanzsenator. Dennoch ließen sich die Menschen von populistischen Parolen beeindrucken: „Diese Unzufriedenheit nährt den Wunsch nach einfachen Lösungen – nur sind diese nicht in der staatlichen Abgabepolitik zu suchen.“



Die Sprecherin des Managerkreises in Bayern, Klaudia Martini, stellte den Gast aus Berlin vor: Finanzsenator Thilo Sarrazin.

Wie sicher sind unsere Daten?

Das „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ stand im Mittelpunkt der diesjährigen Datenschutzkonferenz der FES am 1. Juli. Das Bundesverfassungsgericht hat unter der Leitung von Prof. Dr. Hoffmann-Riem dieses Grundrecht mit seiner Entscheidung zur Online-Durchsuchung vom 27. Februar 2008 eingeführt. Es soll Schutz vor staatlicher Ausforschung und vor Zugriffen privater Dritter bieten. Damit ergänzt es die anderen Freiheitsrechte, zu denen insbesondere der Schutz des Telekommunikationsgeheimnisses, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und die informationelle Selbstbestimmung zählen.

Die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, betonte auf der Konferenz, dass der Staat die Bürger jedoch nicht vor sich selbst schützen könne. Viele Bürger stellten viel zu leichtfertig ihre persönlichen Daten ins Internet und erhöhten dadurch die Gefahr des Missbrauchs.

Jörg Tauss, MdB, unterstrich, dass die Fälle von Datenmissbrauch der letzten Monate seitens staatlicher Institutionen und Unternehmen dazu verholten hätten, die enorme Bedeutung der Datensicherheit wieder in den Vordergrund zu rücken. Es gehe um Informationsfreiheit, die Sicherheit informationstechnischer Systeme und den Schutz der Bürger vor Datenmissbrauch. Datenschutz dürfe nicht als bürokratische



Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, fordert die Bundesländer auf, ihre Datenschutzbeauftragten besser auszustatten, sodass sie ihre Funktion wirksam erfüllen können. (Foto: Zensen)

Last begriffen werden, sondern müsse breite Zustimmung finden.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/medienpolitik

Eigenverantwortung oder neue Lasten?

Das Schlagwort „Eigenverantwortung“ ist während der letzten Jahre in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik regelrecht in Mode gekommen. Dabei ließ sich leicht erkennen, dass der Begriff auf eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Leistungsempfängern zielt. Fraglich und umstritten ist jedoch, ob damit nur die Abwälzungen von Lasten kaschiert werden oder ob zusätzliche Entscheidungsspielräume für

die Betroffenen entstehen können. Dieser Frage widmete sich sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus politischer Perspektive ein Workshop der FES, der gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und der Universität Göttingen vom 19. bis 20. Juni in Berlin stattfand. Nachwuchskräfte aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbänden konstatierten, dass die bisherigen Reformen nur in wenigen Fällen zu Eigenverantwortung

im Sinne von Autonomiegewinnen beigetragen und stattdessen oft Leistungskürzungen und Privatisierung sozialer Risiken befördert haben. Zugleich wurde im Blick auf die gewandelten Lebenslagen größerer Teile der Bevölkerung (Alleinerziehende, aktive Alte, Kreativwirtschaft) erkennbar, dass es weiterhin sozialpolitischen Reformbedarf gibt und dass eine Weiterentwicklung des Paradigmas der Eigenverantwortung keineswegs weitere soziale Ungerechtigkeit bedeuten muss.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/wiso/sets/s_sozial_publ.htm

Mobilität, aber klimagerecht

Um auch noch im Jahr 2050 individuelle und massenhafte Mobilität zu ermöglichen, muss der Verkehr wesentlich effizienter werden. Dabei sollten Staaten wie Deutschland eine politische und technische Vorbildfunktion übernehmen. Das war das Fazit der Tagung „Mehr Mobilität, aber klimagerecht“ des FES-Arbeitskreises Innovative Verkehrspolitik und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin.

Schon bei der Einführung kritisierte der Verkehrswissenschaftler Helmut Holzapfel von der Universität Kassel den jüngsten Kompromiss zu den CO₂-Grenzwerten für Autos in der Europäischen Union. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe sich der Autolobby gebeugt.

Durch den Kompromiss, den Merkel mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy geschlossen habe, komme die CO₂-Minderung deutlich später und falle insgesamt viel geringer aus als eigentlich von der EU-Kommission geplant.

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee verteidigte den CO₂-Kompromiss. Man dürfe die deutsche Autoindustrie nicht zu stark belasten, sonst habe sie einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der italienischen und französischen Industrie. Tiefensee betonte, dass Straße und Schiene besser verbunden werden müssten. Auch sei die Hinterlandanbindung der Seehäfen enorm wichtig. Er verteidigte die von ihm geplante Erhöhung der Lkw-Maut. Be-

reits die Einführung der Lkw-Maut habe zu der gewünschten Verlagerung auf die Schiene geführt.

Jürgen Lehold, Leiter Konzernforschung bei VW, verteidigte sein Unternehmen gegen den Vorwurf, das Drei-Liter-Auto nicht aktiv genug vermarktet zu haben: „Der Markt war damals noch nicht reif.“ Verkehrsstaatssekretär Ulrich Kasparick plädierte in seinem Abschlussstatement dafür, den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Selbst wenn Deutschland seine Vorgaben voll erfüllen würde, wäre das irrelevant im Vergleich zum Zuwachs in China und Indien. Dennoch sollte Deutschland Vorbild sein und seine Technologie weltweit verbreiten.

— Lob für konsequenten Stadtumbau in Cottbus

Der demografische Wandel wird die Entwicklung der deutschen Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten entscheidend mitprägen. Bevölkerungsrückgang, Alterung und Wegzug, insbesondere in den neuen Bundesländern, haben tiefgehende Folgen für das kommunale Handeln und führen auch in der Wohnungswirtschaft zu weitreichenden Umwälzungen.

Vor diesem Hintergrund hatte der Managerkreis Berlin-Brandenburg in Kooperation mit dem FES-Landesbüro Brandenburg am 2. Juli nach Cottbus zur Podiumsdiskussion „Demographischer Wandel und Wohnungswirtschaft“ eingeladen. Mit Wolfgang Tiefensee als zuständigem Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung (Bild) sowie Beauftragtem für die neuen Bundesländer diskutierten Frank Szymanski, Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Dr. Torsten Kunze, Geschäftsführer der Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH, sowie Ludwig Burkardt vom Verband

Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen. Tiefensee stellte dar, dass in Brandenburg bis zum Jahr 2020 mit einer Bevölkerungsabnahme von 3,5% zu rechnen ist. Durch konsequenten Stadtumbau sei gerade Cottbus ein positives Beispiel, so Tiefensee. Mit den Programmen der Bundesregierung sei es gelungen, überschüssiges Wohnungsangebot durch Abriss zu reduzieren und die Quartiere aufzuwerten. Tiefensee warnte dabei vor einer weitgehenden Privatisierung: „Die Stadt muss es in der Hand behalten, Wohnquartiere nach den Bedürfnissen der Menschen selbst zu planen, wenn sie eine Zukunft haben will.“



(Foto: Liebe)

Energiemix 2020

Bereits heute ist die alternative Energiewirtschaft einer der wachstumsstärksten und innovativsten Industriezweige in Deutschland. In welchem Verhältnis erneuerbare Energien und traditionelle Energieträger genutzt werden sollten, diskutierte der Managerkreis Rhein-Main am 28. August mit Prof. Dr. Fritz Vahrenholt. Als Politiker und Manager ist er bereits seit 30 Jahren in der Umweltbranche aktiv. Zuletzt wechselte er vom Windanlagenbauer Repower an die Spitze der im Februar dieses Jahres gegründeten RWE-Tochter „RWE Innogy“, die sich auf Energie aus Wind, Wasser sowie Biomasse konzentriert. Er nannte drei Gründe für das starke Wachstum

dieser Branche. Entscheidend seien die nach wie vor hohe Importabhängigkeit, die sich abzeichnen-de Knappheit fossiler Ressourcen wie auch die steigende Energienachfrage. Dabei reiche es auf dem Weg in eine CO₂-arme Zukunft nicht, nur auf erneuerbare Energien zu setzen, betonte Vahrenholt. Für ein realistisches Energieprogramm, das Klimaschutz mit Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit vereint, seien längere Laufzeiten für die neuesten AKWs, höhere Energieforschungsausgaben, die Steigerung der Energieeffizienz, klimaschonende Kohleverstromung und der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung unerlässlich.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES

Um mit Klaus Schmiedel, dem neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, zu diskutieren, waren am 5. Juni rund 30 Mitglieder und Gäste der Einladung des Managerkreises gefolgt. Im Mittelpunkt eines **Hintergrundgesprächs des Fritz-Erler-Forums** standen die Themen Wirtschaftswachstum, Bürokratieabbau, Bildungs- und Förderpolitik.

Nicht nur zuhören, sondern aktiv an einer Diskussion teilnehmen, eigene Vorstellungen einbringen und mögliche Lösungen mit gestalten – diese Chance eröffnet die Veranstaltungsform des „World Café“. Bei der Auftaktveranstaltung „Quer gedacht“ zum Thema **„Die Zukunft der politischen Kultur in Baden-Württemberg“** hatten die Gäste, nach Impulsreferaten – unter anderem von Erhard Eppler – die Auswahl unter fünf Diskussionsthemen. Was in den Gruppen an Ideen und Konzepten entstand, landete als Notiz buchstäblich auf dem Tisch: Die Papiertischdecken wandelten sich innerhalb kurzer Zeit zu prall gefüllten,

bunten Merkzetteln voller kreativer Gedanken. Am Ende des Quer-gedacht(en), gab es zwar noch keine konkreten Konzepte und Fahrpläne, wie die Zukunft der politischen Kultur zu gestalten sei, aber viele Impulse und unterschiedliche Ideen, die von den Teilnehmenden mitgenommen wurden.

„Ja! Wir können das auch...“, dachten sich gut 150 Göttinger in Anlehnung an den Wahlspruch des demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten und verfolgten die **Rede des Barack Obama** in einem Hörsaal der Georg-August-Universität Göttingen in der Originalsprache. An einem Freitagabend Ende August, um wenige Stunden zeitversetzt, hatte das FES-Landesbüro Niedersachsen gemeinsam mit dem Politiklehrstuhl der Uni und der Göttinger Abteilung der Democrats Abroad zur Nomination-Acceptance-Speech-Übertragung samt Diskussion geladen und nicht nur Amerikaner kamen.

SCHÜLER-PARLAMENT ZUM THEMA RECHTSEXTREMISMUS

Keine falsche Toleranz zeigen

Neonazis haben verstärkt auch Berliner Schulhöfe als Agitationsfeld entdeckt. Mit der Verteilung von sog. Schulhof-CDs und Schülerzeitungen sorgte die NPD sogar bundesweit für



Mit Begeisterung dabei: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendaktionstages (Foto: Himsel)

Schlagzeilen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass Jugendliche bereits früh für den Umgang mit rechtsextremistischer Propaganda sensibilisiert werden. Das Forum Berlin und das Forum Politik und Gesellschaft der FES haben daher am 12. Juni zum zweiten Mal einen Jugendaktionstag unter dem Motto „Kein Rechtsextremis-

mus in der Schule“ veranstaltet. In den Workshops wurde deutlich, dass sowohl auf Seiten der Lehrer/innen als auch der Schüler/innen ein großer Bedarf an Aufklärung über rechtsextreme Symbolik und Dress-Codes besteht. Viele Neonazis seien auf den ersten Blick gar nicht als solche zu erkennen, berichteten die Jugendlichen. Wichtig sei in jedem Fall, dass die Schulleitungen viel offensiver gegen rechtsextreme Umtriebe vorgehen und keine falsche Toleranz zeigten, forderten einige der Schüler/innen. Am Ende des Tages lag eine gemeinschaftlich erarbeitete Agenda gegen Rechtsextremismus an der Schule vor. Darin wird u.a. betont, wie wichtig ein respektvoller Umgang zwischen Lehrer/innen und Schüler/innen für ein gutes Miteinander sei. Einig war man sich darin, dass beispielsweise durch Sportveranstaltungen oder Musikkonzerte das Ge-

meinschaftsgefühl und der Teamgeist der Schüler/innen untereinander gestärkt werden müsse, um auf diese Weise fremdenfeindlicher Ausgrenzung vorzubeugen. Und nicht zuletzt seien in diesem Zusammenhang aber auch die Eltern gefordert, ihren Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Schule zu leisten. Abschließend wurde die Agenda dem Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Tom Schreiber, übergeben. Schreiber ver sprach, die Vorschläge an die Senatsverwaltungen für Schule und Inneres sowie innerhalb des Berliner Abgeordnetenhauses weiterzugeben und stellte eine Diskussion der verabschiedeten Forderungen nach der Sommerpause in Aussicht.

DIE AGENDA

www.fes.de/forumpug/inhalt/doku.htm

— 18 bis 88 – Generationengespräch über Rechtsextremismus

Die Ziffern 18 und 88 stehen hier nicht nur für das Alter der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die mit einem Wochenendseminar erreicht werden sollten. 18 und 88 sind im zeitgenössischen Rechtsextremismus Codes für „Adolf Hitler“ und „Heil Hitler“.

Tatsächlich hatten sich fast 30 Personen im Alter von 18 bis 75, darunter Schülerinnen, Pädagoginnen und führende Mitglieder des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, auf Einladung des FES-Forum NRW und des Innenministeriums des Landes NRW in der Katholischen Akademie

Schwerte eingefunden, um rechtsextreme Musikstile und -texte zu untersuchen, mehrere Stunden lang mit einem Aussteiger aus der rechten Szene zu diskutieren und in Rollenspielen den Umgang mit rechtspopulistischen Stammtischparolen zu trainieren. Das einhellige Fazit des Seminars: Der moderne, gefällig daher kommende, dialogorientierte Rechtsextremismus ist in langfristiger Perspektive viel gefährlicher als der gewaltbereite. Seine „Waffe“ ist das Wort. Er erreicht alle Generationen und erobert sich schleichend die „Luft- hoheit über den Stammtischen“.

Argumente gegen Stammtischparolen

Jeder kennt Stammtischparolen wie „Ausländer liegen dem Staat auf der Tasche“ oder „Alle Hartz IV-Empfänger sind faul“ – Vorurteile und Klischees, die vorzugsweise dort propagiert werden, wo hemmende Barrieren z. B. durch Alkohol wegfallen oder eine Zustimmung durch Gleichgesinnte gesichert ist.

25 Jugendliche, überwiegend deutscher und türkischer Abstammung, trafen sich am 14. Juni im Halkevi Volkshaus Aschaffenburg, um der Einladung der Kommunalakademie

des Büros Regensburg und des Forums Jugend und Politik zu dem Workshop „Argumentieren gegen Stammtischparolen“ zu folgen. Der Workshop veranschaulichte in Rollenspielen, wie einfach sich Vorurteile formulieren lassen und wie schwer es fällt, spontan eine entkräftende Antwort zu finden. Stammtischparolen vereinfachen und pauschalisieren komplizierte gesellschaftliche und politische Zusammenhänge, gleichzeitig zeigen deren Propagandisten wenig Bereitschaft, sich argumentativ und

differenziert mit diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Parolen lassen sich nicht durch Gegenparolen entkräften, Logik und direktes Nachfragen können wirkungsvolle Gegenstrategien sein. Der Workshop konnte situationsgerechte Hilfestellungen anbieten und am Ende war nicht nur eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber Stammtischparolen abgebaut, sondern das gegenseitige Verständnis unter den Teilnehmern gestiegen, mit dem guten Vorsatz, sich gemeinsam gegen Vorurteile zu engagieren.

Fishbowl: Wo Jugend Politik trifft

„Die Politiker reden immer über uns, aber nie mit uns“, empörte sich eine junge Stimme aus dem Publikum. Jetzt kam sie in der Veranstaltung des FES-Forums Politik und Gesellschaft endlich zu Wort. Denn im Fishbowl der Reihe „You talk! Jugend trifft Politik“ konnten sich die jungen Teilnehmer am 24. Juni in der Diskussionsrunde direkt mit den geladenen Politikern und Experten zum Thema Jugendkriminalität austauschen – darunter die Bundesvorsitzende der Jusos, Franziska Drohsel, die Jugendrichterin Kirsten Heisig, der Streetworker Fadi Saad und Raed Saleh, Mitglied des

Abgeordnetenhauses zu Berlin. Gleich im Anschluss an die Theatereinlagen des Kinder- und Jugendtheaters EUKITEA gab es einiges zu diskutieren: Woher kommt die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen? Wie soll mit Jugendkriminalität umgegangen werden? Wie erleben Jugendliche die aktuelle Debatte und welche Forderungen stellen sie an die Politik? „Es muss bessere Perspektiven für Jugendliche geben“, betonte Franziska Drohsel. Fadi Saad, früher selbst Gangmitglied und inzwischen als Berliner Streetworker aktiv, forderte ein bezahlbares Freizeitangebot sowie bessere Bildung

und Betreuung.

Wie man vor Ort im Stadtteil gemeinsam gegen Gewalt vorgehen kann, zeigte der Spandauer Abgeordnete Raed Saleh durch sein Projekt „Stark gegen Gewalt“ auf. Hier gehen Polizisten mit Jugendlichen gemeinsam auf Kiezstreife. Die jugendlichen Teilnehmer/innen, die von einer Vielzahl negativer Erlebnisse mit der Polizei berichteten, waren begeistert von der Idee, Polizisten und Jugendliche in Kontakt zu bringen. Einig war man sich, dass die beste Prävention in der Unterstützung von jungen Leuten liegt. „Wir brauchen Angebote und Vorbilder wie Fadi Saad, an denen wir uns orientieren können!“, brachte es ein Jugendlicher auf den Punkt.

Forderungen an die Politik: Jugendliche ergreifen das Wort.



JUGENDKONFERENZ DER FES IN BERLIN

Vom Verstehen zur Verständigung

In Berlin leben derzeit Menschen aus 184 verschiedenen Nationalitäten. Diese Vielfalt nehmen vor allem viele Jugendliche als eine Bereicherung ihres persönlichen Umfeldes wahr. Dennoch verläuft das Zusammenleben nicht immer völlig reibungslos. Es kommt zu Missverständnissen, die häufig aus fehlendem Wissen über die

kulturellen Hintergründe des Gegenübers resultieren. Aus diesem Grund veranstaltete das Forum Politik und Gesellschaft gemeinsam mit dem Förderprogramm Demokratisch Handeln am 25. Juni die Jugendkonferenz „Kulturwanderung: Vom Verstehen zur Verständigung“. Berliner Schüler/innen ab 14 Jahren bekamen so Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und von ihren gegenseitigen Erfahrungen zu profitieren.

Zum Auftakt diskutierten die Schüler/innen zunächst mit dem Bundestagsabgeordneten Siegfried Ehrmann über ihre persönlichen Erfahrungen mit fremden Kulturen im In- und Ausland. Schnell wurde dabei deutlich, dass viele Jugendliche

den Wunsch verspüren, möglichst früh Erfahrungen im Ausland in Form eines Schüleraustauschs zu sammeln. Daran anschließend präsentierten die Schüler/innen ihre eigenen Projekte auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Die Vielfalt der Initiativen reichte von einem „Radio gegen Rechts“ bis zu dem internationalen Jugendaustauschprogramm „dancing across the borders“, an dem neben deutschen und israelischen auch arabische Jugendliche teilgenommen haben. Eine Schülerin berichtete: „Trotz der Verständigungsschwierigkeiten bildete das Tanzen eine gemeinsame Grundlage, um sich besser kennen zu lernen.“

Markt der Möglichkeiten: Schülerinnen und Schüler präsentieren ihre Projekte.



SEMINAR DER NACHWUCHSKRÄFTE VON SPD, DGB UND FES

Das „Pichelsseer Dreieck“

Um an dem traditionell engen Netz zwischen SPD, DGB und FES auch am Anfang des 21. Jahrhunderts weiterzustricken, trafen sich vom 9. bis 11. Juni etwa 50 Nachwuchskräfte der drei Institutionen, um sich kennen zu lernen und zum Austausch über das Thema „Die Zukunft der sozialen Gerechtigkeit: Gewerkschaften im gesellschaftlichen Wandel“.

Highlight des ersten Tages war ein abendliches Kamingespräch mit Dr. Ernst Kerbusch, ehemaliger Leiter der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der FES,

und Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands. In dieser Runde beschrieben beide anschaulich die lange Tradition der Vernetzung zwischen SPD, DGB und FES, die in einem gemeinsamen Werteverständnis vor vielen Jahrzehnten ihren Ursprung fand.

Überlegungen, wie eine weitere Intensivierung der Vernetzung unter den Nachwuchskräften der Organisationen gefördert werden kann, waren ein wichtiger Bestandteil des Workshops. Resultat der Diskussion war ein gemeinsamer Brief al-

ler Teilnehmenden an die Geschäftsführer der drei Organisationen mit konkreten Vorschlägen, z. B. regelmäßige wechselseitige Hospitanzen. Innerhalb kurzer Zeit reagierten sowohl Dietmar Hexel (DGB) als auch Martin Gorholt (SPD) und Dr. Roland Schmidt (FES) äußerst positiv auf die Vorschläge und bekräftigten ihre Unterstützung für alle Vorhaben. Und ein Name für das von nun ab regelmäßige Treffen wurde auch schnell gefunden: das „Pichelsseer Dreieck“...

„Dichter dran!“

„Welches Buch liegt denn auf euren Nachttischen?“ fragte Dr. Helmut Mörchen, Leiter der Münstereifeler Literaturgespräche und Moderator des Literaturgesprächs mit Bonner Schülerinnen und Schülern. Mit „Middlesex“ (Jeffrey Eugenides), „Der Schwarm“ (Frank Schätzing), „Heute bin ich blond“ (Sophie van der Stap) und „Das Schicksal der Zwerge“ (Markus Heitz) nannten die Schülerinnen und Schüler eine große Bandbreite mehr oder weniger aktueller Literatur. Klassische Werke, wie „Der Besuch der alten Dame“ (Friedrich Dürrenmatt), bezeichnen sie dagegen eher als lästige schulische Pflichtlektüre. Am 9. Juni hatte das FES-Forum Jugend und Politik die Oberstufenschüler zu einem

Gespräch mit zwei bekannten deutschen Autoren eingeladen. Vorgestellt wurden die Bücher „Mobbing“ von Annette Peht und „Vom Geist der Gesetze“ von Georg M. Oswald.

Das Interesse, Autoren mal ganz persönlich kennen zu lernen, war groß. Obwohl Peht (Wissenschaftlerin, geboren 1967) und Oswald (Rechtsanwalt, geb. 1963) in ihren Büchern keine jugendlichen Themen behandeln, konnten die Schülerinnen und Schüler die Gefühle der vorgestellten Romanfiguren gut nachempfinden: „Warum wird jemand gemobbt, obwohl er doch eigentlich gar nichts Schlechtes tut?“ Oswalds Roman behandelt die Frage nach dem Umgang mit der Wahrheit. Wem glauben wir, und wem nicht? Warum

halten wir Dinge für wahr und andere nicht? „Wie kommen sie zu ihren Themen?“, wollte ein Schüler wissen. „Es gibt schon Verbindungen zwischen Werk und eigener Biographie“, waren sich beide Schriftsteller einig. Teils seien es eigene Erlebnisse oder Skizzen von mitgehörten Gesprächen, die sie zu ihren Texten inspirierten, teils sind es eigenständig entwickelte Geschichten. Das Schwierige beim Schreiben sei die „Überwindung des Peinlichen“. sich nicht mehr zu schämen, für das, was man geschrieben hat, den Mut zu entwickeln, eigene Texte beim Verlag einzureichen. Ihr großes Interesse an Büchern war den Schülerinnen und Schülern anzumerken, und nicht wenige schreiben bereits eigene Texte oder Gedichte.

DIE METHODE DER ZUKUNFTSWERKSTATT

Kritik, Fantasie, Umsetzung

Drei, zwei, eins: Los! Mit einer „Motivationsrakete“ begann das Seminar „Schule machen!“, das am 7. und 8. Juni in die

Theorie und Praxis der Methode „Zukunftswerkstatt“ einführte. Engagierte junge Leute trafen sich, um mit der Traineein Berit Nissen Methodenwissen und pädagogisches Handwerkszeug für ihre ehrenamtliche Arbeit mit Jugendlichen zu erwerben.

Denn die Methode „Zukunftswerkstatt“ bietet in einem Dreischritt – der Kritik-, Fantasie- und Umsetzungsphase – die Möglichkeit „Schule zu machen“: Schüler/innen sollen durch diese kreative Gestal-

tungsmethode ihre eigene Schule kritisch betrachten, ein ideales Lernumfeld erträumen und letztlich kreative Verbesserungs- und Problemlösungsansätze entwickeln.

Die FES-Stipendiatin Wiebke Rössig hat am Seminar teilgenommen und wird das erlernte Wissen bald praktisch anwenden: „Ich freue mich darauf, diesen Herbst mit unserer Hochschulgruppe eine Zukunftswerkstatt an einer Berliner Hauptschule durchzuführen.“

Die 25 Teilnehmer/innen der Zukunftswerkstatt ließen ihrer Kreativität freien Lauf – zum Beispiel beim Basteln einer meterlangen Kritikmauer (Foto) oder Erfinden einer Motivationsmaschine.



ERHARD EPPLER VERLEIHT „KOMPASS DER SOZIALEN DEMOKRATIE“

Impulse für die politische Arbeit

„Was bedeutet Soziale Demokratie heute? Was sind ihre zentralen Grundwerte und Ziele? Und wie wirken sich diese Werte in unterschiedlichen Praxisfeldern aus?“. Das sind die Fragen, die im Mittelpunkt der Arbeit der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung stehen. In sieben unterschiedlichen Seminarmodulen werden die Standpunkte Sozialer Demokratie geklärt und praktische Lösungsansätze erarbeitet. Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Qualifizierung von politisch Interessierten und Engagierten zu leisten.

Das Seminarangebot der Akademie baut auf einem Grundlagenseminar auf, an dem je nach Interessenlage die Auseinandersetzung mit den Themen Wirtschaft, Globalisierung, Sozialstaat, Europa, Kultureller

Pluralismus oder Staat und Zivilgesellschaft anschließt. Renommiertere Wissenschaftler und Politiker wie Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. Wolfgang Merkel oder Dr. Erhard Eppler vermitteln theoretisches und praktisches Wissen. Eine Mischung aus Theorie und Praxis, die bereits viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die seit Anfang 2007 angebotenen Seminare lockte.

Erstmals hat nun ein Seminar Teilnehmer alle sieben Seminarmodule der Akademie für Soziale Demokratie besucht. Am 24. Mai wurde deshalb Wolfgang Ewert der „Kompass der Sozialen Demokratie“ verliehen. Der Personalratsvorsitzende bei der Senatorin für Finanzen in Bremen und Mitglied im Gemeinderat des Flecken Langwedel erhielt seine Auszeichnung aus der Hand Er-

hard Eppers. Wolfgang Ewert bedankte sich anschließend nicht nur für die Auszeichnung, sondern auch für die vermittelten Kompetenzen: „In den Seminaren der Akademie für Soziale Demokratie erhalte ich Impulse für meine politische Arbeit – wissenschaftlich fundiert, nicht abgehoben, verständlich, mit Blick in die Zukunft und deshalb auch praktisch verwertbar. Das – und die immer wieder spannende Zusammensetzung der Teilnehmer – sind, neben den Gesprächspartnern aus Politik und Wissenschaft, für mich der größte Nutzen der Seminare“, so Wolfgang Ewert.

MEHR ZUM THEMA

www.fes-soziale-demokratie.de

DIE AUTORIN THEA DORN ZUR ZUKÜNFTIGEN ROLLE DER FRAUEN

Die gläserne Decke durchbrechen

„Der Feminismus ist tot, es lebe der F-Klassenkampf!“, schloss Thea Dorn ihre Leseprobe aus ihrem Buch „Die neue F-Klasse: Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird“ zu Beginn einer Veranstaltung am 12. Juni in Berlin. Das Forum Politik und Gesellschaft fragte angesichts des viel diskutierten gesellschaftlichen Vormarsches von Frauen nach der tatsächlichen Lage der Gleichberechti-

gung in Deutschland. Die Schriftstellerin und Philosophin Dorn sieht viele politische Ziele der „alten Frauenbewegung“ heute erreicht. Die Frauenbewegung habe vieles bewirkt, von einer neuen Bewegung heute könne man trotz der wiederbelebten Debatte um Feminismus jedoch nicht reden. Vielmehr sieht Dorn einen Trend, dass Frauen die anhaltenden immensen Heraus-

forderungen auf dem Weg zur Gleichberechtigung individuell meistern: durch Können, Ehrgeiz und Hartnäckigkeit. Das gilt für die Hindernisse im Berufsleben, gerade beim Durchbrechen der „gläsernen Decke“ auf dem Weg in die Führungspositionen, bis hin zu der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Hier identifiziert die Autorin eine Klasse von Frauen, die ein

neues Selbstverständnis definiert und eine Agenda für die Zukunft setzt: die F-Klasse. Dabei wollen sie keine Grabenkämpfe wiederbeleben, sondern gemeinsam mit den Männern dafür kämpfen, gleichberechtigt Leben und Gesellschaft zu gestalten. In ihrem Buch diskutiert Dorn mit elf F-Klasse-Frauen über Männer und Frauen, Kinder und Karriere, Politik und Gesellschaft. Eine der Protagonistinnen, die Frauenrechtlerin Seyran Ates, zeigte, was es heißt, als Rechtsanwältin türkisch-kurdi-

scher Herkunft in Deutschland aufzuwachsen, zu arbeiten und alleinerziehende Mutter zu sein: „In der Mitte der Gesellschaft ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau noch lange nicht verinnerlicht.“ Jedoch wurden in der Diskussion klare politische Ziele deutlich, die für ein gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter notwendig sind: gleiche Gehälter, Abschaffung des Ehegattensplittings und mehr Frauen in Führungspositionen!



„Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird“: Thea Dorn, die Moderatorin Heide Oestreich (taz) und Seyran Ates diskutierten über die Lage der Gleichberechtigung in Deutschland

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN DER NEUEN ENTWICKLUNGSARCHITEKTUR

Wem gehört Entwicklung?

Mit der sogenannten Pariser Erklärung soll die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit durch mehr Eigenverantwortung der Partnerländer, aber auch durch eine stärkere Ausrichtung auf ihre Bedürfnisse und Interessen und durch größere Transparenz und Harmonisierung der Geberaktivitäten erreicht werden.

Eine Konferenz der FES und der Nichtregierungsorganisation Womnet am 4. Juni in Bonn mit dem Titel: „Wem gehört

Entwicklung? Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation und Ownership in der neuen Entwicklungsarchitektur“ brachte im Vorfeld des 3. High Level Forums zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe im September in Accra, Ghana, internationale und nationale Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, der KfW, der GTZ, aus Ministerien und Wissenschaft zusammen. Es wurde kritisiert, dass die ursprünglich festgelegten Ziele

und Indikatoren zu eng auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet seien. Es dürfe nicht nur noch um eine effektive Verwaltung von Geldern und ein effektives Abfließen von Mitteln gehen. Ein vernünftiger Einsatz von Hilfe müsse daher auch mit dem Thema der Geschlechtergerechtigkeit verbunden werden. Der Gender-blinde Ansatz der Pariser Erklärung könne nicht zum Erfolg führen, solange strukturelle Ungleichheiten bestehen.

— Hitzig – Informativ – Sinnlich

So unterschiedlich diese drei Veranstaltungen und Angebote waren, die im Juni in der Akademie Frankenwarte in Würzburg stattfanden, so bereichernd und intensiv erlebten die Teilnehmenden die Debatten, Arbeitsgruppen und auch musikalischen Eindrücken von anderen Kulturen, Konflikten und politischen Systemen. Zum Beispiel im Afghanistan-Seminar: Junge islamisch-stämmige Wissenschaftlerinnen, die Ehefrau eines in Afghanistan stationierten Sol-

daten, ein Bundeswehrangehöriger, NGO-Mitarbeiter und interessierte Bürger lieferten eigenes Anschauungsmaterial, von kenntnisreicher Erläuterung der Geschichte und Kultur Afghanistans bis hin zu Vorurteilen, die sich z.T. aus den Medien speisten. Der Länderabend Indien sprach durch den Mix von politischem Vortrag, traditionellem Essen, Gedichten und Musik nicht nur die Ratio an, sondern ließ sich mit allen Sinnen erleben.

Vorbereitung zum dritten
Weltkongress gegen
sexuelle Ausbeutung von
Kindern

Kinder sind unverkäuflich!

„KINDERPORNOGRAFIE UND KINDERHANDEL HABEN SICH ZU RIESIGEN MÄRKTEN MIT ENORMEN GEWINNSPANNEN ENTWICKELT. Von daher ist es von zentraler Bedeutung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegen kriminelle internationale Netzwerke verstärkt wird“, sagte die stellvertretende UNICEF-Direktorin und ehemalige norwegische Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, Hilde Johnson in Berlin bei der Konferenz „Kinder sind unverkäuflich!“.

Unter den Kunden sind Einheimische ebenso wie Sex-Touristen, denen es oft an jedem Unrechtsbewusstsein fehlt. Sie rechtfertigen sich damit, den Kindern mit ihrem Geld noch etwas Gutes getan zu haben. „Täglich werden Mädchen und Jungen wie Ware verkauft. Deutschland sollte Vorreiter sein beim Kampf gegen diese schwere Menschenrechtsverletzung“, so die Schauspielerin und UNICEF-Unterstützerin Katja Riemann. „ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Ratifizierung des einschlä-

gigen Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention durch Deutschland.“ Inzwischen ächten zahlreiche internationale Übereinkommen und Protokolle Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Beim dritten Weltkongress in Rio de Janeiro geht es darum, konkrete Ziele festzulegen, um diesen schweren Menschenrechtsverletzungen wirksamer zu begegnen. Über den Erfolg des Kongresses entscheiden die Vorbereitungen auf nationaler Ebene maßgeblich mit.

Die von der FES, UNICEF und der Kinderrechtsorganisation Ecpat organisierte Tagung diente der Vorbereitung des dritten Weltkongresses gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im November 2008 in Rio de Janeiro. Die Vereinten Nationen schätzen, dass weltweit 1,8 Millionen Kinder zu Prostitution und Pornografie gezwungen werden. Rund 1,2 Millionen Mädchen und Jungen fallen jährlich Menschenhändlern zum Opfer. Fernreisenden wird die sexuelle Annäherung an Minderjährige oft leicht gemacht. Allein in Asien werden mindestens eine Million Kinder jedes Jahr für die Prostitution missbraucht.

— Kitas: Akademikerfreie Zonen

„Je jünger die Kinder in Deutschland, desto geringer die Qualifikation des Betreuungspersonals“, diese These vertrat Hertha Schnurer, Planungsbeauftragte an der Fachhochschule Magdeburg-Stendal, bei einer Podiumsdiskussion der FES am 7. Juli über die Ausbildung von Erzieher/innen und die frühkindliche Förderung. Allgemeiner Konsens der Teilnehmerinnen in Stendal war, dass die Ausbildung zur Erzieherin in Zukunft akademisiert werden müsse. Um auch in Stendal die akademikerfreie Zone Kita zu durchbrechen, wird ab dem Wintersemester ein berufsbegleitender Studiengang für Kita-Leiterinnen an der Fachhochschule angeboten. Seit einigen Jahren gibt es bereits den Studiengang „Angewandte Kindheitswissenschaft“. Langfristiges Ziel müsse die Ablösung der derzeitigen Ausbildung durch ein Hochschulstudium sein, betonte Frank Wolters von der GEW Sachsen-Anhalt. Aus dem Publikum wurden Bedenken geäußert – beispielsweise, dass es in Zukunft Erzieherinnen erster und zweiter Klasse geben könnte.

„Hallo Nachbarn“

„Hallo Nachbarn“, „bi uns“, als „Roter Faden“, „Der Rote Fuchs“ oder „Bodensee Moskito“ – so melden sich die Redakteure der Zeitungen von SPD-Ortsvereinen in vielen Orten in Deutschland bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Wort. Immer noch verleihen viele ehrenamtliche Redakteure in Ortsvereinen mit ihren Zeitungen der SPD vor Ort eine Stimme. Und das ist auch notwendig, wie es in einer Ausgabe des „Bodensee Moskito“ aus Uhltingen-Mühlhofen hieß, „weil die Information an die Bevölkerung durch die Tageszeitung bescheiden funktionierte und weil der damalige Bürgermeister im Gemeindeblatt die für ihn unangenehmen Informationen unterließ.“ SPD-Ortsvereinszeitungen präsentieren sich in großer Vielfalt: Thematisch

reicht der Bogen von politischen Grundsatzfragen über kommunalpolitische Sachthemen, Berichte aus Bonn bzw. aus Berlin bis zu Terminankündigungen. Offene Briefe und Leserbrief unterstreichen den Charakter des politischen Kommunikationsinstrumentes. Zeitungen wie „s’Füchsle“ (OV Ehingen/Donau) schauen auch den Abgeordneten auf die Finger bzw. die Hand, die sie zur Abstimmung heben, und erwarten Berichte und Begründungen für ihre Entscheidungen. Die Gestaltung reicht von gedruckten Ausgaben mit professionellem Layout bis zu in Eigenarbeit kopierten und gehefteten Ausgaben. Beeindruckend sind nicht nur oft hohe Auflagenzahlen, sondern auch der „lange Atem“: „Der Aufruf“ des OV Essen-

Frohnhausen erscheint seit 1950, andere Zeitungen wie „Hallo Nachbar“ (Ellerbek/Schleswig-Holstein) und der



„Attendorner Sozialdemokrat“ seit über 30 Jahren. Diese Zeitungen spiegeln auch die Organisations- und Debattenkultur der SPD wider und werden so zu einer wichtigen Quelle der geschichts- und politikwissenschaftlichen Forschung. Die Bibliothek der FES hat bisher etwa 7000 Titel gesammelt und zum großen Teil in der zentralen Zeitschriftendatenbank (ZDB) katalogisiert.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

„Richtig spannend und aufregend ist Kommunalpolitik“, resümierten die Schüler des John-Lennon-Gymnasiums bereits nach ihrem ersten Projekttag des **Planspiels Kommunalpolitik** des FES-Forums Politik und Gesellschaft in Berlin. Nachdem die Schüler der 11. und 12. Klasse die Grundlagen der Kommunalpolitik kennen gelernt hatten, konnten sie sogar „echte Politikluft“ schnuppern. Der erste Tag der theoretischen Wissensvermittlung endete mit einem Besuch der Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk Mitte. Für die anschließend nachgespielte Sitzung der Bezirksverordneten suchten sie sich im Vorfeld eigene politische Vorhaben und bereiteten sich anschließend in Fraktionen vor. Die Themen reichten von der Forderung, die Anzahl der Sozialarbeiter in den Jugendfreizeiteinrichtungen zu erhöhen über Gehweg-Sanierung und mehr Sicherheit für Fahrradfahrer bis zur eigenen Türschwelle: Der Antrag für ein Parkverbot vor dem John-Lennon-Gymnasium fand große Zustimmung.

Fast auf den Tag genau 75 Jahre nach dem Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (Bild), am 25. Juni im Berliner Haus der FES eine **Ausstellung eröffnet**, die an „Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933-1945“ erinnert. Verleih der Ausstellung über Hans.Duncke@fes.de.



Schwierige Herausforderungen für die georgische Zivilgesellschaft

Nach dem Krieg

— DIE GEORGISCHEN TEILREGIONEN ABCHASIEN UND SÜDOSSETIEN SPALTETEN SICH ANFANG DER 1990ER JAHRE GEWALTSAM VON GEORGIEN AB. Sechzehn Jahre sorgten die Auseinandersetzungen um beide Regionen für eine anhaltende Instabilität Georgiens. Diese Konflikte zählen zu den größten Hindernissen für Stabilität, für Frieden und Wohlstand im südlichen Kaukasus.

In der Vergangenheit hat es immer wieder Bemühungen zur Vermittlung und zur friedlichen Konfliktbeilegung gegeben. Diese erfolgten sowohl auf Regierungsebene und zum Teil mit Hilfe internationaler Organisationen wie der UN oder der OSZE als auch auf Ebene der Zivilgesellschaft. Viele Nicht-Regierungsorganisationen in Georgien haben sich für eine Verständigung mit Abchasen und Südosseten engagiert und für eine friedliche Lösung der Interessengegensätze geworben. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung hat den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen den Konfliktparteien unterstützt. So hat das Büro der FES in Georgien in der Vergangenheit durch russisch-georgische Dialoge und georgisch-osse-

tisch-abchasische Dialoge versucht, eine friedliche Konfliktlösung zu befördern.

Mit der Eskalation des Konfliktes im August dieses Jahres ist eine neue Situation entstanden. Nach dem fünftägigen Krieg zwischen Russland und Georgien erkannte Russland die beiden separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien als eigenständige Staaten an. Georgien beharrt weiter auf seiner territorialen Integrität und wird darin von Deutschland und der Europäischen Union unterstützt.

Diese Situation stellt auch die georgische Zivilgesellschaft vor neue Aufgaben. Abgesehen von der Bewältigung der humanitären Folgen des Krieges zeichnen sich vier große Herausforderungen für NGOs und Partei-

en ab, bei deren Bewältigung die FES Unterstützung leisten wird.

1. Die georgische Demokratie steht vor der Herausforderung, einen kritischen Umgang mit den Ereignissen des Krieges zu finden und Fragen nach den Lehren und Konsequenzen zu stellen. Dabei ist es wichtig, auch die eigene Krisenpolitik der Vergangenheit einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das ist angesichts einer sehr polarisierten politischen Situation schwierig. Einige NGOs in Georgien haben die Befürchtung, sich durch eine klar artikulierte Kritik dem Vorwurf auszusetzen, sie würden die nationale Einheit Georgiens gefährden. Die FES versucht, durch Dialogmaßnahmen, die Schaffung neutraler Diskussionsplattformen, und durch die Förderung einer unabhängigen Berichterstattung, eine sachorientierte innenpolitische Auseinandersetzung, zu befördern.

2. Alle politischen Akteure in Georgien betonen die Notwendigkeit, den Reformprozess der vergangenen Jahre fortzusetzen. Viele NGOs sind jedoch besorgt, dass die außenpolitische Krisensituation zu einem Abbau von demokratischen Standards im Inneren führen könnte. Die Schwäche des Par-

laments, der Mangel an kritischen Medien und eine unzureichende Gewaltenteilung lassen die Befürchtung aufkommen, dass es nicht genügend „checks and balances“ gibt, um einem Machtmissbrauch im Inneren entgegenzuwirken. Sicher ist, dass Georgien eine spannungsreiche innenpolitische Auseinandersetzung bevorsteht. Welche Interessen sich dabei durchsetzen, wird darüber entscheiden, ob sich die demokratischen Defizite verfestigen oder die aktuelle Situation für eine weiterreichende Demokratisierung genutzt wird. Durch eine Förderung der demokratischen Kräfte in der Zivilgesellschaft und der Parteienlandschaft spielen europäische Institutionen und politische Stiftungen wie die FES

bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle.

3. Eine weitere Herausforderung ist die Anbindung Georgiens an Europa. Dazu müssen beide Seiten, die EU und Georgien, Anstrengungen unternehmen. Viele Nichtregierungsorganisationen befürworten ein stärkeres politisches, wirtschaftliches und sicherheitsrelevantes Engagement der EU. Sie sehen darin die einzige Chance auf dauerhafte Stabilität, Demokratie und Frieden im Land. Viele georgische Beobachter betonen, dass die EU der einzige internationale Akteur sei, der im Interessenkonflikt mit Russland erfolgreich vermitteln könne. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sieht daher die europäisch-georgische Annäherung als ein wichtiges Ar-

beitsfeld und als Querschnittsaufgabe.

4. Nach den leidvollen Erfahrungen im August herrscht unter der georgischen Zivilgesellschaft Übereinstimmung, dass jede gewaltsame Eskalation der Konflikte in der Zukunft ausgeschlossen werden muss. Dies verlangt vor allem drei Dinge: Verständigung zwischen den Bevölkerungen, vertrauensbildende Maßnahmen und politischen Dialog. Das ist angesichts des sechzehnjährigen Konflikts, in dessen Zuge viele Feindbilder aufgebaut wurden, schwer. Daher müssen früher oder später die abgerissenen Gesprächsfäden nach Russland, Abchasien und Südossetien wieder geknüpft werden. Auch dazu möchte die FES langfristig einen Beitrag leisten.

— Ein Büro in Kriegszeiten

Erfahrungsbericht des Leiters der FES-Vertretung in Georgien, Matthias Jobelius

In vielen Krisenländern unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung Initiativen zur friedlichen Konfliktlösung. Für die Mitarbeiter bedeutet dies oft, dass sie in instabilen Sicherheitssituationen arbeiten müssen. Wie reagiert ein FES-Büro, wenn ein Konflikt plötzlich eskaliert? Unser Büro in Georgien hat diese Situation erlebt, als in der Nacht vom 7. zum 8. August ein militärischer Konflikt in Südossetien und in der Folge ein fünftägiger Krieg zwischen Russland und Georgien ausbrach. Die FES-Mitarbeiter in Georgien erlebten eine Woche, die im Gedächtnis bleiben wird: Unmittelbar nach Arbeitsbeginn am Freitag, den 8. August beginnt eine enge Koordination mit der Deutschen Botschaft, der FES-Zentrale in Berlin und anderen politischen Stiftungen, die den ganzen Tag und in den Folgetagen aufrechterhalten wird. Da die georgischen Mobiltelefonnetze zusammenzuberechnen drohen, wird zwischen der Botschaft und den Stiftungen ein telefonisches Notfallsys-

tem mit deutschen Mobiltelefonen aufgebaut. Ununterbrochen rufen deutsche Nachrichtenredaktionen im FES-Büro an, um Einschätzungen zur politischen Lage zu hören. Am Freitagnachmittag wird klar, dass die russische Armee in Südossetien intervenieren wird. Damit weitet sich der bewaffnete Konflikt zu einem von allen Seiten wahrgenommenen Krieg aus. Es werden Notfallpläne zum Schutz der Mitarbeiter, der Projektmittel und des Stiftungseigentums entwickelt. Am Samstag eskalieren die Kriegshandlungen und greifen auf Zentralgeorgien über. Deutsche Staatsbürger werden aufgefordert, das Land zu verlassen. Andere FES-Büros in Krisengebieten werden kontaktiert, um Notfallpläne abzugleichen. Das FES-Büro in Armenien bereitet sich auf die Aufnahme der Kollegen aus Georgien vor. Am Sonntag werden die Mitarbeiter durch Bombenabwürfe auf den militärischen Teil des Flughafens der Hauptstadt Tiflis geweckt. Damit ist

klar: in der Hauptstadt ist es nicht mehr sicher. Der deutsche Büroleiter verlässt das Land in einem Autokonvoi mit anderen deutschen Organisationen. Möglichkeiten zur Evakuierung der Ortskräfte werden erörtert. Diese möchten jedoch bei den eigenen Familien bleiben. Ein telefonisches Schneeballsystem zwischen den FES-Mitarbeitern wird entwickelt, sodass der Büroleiter permanent über die Aufenthaltsorte der Mitarbeiter und ihrer Familien informiert bleibt. Am Montag werden im FES-Büro in Tiflis wichtige Unterlagen und Daten in Sicherheit gebracht. Nachdem diese und weitere Notfallmaßnahmen umgesetzt sind, heißt es abwarten, ob die schlimmsten Be-

fürchtungen eintreten. Am Mittwochnachmittag kommt es dann zu einer Entspannung der Situation, später auch zu einer Einstellung der Kampfhandlungen. Fünf Tage hat der Krieg gedauert, aber allen kommt es wie eine Ewigkeit vor. Doch das wichtigste ist: alle Mitarbeiter und deren Angehörigen haben den Krieg gut überstanden. Die Koordination zwischen Auslandsbüro und Zentrale, Botschaften und anderen Stiftungen hat gut funktioniert. Nach kurzem Durchatmen beginnt die eigentliche Arbeit: nun heißt es, zusammen mit den Partnerorganisationen politische Antworten auf die Situation zu finden und die Projektarbeit auf die neue Lage einzustellen.

DIE GEORGISCH-ABCHASISCHE MONATZEITUNG „ABCHASISCHER MERIDIAN“

Baustein für zerstörte Brücke

Ein Grund für die anhaltenden Spannungen und die Eskalationen im südlichen Kaukasus war und ist der Mangel an vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien. Es fehlt beispielsweise eine Vernetzung der Zivilgesell-

schaften in Georgien, Abchasien und Südossetien. Um diesem Ziel näher zu kommen, unterstützt die FES die Zeitung „Abchasischer Meridian“. Der „Abchasische Meridian“ erscheint seit Mai 2002 und ist das einzige journalistische Medium, dass von beiden Konfliktparteien anerkannt und

genutzt wird. Als einzige in Tiflis gedruckte Zeitung veröffentlicht der Meridian Beiträge von abchasischen Journalisten und Interviews mit abchasischen Funktionsträgern. Darüber hinaus bietet der „Meridian“ eine der wenigen Möglichkeiten, durch die sich abchasische und georgische Leserinnen und Leser über wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen der jeweils anderen Region informieren können. In einer von Vorurteilen und Fehlinformationen geprägten Atmosphäre bemüht sich der „Abchasische Meridian“ um einen Beitrag zur Vertrauensbildung. Zahlreiche Würdigungen des Zeitungsprojekts durch abchasische, russische und georgische Kabinettsmitglieder, Mandats- und Funktionsträger zeigen, dass der Vermittlungsauftrag der Zeitung Erfolge hat. „Diese Sprache der Georgier verstehen wir“, so ein hochrangiger ab-

chasischer Politiker über die objektive und ausgewogene Form der Berichterstattung. Vitali Sharia, Chefredakteur der abchasischen Zeitung „Abchasskii Echo“ hatte noch im Mai dieses Jahres die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass der „Abchasische Meridian“ dazu beitragen könne, die „zerstörte Brücke zwischen Abchasien und Georgien“ wieder aufzubauen.

Der „Abchasische Meridian“ erscheint einmal monatlich in russischer Sprache und mit einer Auflage von 700 Exemplaren. Als einzige in Georgien erscheinende Zeitung hat sie einen akkreditierten Berichtersteller in der abchasischen Hauptstadt Sochumi. In dem schwer zugänglichen Abchasien wird die Zeitung mit Hilfe der Beobachtermission der Vereinten Nationen an öffentliche Institutionen, Nachrichtenagenturen und zivilgesellschaftliche Organisationen verteilt.

Der Südkaukasus als Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Vorstufe oder Ersatz für den Weg nach Europa?

— WIE KÖNNEN DIE NACHBARN DER EUROPÄISCHEN UNION an die Gemeinschaft gebunden werden, ohne ihnen eine direkte Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen? Dies war die Ausgangsfrage, die zu der Entwicklung eines neuen Instruments zur Gestaltung der EU-Außenbeziehungen führte: der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP).

Die Europäische Nachbarschaftspolitik existiert seit dem Jahr 2004 und hat das Ziel, um die EU einen „Ring befreundeter und stabiler Staaten“ zu legen, die sich in wichtigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen an europäische Standards annähern. In die ENP sind derzeit 16 Staaten aus der südlichen und östlichen Nachbarschaft der EU eingebunden. Unter ihnen sind auch die drei Staaten des Südkaukasus: Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Im Rahmen der ENP haben alle drei Länder im November 2006 so genannte ENP-Aktionspläne unterzeichnet. In diesen Aktionsplänen ist festgelegt, in welchen Bereichen in Zusammenarbeit mit der EU Reformen verwirklicht werden sollen. Im Rahmen eines Fortschrittsberichts werden die Ergebnisse jährlich analysiert. Dabei muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen in allen drei Ländern sehr unterschiedlich sind.

Georgien ist das Land, welches die Westintegration am entschiedensten vorantreibt. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2004 machte Präsident Saaka-



schwili die Europäische Integration des Landes zusammen mit der Mitgliedschaft in der NATO zu seinem wichtigsten außenpolitischen Ziel. Justizwesen, Steuerpolitik, Korruptionsbekämpfung – es gibt viele Bereiche, in denen eine Annäherung an europäische Standards gelungen ist. Aber einige der marktradikalen Wirtschaftsreformen der georgischen Regierung bringen das Land auch in ein Spannungsverhältnis mit europäischen Standards. So verstößt beispielsweise das im Jahr 2006 verabschiedete neue Arbeitsgesetz nach Ansicht vieler Beobachter gegen die Europäische Sozialcharta.

Im Rahmen ihrer ENP-Projekte beteiligte sich die FES seit dem

Jahr 2007 im halbjährlichen Abstand an der Organisation einer internationalen Konferenz zum ENP-Prozess in Georgien. Die Konferenzen werden in Kooperation zwischen der FES, dem Georgischen Ministerium für Euro-Atlantische Integration und dem Georgia European Policy and Legal Advice Centre (GEPLAC) organisiert. Die letzte Konferenz fand im Juli in Batumi statt. In drei Foren wurden schwerpunktmäßig die Reformfelder Handelskooperation, Rechtsreform und Konfliktlösung diskutiert. Nach dem Georgien-Russland-Krieg im August 2008 stellen sich neue Fragen hinsichtlich der Perspektiven des georgischen ENP-Prozesses. Georgien erhofft sich eine stärkere Koo-

peration im Energiebereich sowie eine schnelle Umsetzung des auf dem EU-Gipfel im September 2007 beschlossenen Freihandelsabkommens zwischen Georgien und der Europäischen Union.

In Armenien ist die FES ebenfalls mit einer Vielzahl von Projekten im ENP-Prozess aktiv. Neben Dialogmaßnahmen zählen hierzu auch politische Bildungsprojekte mit Studierenden und Jugendlichen. Dabei steht die Vermittlung von Grundlagenwissen über Europa und die Institutionen der EU im Vordergrund. Seit drei Jahren organisiert die FES Workshops und Trainings für Studierende an armenischen Universitäten. Dabei stehen Fragen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Demokratieentwicklung im Vordergrund. In diesem Jahr finden entsprechende Bildungsveranstaltungen an der Gitelik-Uni-

versität in Yeghegnadsor statt. In Aserbaidschan steht das Thema Sozialpolitik und Europäische Sozialstandards im Vordergrund der diesjährigen FES-Aktivitäten. Auf Grund des anhaltenden Ölbooms verfügt Aserbaidschan über hohe finanzielle Ressourcen und ein starkes Wirtschaftswachstum. Die Bevölkerung profitierte von dieser Entwicklung aber bislang nur wenig. Armut und Ungleichheit sind in der aserbaidschanischen Gesellschaft weiterhin weit verbreitet. Es stellt sich daher die Frage, ob und wie die Einnahmen auch für die Entwicklung neuer sozialer Sicherungssysteme und neuer Sozialstandards verwendet werden können. Hierzu organisierte die FES in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Aserbaidschanischen Komitee für Europäische Integration eine internationale Konferenz in Baku. In den verschiedenen

Konferenzen und Dialogmaßnahmen, die die FES im Südkaukasus durchführt, wird auch immer wieder Kritik am Format der Europäischen Nachbarschaftspolitik laut. Staaten wie Georgien und Armenien fühlen sich durch die ENP gelegentlich zu unrecht in einen Topf geworfen mit Ländern wie Syrien oder Ägypten, die ebenfalls Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind, ohne dass sie ein europäisches Wertefundament teilen würden. Darüber hinaus wird kritisiert, dass ENP den Teilnehmerstaaten zwar hohe Reformanstrengungen abverlange, aber zu wenig als Gegenleistung biete. Insbesondere stehe das ENP-Programm in einem ungeklärten Verhältnis zur EU-Beitrittsperspektive. So wird ENP von manchen als eine Vorstufe, von anderen jedoch als Ersatz für eine Beitrittsperspektive verstanden.

GEWERKSCHAFTSARBEIT DER FES IM SÜDKAUKASUS

Vor Willkür und Intransparenz schützen

Die Gewerkschaften in Georgien, Armenien und Aserbaidschan stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen. In Georgien müssen sie sich gegen die marktradikale Politik der Regierung politisches Gehör verschaffen. Die Regierung von Präsident Saakaschwili setzt in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, auf ein Minimum an staatlicher Regulierung und ein Maximum an Liberalisierung. Das hat zu einem Abbau von Arbeitnehmerrechten geführt. Beispielhaft

dafür steht das vom georgischen Parlament im Jahr 2006 verabschiedete Arbeitsgesetz, das als eines der liberalsten Gesetze der Welt gilt. Es erlaubt, Arbeitnehmer ohne Nennung von Gründen und ohne Kündigungsfrist zu entlassen. Damit steht das Gesetz im Spannungsverhältnis zu der Europäischen Sozialcharta und den von Georgien unterzeichneten ILO-Konventionen. Die Gewerkschaften, aber auch ILO und Europäische Kommission fordern Änderungen an dem

Gesetz. Neben solchen politischen Herausforderungen haben die Gewerkschaften in Georgien auch mit abnehmenden Mitgliederzahlen und veralteten Organisationsstrukturen zu kämpfen. Um die Gewerkschaftsbewegung bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen, arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung eng mit dem Gewerkschaftsdachverband GTUC (Georgian Trade Union Confederation) zusammen. 330.000 Gewerkschaftsmitglieder in 26 Einzel-

gewerkschaften sind in der GTUC organisiert. Seit dem Jahr 2005 unterstützt die FES den Reformkurs des georgischen Gewerkschaftsdachverbands. Beispielsweise organisiert sie in diesem Jahr mehrere „Train the Trainers“-Workshops für junge gewerkschaftliche Funktionsträger, die mit den Prinzipien der Sozialpartnerschaft vertraut gemacht und in Strategien der Organisationsentwicklung geschult werden sollen. Darüber hinaus hilft die Stiftung im Westen und Osten Georgiens beim Aufbau regionaler Gewerkschaftszentren. In Armenien und Aserbaidschan stellen sich die Probleme der Gewerkschaften anders dar. Hier haben die Gewerkschaften Schwierigkeiten, sich von der Regierung politisch zu emanzipieren. Das hat nach Ansicht vieler Beobachter zu einem Glaubwürdigkeitsverlust bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und zu einer poli-

tischen Selbstbeschränkung bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Regierung geführt. Doch wenn es um die Durchsetzung kodifizierter Arbeitnehmerrechte geht, nehmen die Gewerkschaften auch in Armenien und Aserbaidschan eine wichtige Rolle wahr. In Aserbaidschan werden Sie dabei auch von der FES unterstützt: Mit der Unterzeichnung der ILO-Konventionen 87 und 98 hat Aserbaidschan sich zu dem Recht von Arbeitnehmern auf Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen und die betriebliche Organisation ihrer Interessen bekannt. Vielen Arbeitnehmern und Betrieben sind die entsprechenden gesetzlichen Regelungen jedoch unbekannt, wodurch tagtäglich Arbeitnehmerrechte unterlaufen werden. In Zusammenarbeit mit der aserbaid-schanischen Gewerkschaft „Kidmet-Isch“ hat die FES daher eine Serie von Informationsseminaren gestartet, durch

die Arbeitnehmer, Arbeitgeber und lokale Behörden über die Rechte von Gewerkschaften und das System der Kollektivverhandlungen informiert werden. Den Auftakt bildeten zwei Seminare im April dieses Jahres in den Städten Gasakh und Mingetschewir. Die Seminarreihe wurde im Juni in weiteren Städten Aserbaidschans fortgesetzt. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber und Vertreter lokaler Arbeitsämter betonten die Notwendigkeit, informelle Absprachen und Arrangements zu formalisieren und Arbeitnehmerrechte so vor Willkür und Intransparenz zu schützen. Die FES unterstützt die Gewerkschaften im Südkaukasus auch bei der Integration in die internationale Gewerkschaftsbewegung und bei der Entwicklung regionaler Gewerkschaftsstrategien. Darüber hinaus unterstützt die FES globale Gewerkschaftsverbände bei der Organisation von Maßnahmen in der Region Südkaukasus.

— Interview mit Irakli Petriashvili, Präsident des Georgischen Gewerkschaftsdachverbandes GTUC

FES: Was sind die wichtigsten Herausforderungen für die Gewerkschaften in Georgien?

PETRIASHVILI: Wir verfügen noch nicht über genug inhaltliche und organisatorische Kompetenz, um dorthin zu gelangen, wo wir sein möchten, nämlich im Zentrum der Gesellschaft. Neben einer Reform unserer Organisation stehen wir dabei vor allem vor der Herausforderungen, politische Konzepte für die soziale Gestaltung der Globalisierung zu finden.

FES: Welche Reformen haben Sie bereits durchgeführt und wie sehen Ihre Pläne für die Zukunft aus?

PETRIASHVILI: Wir haben die Gewerkschaften demokratisiert und überflüssige Strukturen abgeschafft. Bislang haben wir die Zahl der Branchengewerk-

schaften von 34 auf 26 reduziert. Darüber hinaus haben wir die Transparenz des Gewerkschaftsdachverbandes GTUC erhöht, insbesondere hinsichtlich der Haushaltsführung und der Finanzadministration. Wir haben begonnen, intensiv mit internationalen Gewerkschaftsverbänden und internationalen Organisationen zu kooperieren. Zudem bauen wir unsere Präsenz in den georgischen Regionen aus. Unser Ziel ist, dass wir in jeder der zehn Regio-



nen Georgiens eine regionale Vertretung haben. Außerdem muss die Zusammenarbeit mit der Legislative verstärkt werden. Wir haben begonnen, eigene Gesetzesentwürfe zu erarbeiten.

FES: Seit dem Jahr 2004 führt die Regierung tiefgreifende Wirtschaftsreformen durch. Das hat sich positiv auf das Wirtschaftswachstum und die Investitionen ausgewirkt. Wie schätzen die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Reformen der Regierung ein?

PETRIASHVILI: Das Wachstum hat weder zu einer Verbesserung der sozialen Lage in Georgien noch zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen geführt. Im Bauwesen und im Finanzsystem erleben wir einen starken Aufschwung, aber in so wichtigen Sektoren wie der Landwirtschaft, der Metall- und Leichtindustrie findet kaum Entwicklung statt. Hinzu kommt, dass viele Reformen negative Effekte für die Bürger haben. Das zeigt beispielsweise die Privatisierung des Gesundheitswesens. Wie kann eine Reform erfolgreich sein, wenn ein Krankenhaus, dessen Bau das Land bis zu 40 Millionen US-Dollar gekostet hat, für 1000 US-Dollar an einen Investor verkauft wird?

FES: Im Jahr 2006 trat ein neues Arbeitsgesetz in Kraft, das von der GTUC scharfkritisiert wird. Welche Veränderungen fordern Sie konkret?

PETRIASHVILI: Das gesamte Arbeitsgesetz muss schnellstmöglich und grundlegend überarbeitet werden. Ich nenne nur einige wenige Beispiele: In Absatz 37 wird dem Arbeitgeber das Recht gegeben, Arbeitnehmer wegen Hautfarbe, Schwangerschaft, wegen gewerkschaftlicher oder nationaler Zugehörigkeit zu

entlassen. In den Absätzen 5 und 8 wird der Arbeitgeber von der Pflicht befreit, Zusagen oder Absagen bei Stellenneubesetzungen inhaltlich zu begründen. Nach dem Arbeitsgesetz ist es Gewerkschaften und Arbeitnehmern außerdem verboten zu streiken. Kollektivverhandlungen und andere Formen des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen sieht das Gesetz ebenfalls nicht vor. Vor zwei Jahren haben nur wir das Arbeitsgesetz kritisiert. Inzwischen tut das auch die ILO und die Europäische Kommission.

FES: Wie ist das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien? Vertritt irgendeine politische Partei die Forderungen der Gewerkschaften im Parlament?

PETRIASHVILI: Die Parteien in Georgien sind keine Programmparteien, wie sie in Westeuropa existieren. Ihr Ziel ist es, Macht zu bekommen und Macht zu erhalten. Dies führt oftmals zu einer populistischen Politik und einer Konzentration auf Personen statt auf Programme. Wir haben keinen politischen Partner unter den Parteien und folglich keine Interessenvertretung im Parlament.

FES: Die GTUC kooperiert schon seit einiger Zeit mit der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Georgien. Sind sie mit der Zusammenarbeit zufrieden?

PETRIASHVILI: Viele gewerkschaftliche Projekte hätten in den vergangenen drei Jahre nicht realisiert werden können, hätte uns die Friedrich-Ebert-Stiftung in Georgien nicht so gut unterstützt. Für die georgischen Gewerkschaften ist die Zusammenarbeit mit der FES von sehr großer Bedeutung.

FES FÖRDERT GEMEINSAMES MEDIENPROJEKT IN ARMENIEN UND DER TÜRKEI

Annäherung durch gemeinsame Recherche

Armenien und die Türkei sind Nachbarstaaten. Sie verbindet eine lange gemeinsame Geschichte. Dennoch sind die armenisch-türkischen Beziehungen sehr gespannt. Die Grenze ist geschlossen, die diplomatischen Beziehungen sind eingefroren. Die Türkei macht den Rückzug Armeniens von der armenisch kontrollierten Enklave Nagorno-Karabach in Aserbaidschan zur Bedingung für

eine Grenzöffnung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Neben dem Konflikt um Nagorno-Karabach bilden die tragischen Ereignisse in den Jahren 1915-1918 den zweiten Streitpunkt zwischen beiden Ländern. Damals wurden über eine Million der in der osmanischen Türkei lebenden Armenier ermordet. Armenien verlangt von der Türkei die Anerkennung des Massakers als

Völkermord und macht dies seinerseits zur Voraussetzung für eine Normalisierung des bilateralen Verhältnisses.

Die Einbindung Armeniens in die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Beitrittsperspektive der Türkei zur EU haben den Druck auf beide Länder erhöht, zu einer Verständigung zu kommen. In Armenien wird zudem mehr und mehr die Notwendigkeit gese-

hen, sich aus der wirtschaftlichen Isolation zu befreien. Die geschlossenen Grenzen zu Aserbaidschan und der Türkei bedeuten eine drastische Einschränkung des Handels. Von wichtigen regionalen Infrastrukturprojekten, wie dem Bau von Energiepipelines und Eisenbahnverbindungen nach Europa, bleibt das Land ausgeschlossen.

Nach der Amtseinführung des neuen armenischen Präsidenten Serzh Sargsyan im April dieses Jahres ist nun Bewegung in die armenisch-türkischen Beziehungen gekommen. Sargsyan lud den türkischen Präsidenten Abdullah Gül zu einem türkisch-armenischen Fußballspiel ein, das am 6. Sep-

tember in Yerevan stattfand. Außerdem veröffentlichte er einen Artikel im „Wall Street Journal“, in dem er die Gesprächsbereitschaft Armeniens unterstrich. Bei einem Staatsbesuch in Moskau im Juni dieses Jahres erklärte der Präsident, dass er bereit sei, Beziehungen zur Türkei aufzunehmen.

Vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen ist es wichtig, den Austausch auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene voranzubringen. So unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung ein armenisch-türkisches Journalistenprojekt in Zusammenarbeit mit dem Yerevan Press Club.

Das Projekt will dazu beitragen, die bilateralen Beziehungen

durch eine gemeinsame armenisch-türkische Berichterstattung über kritische Fragen im Verhältnis beider Staaten zu verbessern. Zunächst wurden acht Journalisten aus beiden Ländern als Teilnehmer des Projektes ausgewählt. Auf einem Workshop in Istanbul wurden Methoden der Teamarbeit und der gemeinsamen journalistischen Berichterstattung besprochen und trainiert. In der zweiten Jahreshälfte begeben sich die Journalisten auf Recherchereisen in die Türkei und nach Armenien. Als Ergebnis des Projektes sollen eine Vielzahl gemeinsam erarbeiteter, türkisch-armenischer Beiträge in wichtigen Zeitungen und Online-Medien publiziert werden.

— Nachhaltig und sozial

Die drei Länder des Südkaukasus verbindet hohes Wirtschaftswachstum und eine ambitionierte Reformagenda der Regierungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dennoch leben in Georgien, Armenien und Aserbaidschan über 30 % der Bevölkerung in Armut. Georgien setzt in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik auf marktradikale Lösungen. So wurde das Gesundheitswesen vollständig in die Hände des Privatsektors gelegt. Das Arbeitsrecht wurde dereguliert und selbst Anti-Monopolgesetze und eine funktionierende Wettbewerbsaufsicht werden von den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern in Tiflis bereits als ein zu starker Eingriff in den Markt betrachtet. Aserbaidschan profitiert vom Ölboom der vergangenen Jahre. Durch den Bau von Pipelines, die

Aserbaidschan, Georgien und die Türkei verbinden, kann es Europa mit Energie aus dem Kaspischen Meer belie-

fern. Dadurch kommen hohe Einnahmen in die Staatskasse und viele Investitionen ins Land. Doch die soziale Ungleichheit wächst und der Regierung ist es bislang nicht gelungen, Sektoren außerhalb der Öl- und Gasindustrie zu Trägern des Wirtschaftswachstums zu machen. Armenien hat weder Öl- noch Gasvorkommen, noch besitzt es eine Bedeutung als Transitland. Wegen des Konflikts um Nagorno-Karabach sind die Grenzen zu Aserbaidschan und der Türkei geschlossen.

Dennoch wächst auch hier die Wirtschaft, insbesondere im Bausektor. Doch das Wachstum konzentriert sich auf die Hauptstadt Yerevan. Die Landbevölkerung bleibt ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die FES in allen drei Ländern für eine nachhaltige und sozial ausgewogene Wirtschaftsentwicklung ein. In Georgien fördert sie den sozialen Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften, in Aserbaidschan unterstützt sie Projekte für eine transparente und sozial gerechte Verteilung der Öleinnahmen und in Armenien fördert die FES die Entwicklung von Empfehlungen für eine sozial ausgewogene Wirtschaftspolitik.

FES unterstützt unabhängigen Journalismus in der Region

Medienarbeit im Südkaukasus

— IN ALLEN DREI SÜDKAUKASISCHEN REPUBLIKEN finden Verstöße gegen die verfassungsrechtlich garantierten Freiheiten von Medienschaffenden statt. Durch den Druck auf Herausgeber und Sponsoren üben Behörden indirekt Einfluss auf die Berichterstattung aus.

Armenien und Aserbaidschan werden hinsichtlich der Pressefreiheit von der internationalen Medienrechtsorganisation Freedom House in ihrem Länder-Index als „unfrei“ einge-

Civil Georgia (www.civil.ge) ins Leben gerufen. Ziel ist es, ein unabhängiges, mehrsprachiges Nachrichtenportal im Internet aufzubauen, das inländischen und ausländischen Nutzern zu-

ein umfangreiches Nachrichtenarchiv aufgebaut, das es den Benutzern ermöglicht, politische Entwicklungen ihrem Zeitverlauf nach zu verfolgen. Das Angebot soll im nächsten Jahr durch Hintergrundanalysen und ein statistisches Datenportal erweitert werden.

- In Armenien arbeitet die FES seit vielen Jahren mit dem Yerevan Press Club (YPC) zusammen. Der YPC ist eine Vereinigung kritischer und unabhängiger Journalisten, Verleger und Medienrechtler. In der Zusammenarbeit mit dem YPC steht in diesem Jahr die Rolle von Medien im Wahlkampf im Mittelpunkt. Die politische Auseinandersetzung vor, während und nach den Wahlen im Februar 2008 war und ist extrem polarisiert. Im März kam es zu gewaltsamen Unruhen und zur Inhaftierung von Oppositionellen. Bis heute ist es Regierung und Opposition nicht gelungen, in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Vor dem Hintergrund dieser Polarisierung haben FES und der Yerevan Press Club ein Projekt zur Beobachtung der Berichterstattung während der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar sowie der Kommunalwahlen im Oktober dieses

stuft. In beiden Ländern sind Einschüchterungen von kritischen Journalisten an der Tagesordnung.

Eine solche Beschränkung der Medienfreiheit ist ein Hindernis für die weitere Demokratisierung im Südkaukasus. Medienfreiheit ist aber eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für eine demokratische Kontrolle der Politik.

Drei Projektbeispiele der FES in Georgien, Armenien und Aserbaidschan:

- Im Jahr 2001 wurde mit Hilfe der FES das Nachrichten-Portal

verlässige Informationen über die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung in Georgien gibt. Durch das mehrsprachige Angebot in Russisch, Georgisch und Englisch sorgt Civil Georgia dafür, dass die Informationen auch für politische Beobachter im Ausland zugänglich sind. Die Seite verzeichnet derzeit ca. 20.000 Zugriffe pro Tag. Bei Ausbruch des Krieges mit Russland im August gingen die Zugriffe auf 80.000 pro Tag hoch. Mit Hilfe der FES wurde das Angebot von Civil Georgia ständig erweitert. So wurde inzwischen

Jahres ins Leben gerufen. Im Rahmen des Projektes wird die politische Berichterstattung der sieben führenden Tageszeitungen mit Hilfe eines zuvor entwickelten methodischen Leitfadens ausgewertet. Die Ergebnisse werden auf Konferenzen vorgestellt. Auf diese Weise kann der armenischen und der internationalen Öffentlichkeit ein umfassendes Bild über die Qualität und Unabhängigkeit des politischen Journalismus in Armenien vermittelt werden.

• Im Jahr 2004 brachte die aserbaidische Regierung einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Informationsfreiheit ein. Viele NGOs fanden die-

sen Entwurf unzureichend. Mit Unterstützung der FES formulierte die aserbaidische Medienrechtsorganisation „Media Rights Institute“ einen alternativen Gesetzentwurf und legte diesen der Öffentlichkeit vor. Nachdem viele NGOs sowie die OSZE und der Europarat diesen alternativen Entwurf begrüßten, nutzte ihn die Regierung für erneute Beratungen im Parlament und verabschiedete ihn nach der dritten Lesung. In dem neuen Gesetz werden die Informationsrechte der Bürger gegenüber dem Staat gestärkt. Seither fördert die FES aserbaidische Nicht-Regierungsorganisatio-

nen, die die Umsetzung dieses Gesetzes beobachten und sich für den Schutz der festgeschriebenen Freiheitsrechte von Journalisten engagieren. So unterstützt die FES in diesem Jahr das „Media Rights Institute“ bei der systematischen Erfassung von Fällen, in denen gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verstoßen wurde. Die Fälle werden monatlich dokumentiert, publiziert und an Nicht-Regierungsorganisationen und Regierungsstellen verschickt. Darüber hinaus erarbeitet das Institut Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsstellung von Journalisten in Aserbaidisch.

— Interview mit Raschid Hadschili, Direktor des „Media Rights Institute“ in Baku.

IN ASERBAIDSCHAN ARBEITET DIE FES ENG MIT DEM „MEDIA RIGHTS INSTITUTE“ IN BAKU ZUSAMMEN. DAS INSTITUT WURDE IM JAHR 2002 GEGRÜNDET UND SETZT SICH FÜR DIE RECHTE VON JOURNALISTEN UND MEDIENSCHAFFENDEN EIN.

FES: Wo sehen Sie die größten Probleme für Journalisten und Medien in Aserbaidisch?

HADSCHILI: Es gibt keinen ausreichenden rechtlichen und politischen Schutz für die Medien- und Meinungsfreiheit. Im politischen System gibt es autoritäre Tendenzen. Die Opposition ist schwach und steht mit dem Rücken zur Wand. Kritische Medien erfahren keine politische Unterstützung. Die Unabhängigkeit und Professionalität der Justiz ist nicht gewährleistet. Daher können die Gerichte die im Gesetz verankerten Medienrechte nicht ausreichend schützen. Darüber hinaus haben kritische Medien ein wirtschaftliches Problem. Die Privatwirtschaft traut sich nicht, Werbung in regierungskritischen Medien zu schalten. Daher mussten viele unabhängigen Medien aus finanziellen Gründen aufgeben. Kritische Journalisten sind oft Opfer psychischer, physischer oder juristischer Angriffe. Es gibt viele Journalisten, die wegen ihrer kritischen Beiträge im Gefängnis sind. Die Chefredakteure der zwei wichtigsten kritischen Zeitungen befinden sich derzeit in Haft.

FES: Was empfehlen Sie, damit sich die Situation verbessert?

HADSCHILI: Die Demokratisierung des Landes und Entwicklung des Rechtsstaats sind unbedingte Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der Medien. Dazu gehört die Stärkung der Unabhängigkeit des Nationalen Fernseh- und Radiorates. Dadurch könnte der Kontrolle der Medien durch die Regierung entgegengewirkt werden. Das staatliche Fernsehen und Radio muss öffentlich-rechtlich werden, Radiofrequenzen müssen gerecht und fair verteilt und genutzt werden. Es gibt noch viele weitere Maßnahmen: die Entpolitisierung des Marktes für Werbungen und Anzeigen, die Verabschiedung eines Gesetzes, welches die Verfolgung kritischer Journalisten verhindert oder eine bessere Implementierung der existierenden Mediengesetze zum Schutz der Meinungsfreiheit.

Bürger werden aktiv

In allen drei Staaten des Südkaukasus konzentriert sich das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben auf die jeweilige Hauptstadt. Die Belange der Regionen finden nur unzureichend Gehör. Die Förderung von Bürgerbeteiligung und kommunaler Selbstverwaltung ist daher ein wichtiger Baustein zur Stärkung in der Region. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen über die gesetzlichen Möglichkeiten zur kommunalen Mitbestimmung versucht die FES, die Bürger beim Aufbau eigener kommunalpolitischer Organisationen zu unterstützen, diese zu vernetzen und mit Entscheidungsträgern in Dialog zu bringen. Zwei Beispiele aus Georgien und Aserbaidschan:

Seit dem Jahr 2004 unterstützt die FES in Georgien die Nichtregierungsorganisation ASA in einem Projekt zur Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der kommunalen Wirtschaftsentwicklung. Der politische Schwerpunkt des Projekts liegt bei der öffentlichen Energie-, Wasser- und Daseinsversorgung. In der georgischen Region Imereti und der Stadt Kutaisi, in der ASA ihren Sitz hat, stammt die Infrastruktur für die Wasser-, Strom- und Gasversorgung noch aus der Sowjetzeit. Die Versorgung erfolgt nur ungenügend und sporadisch. Zu Beginn der Kooperation von ASA und FES ging es darum, die Arbeitsweise der kommunalen Elektrizitätswerke für die Verbraucher transparent zu machen. Durch die Untersuchungen von ASA und zahlreiche Einzelklagen gegen die Elektrizitätswerke gelang es, einen umfassenden Korruptionsskandal in der Stadtverwaltung aufzudecken. Inzwischen wird ASA in allen wichtigen Fragen von der Stadtverwaltung konsultiert. Zudem hat ASA einen kostenlosen Verbraucherservice ins Leben gerufen, in der Bürger zu technischen und juristi-

schen Fragen beraten werden. Auf Grund der Erfolge des Projektes in Kutaisi wurde inzwischen ein Netzwerk unter dem Namen „ASA+“ ins Leben gerufen, durch das die Aktivitäten auf andere Kommunen ausgeweitet werden sollen. Einen anderen Zugang zum Thema Bürgerbeteiligung hat die FES in Aserbaidschan gewählt. Hier wird versucht, die Kommunikation zwischen Parlamentsabgeordneten auf der einen und den Bürgern der Wahlkreise auf der anderen Seite zu stärken. So wurden „Advocacy Groups“ gebildet, die die Belange des Wahlkreises und seiner Bevölkerung sammeln und gegenüber den Mandatsträgern vertreten. Auf Konsultationsforen werden Lösungswege für kommunale Probleme diskutiert. Die Schwäche des Parlaments und die Demokratiedefizite in Aserbaidschan werden durch solche Projekte nicht behoben. Sie tragen aber dazu bei, dass die Bevölkerung lernt, sich aktiv für ihre Belange einzusetzen und Entscheidungsträger direkt mit ihren Forderungen zu konfrontieren.

FES UNTERSTÜTZT RECHTSREFORM IN ARMENIEN

Europäische Standards als Ziel

Armenien ist seit 2001 Mitglied des Europarates und hat sich dadurch zur Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet. Zwar

hat Armenien durch verschiedene Rechtsreformen erhebliche Fortschritte erzielt, doch leidet das Justizwesen weiter unter dem starken Einfluss der

Exekutive sowie unter der weit verbreiteten Korruption. Negative Schlagzeilen machte Armenien auch in diesem Jahr, als es im Rahmen der Unruhen nach

den Präsidentschaftswahlen im Februar und März 2008 zu Verstößen gegen politische und persönliche Freiheitsrechte kam.

Seit einigen Jahren unterstützt die FES die Reform des armenischen Justizwesens. Dabei arbeitet sie mit dem Verfassungsgericht, dem Justizministerium sowie ausgewählten Richtern,

der verfassungsrechtlich garantierten Menschen- und Bürgerrechte. Darüber hinaus geht es um die Harmonisierung neuer Gesetze mit europäischen Standards. Hierzu hat die FES in der Vergangenheit den deutsch-armenischen Dialog im Rechtsbereich gefördert, beispielsweise durch die Entsendung deutscher Rechtsexperten

Association of International Law“ fünf Veranstaltungen über die Angleichung des armenischen Rechtswesens an europäische Normen durchgeführt. Zudem hat die FES eine Kooperation mit der armenischen Journalistenvereinigung Femida begonnen, die sich auf die Berichterstattung zu Justizfragen spezialisiert hat. Im Rahmen des von der FES unterstützten Projekts wurden auf einem Workshop fünf Gerichtsverfahren beleuchtet, in denen sich armenische Staatsbürger wegen Menschenrechtsverletzungen erfolgreich an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gewandt haben. An dem Workshop nahmen neben den Klägern auch Richter, Staatsanwälte, Referenten des Justizministeriums sowie der Ombudsmann der Republik Armenien, Armen Harutunyan teil, dem in der polarisierten politischen Auseinandersetzung des Landes eine wichtige Rolle als vermittelnde Instanz zukommt.

In Aserbaidschan wird eine wachsende Zahl junger Frauen gegen ihren Willen verheiratet. Zwangsverheiratete Frauen sind häufig Opfer von häuslicher Gewalt und Misshandlungen. Sie werden ihrer Bildungs- und Berufschancen beraubt und sind oft hohen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Mit dem Projekt „Youth Against Early Marriages“ unterstützt die FES die aserbaidische Jugendorganisation „Youth for Development“ in ihren Bemühungen, junge Frauen über ihre Rechte zu informieren und das Problem der Zwangsverheiratungen in die öffentliche Debatte zu rücken. Im Rahmen des Projektes werden in ländlichen Regionen Informationsseminare in Schulen und Gemeindezentren organisiert. Zielgruppe sind junge Frauen und Männer, aber auch Eltern und Lehrer.

Anwälten und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Im Vordergrund der Arbeit stehen die Anwendung internationaler Vereinbarungen und Konventionen, die Bekämpfung von Korruption sowie der Schutz

nach Armenien oder die Durchführung von Informationsreisen für armenische Verfassungsrichter und Rechtsexperten nach Deutschland. In diesem Jahr hat die FES zusammen mit der „Armenian

GEORGISCHE NACHWUCHSFÜHRUNGSKRÄFTE ZU GAST

Keine Zukunft ohne gute Regierungsführung

Wie müssen die politischen und wirtschaftlichen Anreize in einem Staat gesetzt werden, damit sich Wohlstand und Frieden entwickeln? Dieser Frage gingen 30 georgische Nachwuchsführungskräfte auf einer eintägigen Konferenz der FES am 27. Juni in Berlin nach. Bei den georgischen Teilnehmern handelte es sich um die diesjährigen Absolventen der Tbilisi School of Political Studies, die jedes Jahr Intensivkurse

für angehende politische, wirtschaftliche und administrative Führungskräfte veranstaltet. Der Konferenzbesuch in Berlin fand auf dem Hinweg einer Studienreise nach Straßburg statt, zu dem der Europarat die Absolventen der Tbilisi School of Political Studies jedes Jahr im Frühsommer einlädt. Ziel des Zwischenaufenthaltes in Berlin war die Begegnung mit den deutschen politischen Institutionen und Personen, die

sich mit dem südlichen Kaukasus und insbesondere mit Georgien befassen. Im Rahmen der Konferenz „Good Governance – Anreiz für Reformen?“ wurde deutlich, dass die Zukunft eines Staates und einer Gesellschaft davon abhängt, ob durch eine gute Regierungsführung Transparenz, Effizienz, Partizipation, Verantwortlichkeit, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit gefördert wird.

Blick aus Moskau auf die
Region

Russlands Kaukasus

— SPRICHT MAN IN RUSSLAND ÜBER DEN KAUKASUS, so stellen sich die Gesprächsteilnehmer den russischen Teil des gebirgigen Gebiets zwischen dem östlichen Ufer des Schwarzen Meeres und dem westlichen Ufer des Kaspischen Meeres vor. Die südlicher gelegenen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien werden dagegen unter dem Begriff Transkaukasien oder Südkaukasus gefasst.



Während dieses Gebiet von Russland in mehreren Feldzügen gegen den Iran und das Osmanische Reich bis Mitte des 19. Jahrhunderts erobert wurde, waren die Völker der heutigen russischen Gebiete Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan lange Zeit nicht zu besiegen. Legendär ist bis heute der Widerstandswille des Anführers Schamil, der trotz eindeutiger Unterlegenheit den russischen Streitkräften bis zu seiner Gefangennahme 1859 erfolgreichen Widerstand leistete.

Auch den Sowjets gelang es nur mit Mühe, den Süden Russlands unter Kontrolle zu halten. Der Georgier Josef Stalin traute ihnen nicht und ließ

1944 die Kaukasusvölker der Tschetschenen, der Inguschen, der Balkaren und der Karatschaier nach Sibirien und Zentralasien deportieren, wegen angeblicher Kooperation mit der deutschen Wehrmacht. Nach der Rehabilitierung der Völker 1957 durch die sowjetische Regierung kam es zu ersten Auseinandersetzungen. So rebellierten die Inguschen gegen die Nordosseten, weil die inzwischen Gebiete der Inguschen besiedelt hatten und nicht bereit waren, diese nach deren Rückkehr zu räumen. So erstaunlich friedlich und leise das riesige Sowjetimperium aufhörte zu atmen, so brutal und blutig zerbarst die viel beschworene Völkerfreundschaft

im Kaukasus und in Transkaukasien. Dort kämpften für ihre Unabhängigkeit Abchasier und Südosseten gegen Georgien und Nagorno-Karabach mit armenischer Unterstützung gegen Aserbaidschan. In beiden Fällen war Russland nicht unbeteiligt.

War es doch die sowjetische Führung, die unter Stalin Republiken und deren Völker so einteilte, dass der Titularnation stets ein weiteres Volk zur Seite gestellt wurde. Als Widerhaken, um auch so einer Abspaltung einzelner Republiken von der Union entgegenzuwirken. So pflegten die Räte im Kreml dieses Instrument, und die neuen Politiker der Russischen Föderation unter Präsident Boris Jelzin brachen nicht mit dieser Tradition.

Im eigenen Kaukasus schossen derweil Inguschen gegen Nordosseten und die Tschetschenen wollten sogar unabhängig von Moskau werden. In diesen Jahren suchten westliche Journalisten mühsam die Orte der kaukasischen Kriegsgebiete, Chefredakteure wiegelten ihre Reportagen bisweilen mit dem Argument ab, dass eh kein deutscher Leser wüsste, wo diese Gebiete liegen, ergo auch kein Interesse an Berichten

hätte. So blieben die Konflikte lange Zeit Thema von Experten.

Gleichwohl beschäftigt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau seit Jahren mit dem Kaukasus. Einer der wichtigen Partner ist die Nordkaukasische Akademie des Staatsdienstes, mit der die FES jährlich Veranstaltungen durchführt. Zu den Themen gehören die Eliten in den Regionen und ihr Einfluss auf die nationale Politik, Probleme der Migration sowie Fragen zur Einschätzung von Konflikten in der Region. Dabei kam es immer wieder, gerade während und nach dem

Krieg in Tschetschenien, zu Diskussionen über die Frage der Integrität eines Staats und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung.

In der 2007 von der FES veröffentlichten Publikation „Eliten und die Zukunft Russlands – Blick aus den Regionen“ schreibt der Konferenzteilnehmer und Politikwissenschaftler V. Menschikov folgenden Artikel mit dem bemerkenswerten Absatz: „Ein starker demokratischer Staat – das ist der Mechanismus von Machtzusammenarbeit, der in erster Linie nicht auf den Interessen der Macht oder den Machteliten

selbst basiert, sondern auf den Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Bedacht wird dabei auch, falls notwendig, die Verteidigung von Minderheitsinteressen.“

Wären diese Worte tatsächlich die Maxime politischen Handelns im Kaukasus und in Transkaukasien, so könnten Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft auf dem höchsten Berg Europas, dem Elbrus mit 5642 Metern, eine friedliche Gebirgslandschaft beobachten und vielleicht sogar eine mittelfristige politische Prognose wagen.

FES UNTERSTÜTZT LÄNDLICHE ENTWICKLUNG IN GEORGIEN

Tourismus als Chance?

Der Tourismussektor könnte einer der zukunftsfähigsten Sektoren für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Georgiens sein. Viele einkommensschwache Regionen des Landes bieten auf Grund ihrer natürlichen Ressourcen attraktive Reiseziele für in- und ausländische Besucher. Um dem Ziel einer nachhaltigen, sozial ausgewogenen Erschließung ländlicher Regionen näher zu kommen, hat die FES zusammen mit der Nichtregierungsorganisation GUMA ein Programm für die georgische Bergregion Swanetien erarbeitet, das sich schwerpunktmäßig auf die Förderung des Tourismus konzentriert. Ziele des Programms sind zum einen die Vernetzung von Dorfgemeinschaften und zum anderen



Georgiens Landschaften bieten attraktive Reiseziele für in- und ausländische Besucher.

die Ausbildung, um ansprechende touristische Angebote entwickeln zu können. Das Projekt begann im Jahr 2005. Seither wurden in sechs Gemeinden verschiedene Fortbildungen organisiert, das Lehrbuch „Familienbetriebe im Tourismus: Organisation und Management“ verteilt sowie vier Wanderpfade und ein Reit-

weg unter Beteiligung von lokalen Fremdenführern markiert. In Zusammenarbeit mit der Schweizer Entwicklungsorganisation DEZA wurde ein Gebäude in Mestia, der Hauptstadt von Zemo-Swanetien, gekauft und renoviert, um dort weitere Programme durchführen zu können.

Das FES-Büro in Georgien

Ein krisenbewährtes Team

— DIE FES UNTERHÄLT IN DER GEORGISCHEN HAUPTSTADT TIFLIS EIN REGIONALBÜRO mit sechs Angestellten und einem deutschen Auslandsmitarbeiter als Regionalkoordinator für den Südkaukasus. Darüber hinaus hat die FES in Aserbaidschan und Armenien Ortskraftbüros mit jeweils einem lokalen Mitarbeiter.



Das FES-Team in Tiflis: (hinten v.l.n.r.) Elene Gamtsemlidze, Ia Tikanadze, Tariel Tsiklauri, Matthias Jobelius. Vorn: Ketevan Gvaramia, Khatuna Nakeuri, Irine Seperteladze

Das Büro der FES in Georgien wurde im Jahr 1994 in Tiflis eröffnet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung war damit die erste und lange Zeit einzige deutsche politische Stiftung im Südkaukasus. Auch zur damaligen Zeit befand sich Georgien in einer schwierigen Lage. Nach Bürgerkriegen und der Abspaltung der separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien war der Staat kaum noch funktionsfähig. In den Folgejahren begann ein tiefgreifender Transformationsprozess, der von Rückschlägen geprägt war. Von Anfang an war es Ziel der FES, diesen Wandel sozial und nachhaltig zu gestalten. Dabei standen und stehen die Stär-

kung der Zivilgesellschaft, die Entwicklung demokratischer Institutionen und einer demokratischen politischen Kultur sowie die Förderung einer sozialen Marktwirtschaft im Vordergrund. Nach seiner Eröffnung wurde das Büro schnell zu einem wichtigen Treffpunkt für Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Entscheidungsträger und Journalisten. In den ersten Jahren nach der Gründung wurde so der Grundstein für das breite Partnernetzwerk geschaffen, über das die FES heute in Georgien verfügt.

Seit sieben Jahren ist Tiflis auch der Sitz des FES-Regionalbüros für den Südkaukasus. Die Stiftung ist seit 1995 in Armenien und seit dem Jahr 2002 in Aserbaidschan mit Ortskraftbüros in Yerevan und Baku vertreten. Im Jahr 2001 kam der erste deutsche Auslandsmitarbeiter als Koordinator für die Region nach Georgien. Heute arbeiten sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der FES in Tiflis. Der deutsche Auslandsmitarbeiter Matthias Jobelius koordiniert die Büros in der Region. Geschäftsführende Leiterin ist Ia Tikanadze. Sie hat Germanistik in Russland und Georgien studiert, viele

Forschungsaufenthalte in Deutschland verbracht und bei der georgischen Akademie der Wissenschaften gearbeitet, bevor sie 1994 zur FES kam. Um die Buchhaltung der drei Büros im Südkaukasus kümmert sich Elene Gamtsemlidze. Elene ist studierte Wirtschaftsjuristin und hat in Tiflis u.a. bei der Vertretung der Volkswagen AG und beim Obersten Gerichtshof gearbeitet. Irine Seperteladze wiederum kam als Assistentin des Regionalkoordinators im März 2002 zur FES. Irine hat Germanistik und Jura in Georgien, Deutschland und Österreich studiert und bei der deutschen Botschaft in Tiflis und bei einem EU-Projekt ihre ersten Arbeitserfahrungen gesammelt. Ihre Büronachbarin ist Ketevan Gvaramia, die als Sekretärin im Jahr 1997 bei der FES anfang. Zuvor hat sie Anglistik studiert und beim staatlichen Fernsehsender und im Verlag „Vesta“ gearbeitet. Khatuna Nakeuri hat Germanistik in Deutschland studiert und danach beim Studienkolleg Bochum und an der georgischen Botschaft in Deutschland gearbeitet. Im Jahr 2007 kam sie aus Deutschland zurück und trat ihre Stelle als Übersetzerin und Dolmetscherin im

FES-Büro in Tiflis an. Seit sieben Jahren ist Tariel Tsiklauri als Fahrer und technischer Mitarbeiter bei der FES tätig. Er hat Ingenieurwissenschaft und Bauwesen in Georgien studiert und später beim Ministerium für Agrarbau und verschiedenen Baufirmen gearbeitet.

Trotz der unterschiedlichen Werdegänge und Hintergründe sind die sieben FES-Kolleginnen und Kollegen in Tiflis ein eingespieltes Team. Besonders während der Tage des Krieges im August, als die Zukunft des Landes und des Büros einige Tage ungewiss war, hat sich der Mannschaftsgeist unter Be-

weis gestellt. Ohne die gegenseitige Unterstützung hätten die Einzelnen diese Zeit als noch schwieriger empfunden. Alle eint der Wunsch nach einer friedlichen, sozialen und nachhaltigen Entwicklung des Landes. Durch ihre Arbeit bei der FES hoffen sie, gemeinsam dazu beizutragen.

Naira Gevorgyan, Geschäftsführerin der FES-Vertretung in Armenien:

„Ich habe durch die Arbeit bei der FES einen anderen Zugang zu meinem Land bekommen. Anfang der 1990er Jahre hat Armenien eine schwere Zeit durchgemacht. Nach der Unabhängigkeit 1991 gab es kein Gas und keinen Strom. Viele Armenier emigrierten. In den Jahren 1988 bis 1994 fand zudem der Krieg um Berg-Karabach statt. Als ich ein Jahr nach dem Waffenstillstand bei der FES anfang, war ich zunächst sehr skeptisch hinsichtlich der Perspektiven meines Landes. Durch die Arbeit bei der FES habe ich dann tiefere Einblicke in die politische Dynamik des Landes bekommen. Durch unsere Seminare merkte ich,

wie hoch der Veränderungswillen in der Gesellschaft war. Und wenn man sieht, dass die Organisation, für die man arbeitet, sinnvolle Projekte macht und eine wichtige Rolle für dein Land spielt, fühlt man sich wohl. Außerdem gefällt mir die Arbeit bei der FES, weil ich die deutsche Sprache und Kultur liebe.“



Raschad Huseynli leitet seit dem Jahr 2004 als Ortskraft das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Aserbaidschan. Nach seinem Schulabschluss absolvierte Raschad Huseynli ein Germanistik-Studium in Baku. Zwei DAAD-Stipendien ermöglichten es ihm, das Studium in Bayreuth und Bochum zu vertiefen. Sein Interesse an der deutschen Kultur und Sprache entwickelte er schon zu Schulzeiten. Bereits während seines Studiums arbeitete er für die GTZ als Übersetzer und Dolmetscher. Dies führte später zur Tätigkeit bei einem GTZ-Projekt zur Rechtsreform in Aserbaidschan. Im Oktober 2004 bewarb Huseynli sich dann auf eine Stellenausschreibung der FES. Auf Grund seines klaren politischen Urteilsvermögens und seines überzeugenden Auftretens konnte er sich im Auswahlverfahren gegen 20 Mitbewerber durchsetzen. Seither ist er in Aserbaidschan für die Umsetzung der FES-Aktivitäten zuständig. Dazu hält er täglich Kontakt zum FES-Regionalbüro

in Tiflis, wo die Arbeit im Südkaukasus koordiniert wird. Die Entscheidung, zur FES zu gehen, hat er nie bereut. „Die Arbeit bei der Stiftung gibt mir die Möglichkeit, einen Beitrag für die Demokratisierung meines Landes und für die Annäherung Aserbaidschans an die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Standards der EU zu leisten. Als FES schaffen wir es immer wieder, die richtigen politischen Themen zu besetzen und die richtigen Leute miteinander in Dialog zu bringen“, das dies gelingt, ist auch der Arbeit von engagierten Ortskräften wie Raschad Huseynli zu verdanken.



Szenario-Workshop des
Genfer FES-Büros

Wie wird die Weltwirtschaftsordnung im Jahre 2020 aussehen?

— DIE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IST IN UNORDNUNG GERATEN. Die drei wichtigsten Säulen dieses Systems – Weltwährungsfonds (IMF), Weltbank und Welt-handelsorganisation (WTO) – haben viel von ihren klassischen Funktionen eingebüßt.



Im Chateau de Bossey, einem dem Weltkirchenrat gehörenden Tagungszentrum, fand der Workshop der FES statt.

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die Nahrungsmittelkrise und der steigende Ölpreis haben auf der anderen Seite deutlich gemacht, wie wichtig es für die Weltwirtschaft ist, über funktionierende Strukturen zu verfügen, die ein Minimum an Regulierung gewährleisten können.

Schon seit längerem wird über entsprechende Reformvorschläge nachgedacht, die in der Regel aber lediglich Minireformen innerhalb der bestehenden Struktur vorsehen. Aber selbst diese bescheidenen Reformvorschläge werden dann nicht einmal in die Tat umgesetzt. Klassisches Beispiel dafür ist die WTO, für die im Jahre 2004 eine Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen WTO-Generaldirektors Peter

Sutherland einen Reformbericht vorlegte. Davon war drei Jahre später praktisch nichts verwirklicht; dafür setzte man 2007 eine neue Kommission ein, die wiederum ähnliche Vorschläge machte.

Um eingefahrene Sichtweisen aufzubrechen, hat das FES-Büro Genf im Frühjahr 2008 ein Szenarioprojekt begonnen, das in einem Zeitraum von etwa zehn Monaten drei Workshops umfassen wird. Der erste sogenannte „Orientierungsworkshop“ fand vom 27. bis 29. Juni in der Nähe von Genf statt. 22 Mitglieder des Szenarioteams aus 16 Ländern waren zusammengekommen, um die Vor- und Nachteile der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung zu analysieren, die entscheiden-

den Einflussfaktoren für deren zukünftige Gestaltung zu identifizieren und die Grundlagen möglicher Szenarien zu legen. Die Teilnehmer sind wissenschaftliche Experten, Diplomaten, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften sowie von Ministerien und der Wirtschaft aus China, den USA, Russland, Mexiko, Südafrika, Ägypten, Frankreich und Deutschland. Der nächste Workshop wird im November stattfinden und soll eine Reihe von „Groszenarien“ entwickeln, die dann auf einem abschließenden Treffen Anfang nächsten Jahres in drei bis vier „Feinszenarien“ verfeinert werden.

Vladimír Spidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit besuchte am 18. Juli die FES in Bonn. Der Gedankenaustausch mit Repräsentanten der Abteilungen IEZ und WISO sowie mit Vertretern der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Global Union Federation beschäftigte sich mit der aktuellen Debatte über Mindestlöhne und Sozialstandards. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die aktuellen „Baustellen“ der sozialpolitischen Agenda der EU: Antidiskriminierungspolitik, Europäische Betriebsräte, Zeitarbeit, Patientenfreizügigkeit und betriebliche Altersvorsorge.



— Treffpunkt und Kontaktbörse

Die Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die traditionell jedes Jahr im Mai und Juni stattfindet und rund 3.000 Delegierte aus den Mitgliedsstaaten nach Genf zieht, war auch in diesem Jahr Anlass für verschiedene Aktivitäten der FES. Zum ersten Mal nahm auch die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs, aktiv an den unterschiedlichen Ereignissen teil. Am 4. Juni eröffnete sie eine Podiumsdiskussion, die gemeinsam von der ILO und der FES zum Thema „Sozialstandards in öffentlichen Ausschreibungen“ veranstaltet wurde. Aktueller Anlass war eine Studie, die die ILO vor dem Hintergrund des globalen Abwärtsdrucks bei Löhnen und Sozialstandards vorgelegt hatte.

Den aktuellen Hintergrund der Diskussionen bildeten die kürzlich vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelten Streitfälle, in denen das Gericht entgegen nationaler Rechtsprechung die Praxis osteuropäischer Firmen sanktioniert hatte, ihren Arbeitnehmern für zeitlich befristete Aufträge in Schweden und Deutschland Löhne zu zah-

len, die rund die Hälfte der ortsübliche geltenden Tariflöhne betragen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer unterstrich, dass es hier um Versuche ging, Sozialdumping auf Kosten von Arbeitnehmern zu betreiben. Er verwies darauf, dass sich die Gewerkschaften weltweit, ungeachtet der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in den einzelnen Ländern, für menschenwürdige und angemessen bezahlte Arbeit einsetzen. Anke Fuchs traf auch zu Gesprächen mit Antonio Guterres, dem Hochkommissar für Flüchtlinge, sowie mit den Generalsekretären der Internationalen Gewerkschaftsorganisationen (Global Union Federations) zusammen.

Seit 32 Jahren Treffpunkt und Kontaktbörse für Gewerkschaftsvertreter aus der ganzen Welt: Jahresempfang der FES in Genf. Anke Fuchs begrüßte den Generalsekretär der ILO, Juan Somavia. Ernst Kerbusch, ehemaliger Leiter der Abteilung IEZ, verabschiedete sich in den Ruhestand. Seine Nachfolgerin, Christiane Kesper, wird die Tradition dieser jährlichen Zusammenkunft weiterführen.



ERSTES DEUTSCH-FRANZÖSISCHES GEWERKSCHAFTSFORUM IN PARIS

Eine historische Veranstaltung?

Wie schafft man ein sozialeres Europa? Mit Sicherheit nicht ohne eine enge Kooperation Frankreichs und Deutschlands, der beiden industriellen Schwergewichten der EU. Zu dieser Einschätzung kamen Gewerkschafter aus Deutschland und Frankreich die sich am 9. Juli in Paris zum ersten „Deutsch-Französischen Gewerkschaftsforum“ trafen. Organisiert wurde das Forum gemeinsam von der FES-Paris, der Hans-Böckler-Stiftung und dem französischen Gewerkschaftsinstitut IRES. Auf französischer Seite nahmen alle französischen Dachverbände und eine Reihe von Branchenorga-

nisationen teil. Aus Deutschland kamen Vertreter des DGB, der IG Metall, von ver.di, der GEW und des interregionalen Gewerkschaftsrats Saar-Lorraine-Luxemburg-Trier-Westpfalz. Vertreten waren auch der Europäische Gewerkschaftsdachverband ETUC und das „Trade Union Advisory Comitee“ der OECD. Die gemeinsame Sorge vor einer einseitig wirtschaftsliberalen Orientierung der EU kam in fast allen Beiträgen zum Ausdruck. Die politische Orientierung der Barroso-Kommission spielt hier ebenso eine Rolle wie eine zunehmend sozialstaatsfeindliche Rechtsprechung des Europäischen Ge-

richtshofs. Vor diesem Hintergrund forderten die Teilnehmer die Entwicklung eines europäischen Sozialrechts, das die nationalen Errungenschaften konsolidiert und nicht unterminiert, die Formulierung einer längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Strategie für Europa und die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie der Gewerkschaften in Frankreich und Deutschland. Das deutsch-französische Gewerkschaftsforum der FES soll hierbei eine wichtige Rolle spielen. Ob es sich wirklich um eine, wie einige Teilnehmer meinten, „historische“ Veranstaltung handelte, muss sich aber noch erweisen.

SOZIALDIALOG IM PRIVATEN SICHERHEITSGEWERBE

Ein Beruf wird geboren

Die Zahl der Beschäftigten im privaten Sicherheitsgewerbe wächst gerade in den Transformationsländern immens und übersteigt in einigen Ländern

bereits die Zahl der Polizeiangestellten; mittelfristig ist davon auszugehen, dass es europaweit etwa ebenso viele private Sicherheitsangestellte wie Polizisten geben wird. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen z. B. skandinavischen und südeuropäischen Staaten. Das schnelle Anwachsen des privaten Sicherheitsgewerbes lässt sich auf die wachsende Auslagerung von öffentlichen Sicherheitsleistungen zurück-

führen (z. B. Flugverkehr, Bahnverkehr etc.). Diese Auslagerung geschieht zumeist aus Kostengründen. Daraus ergeben sich die oft äußerst niedrigen Löhne und Gehälter für die Angestellten des privaten Sicherheitsgewerbes.

Die FES unterstützt vor diesem Hintergrund mit ihren beiden Regionalprojekten „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog“ ein EU-gefördertes Projekt zur Schaffung und Vertiefung des Sozialdialoges im privaten Sicherheitsgewerbe. Das Projekt läuft von Anfang 2008 bis Anfang 2009 und sieht Konferenzen in verschiedenen MOE- und SOE-Ländern vor. Das Projekt wird getragen von nationalen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, von UNI-Europa, der CoESS (europäische Arbeitgeber im Sicherheitsgewerbe) sowie federführend von der Kammer in Slowenien (ZRSZV).

Nur in wenigen Ländern gibt es für die private Sicherheitsindustrie einen Ausbildungsplan oder ein komplettes Berufsbild. In den meisten Ländern sind die Einstiegsvoraussetzungen

ein medizinisches Gutachten und eine zumeist nur 100- bis 150-stündige „Ausbildung“. Damit sollen dann viele der Aufgaben übernommen werden, die zuvor von gut ausgebildeten Fachkräften der Polizei ausgeübt wurden.

Das von der FES unterstützte, europaweite Projekt möchte den Sozialdialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausbauen und unterstützen. Die gemeinsamen Ansätze für die Verbesserung des gesamten Berufsstandes sind die Festlegung von Mindestqualifikationen, die Schaffung vernünftiger Arbeitsbedingungen und damit auch die schrittweise Verbesserung des Dienstleistungsangebotes. Es ist wohl kaum davon auszugehen, dass schon privatisierte Dienstleistungsbereiche wieder in den öffentlichen Sektor zurückgeführt werden. Daher muss dem privaten Sicherheitssektor endlich auch die Aufmerksamkeit gewidmet werden, die allen anderen Fragen der Sicherheit der Bürger längst zuteilgeworden ist.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER VERGLEICH DER ARBEITSMARKTREFORMEN

Gebremste Lohnentwicklung

„Arbeitsmarktreformen schaffen kein Wachstum“, dies war die für viele Teilnehmer überraschende Botschaft des Vorsitzenden des Sachverständigen-

rates und Wirtschaftsweisen Bert Rürup auf einer Fachtagung am 4. Juni in Paris. Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik und das Büro Paris

der FES hatten die Veranstaltung zum Thema „Durch Arbeitsmarktreformen zu mehr Wachstum und Beschäftigung?“ gemeinsam mit der französi-

schen Wirtschaftswissenschaftlervereinigung „Cercle des Economistes“ durchgeführt. Mit Patrick Artus, Pierre Cahuc, Gilbert Cette, Jean-Luc Gaffard, Jean Pisani-Ferry sowie – neben Bert Rürup – Jürgen Kromphardt, Gustav Horn, Ronald Schettkat, Dirk Schuhmacher und Werner Eichhorst war die Creme der deutschen und französischen Arbeitsmarktexperten vertreten. Die Diskussion moderierten Hans-Helmut

Kotz vom Vorstand der Deutschen Bundesbank und Anton Brender (Cercle des Economistes/Dexia).

Umstritten blieb auch nach der überraschenden Eröffnungstheese von Rürup, inwieweit Arbeitsmarktformen Wachstumsprozesse verstetigen und Beschäftigung schaffen können. Keinen Zweifel gab es unter den Teilnehmern, dass die Reformen die Lohnentwicklung in Deutschland gebremst haben.

Damit haben sie zwar zum aktuellen Exporterfolg beigetragen, andererseits aber auch die Binnennachfrage in problematischer Weise gedämpft. Dass dieser Erfolg auch auf dem Rücken der Nachbarn, insbesondere Frankreichs, erzielt wurde, stieß auf Kritik von beiden Seiten. Einer zukünftigen besseren makroökonomischen Koordinierung von Reformpolitiken innerhalb Europas räumte man aber kaum Chancen ein.

SEMINAR ZUR EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Langfristig nur noch eine gemeinsame Armee?

Eigentlich hatten sich die Organisatoren das Timing anders vorgestellt. Drei Tage nach dem irischen Referendum und am Vorabend der Vorstellung des neuen französischen Weißbuchs zur Verteidigungspolitik wollten die FES-Paris und ihr französischer Partner „Euro-partenaires“ Mitte Juni Politiker und Fachleute aus Deutschland und Frankreich zu den Perspektiven der europäischen Verteidigungspolitik diskutieren lassen – die französische Ratspräsidentschaft und die Institutionen des Lissabonner Vertrages vor Augen. Nach dem „Nein“ aus Dublin bekam die Diskussion dann aber einen etwas anderen Unterton. Europa müsse, so die Verteidigungspolitikerin Patricia Adam von der Parti Socialiste, in allen Politikfeldern, auch der Verteidigungspolitik, in Zukunft einen intensiveren Dialog mit den Bürgern suchen. Egal wie die institutionelle Vertiefung der EU sich in Zukunft gestaltet,

bleibt die Fortentwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine zentrale europäische Zukunftsaufgabe, so der SPD-Abgeordnete Jörn Theißen.

Weniger Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern gab es bezüglich der in den letzten Jahren erzielten Erfolge. Der ehemalige französische Außenminister Hubert Vedrine zeigte sich bei der Bewertung der Bilanz eher skeptisch. Verteidigungspolitik sei ein Kernbereich staatlicher Souveränität, dessen Aufgabe noch für lange Zeit Grenzen gesetzt bleiben werden. Eine europäische Verteidigungspolitik lasse sich, dies unterstrich auch der britische Botschafter in Frankreich Peter Westmacott, ohnehin nur in einem komplexen Wechselspiel mit Fragen der Zukunft der Nato realisieren. Die zukünftige Verteidigungsstrategie Frankreichs, so der Vorsitzende der Weißbuchkommission Jean-Claude Mallet, habe die

europäische Dimension systematisch mitgedacht und berücksichtigt. Auf einen noch längerfristigeren Horizont verwies der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels: In ihrem Hamburger Programm hat die SPD bereits das Ziel formuliert, langfristig eine gemeinsame europäische Armee zu schaffen.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++

Um den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Polen zu intensivieren, kamen am 6. und 7. Juni in Warschau Wissenschaftler, Experten und Vertreter von deutsch-polnischen Institutionen und der Botschaften auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen und erörterten die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und **Vertiefung der akademischen und institutionellen Zusammenarbeit**. Intensiv und zum Teil sehr kontrovers wurde die Entwicklung eines deutsch-polnischen Geschichtsbuches für Schulen diskutiert.

Deutsch-Japanische
Konferenz in Tokio

Riesige Potenziale der Energieeffizienz

— JAPAN UND DEUTSCHLAND – NUMMER ZWEI UND DREI IN DER WELT-WIRTSCHAFT, beide mit fast gleich großen Treibhausgas-Emissionen pro Kopf, beide mit einer wichtigen Rolle im Aufbau multilateraler Strukturen, beide große Ökonomien ohne nennenswerte Öl- und Erdgasreserven und beide auf der Suche nach einer adäquaten Rolle in den internationalen Beziehungen – genügend Stoff, um sich auszutauschen.

Gemeinsam hatten deshalb die FES, das Fujitsu Research Institute und das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin am 30. Juni Parlamentarier, Regierungsvertreter, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter Japans und Deutschlands nach Tokio zu einer japanisch-deutschen Konferenz eingeladen.

Es wurde gestritten und es wurden Komplimente verteilt, aber die Positionsunterschiede lagen nicht immer zwischen

den beiden Ländern, sondern auch innerhalb der nationalen Gruppen. Erfrischend waren zum Beispiel die Zweifel des Parlamentsabgeordneten Fukuyama Tetsuro (Demokratische Partei Japans) an der Durchsetzungsmöglichkeit von auch nur zehn Kernkraftwerken angesichts des weitergehenden Programms der Regierung. Umgekehrt ließen sich nicht alle deutschen Teilnehmer auf einen dauerhaften Ausstiegsbeschluss festlegen. Fukuyama war es auch, der ein Plädoyer für ein international abgestimmtes Konzept zur Bekämpfung des Klimawandels abgab. Das japanische Potenzial für den Übergang in eine fossilarme Energieversorgung sei riesig. Petra Bierwirth (MdB, Vorsitzende des Umweltausschusses des Bundestages) stellte das Integrierte Energie- und Klimapakete vor: Förderung Energieeffizienz, Erneuerbare-Energie-Gesetz, nationale und internationale Nutzung der Mittel aus versteigerten Emissionsrechten. Stefan Lechtenböhrer (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) erläuterte das riesige Potenzial der Effizienzgewinne, die zugleich Energieeinsparungen und

Technologiepotenziale erschließen können – Potenziale, zu denen Japan und Deutschland in ähnlicher Weise und besser als die meisten Industrieländer Zugang haben.

Frank Schwabe (MdB, klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) skizzierte das Europäische Emissionshandelssystem mit seiner Test- (2005-2007) und Konsolidierungsphase (2008-2012). Nezu Risaburo (Managing Director des gastgebenden FRI) arbeitete in einem sehr engagierten Vortrag die Notwendigkeit des Emissionshandels sowohl für Japan als auch im globalen Maßstab heraus. Japan sei auch wegen eines fehlenden Emissionshandels in der Erfüllung seiner Kyoto-Ziele im Hintertreffen. Er forderte den sofortigen Beginn internationaler Verhandlungen im Rahmen der WTO.

Ein globales Emissionshandelssystem müsse und könne für China und Indien so attraktiv gemacht werden, dass sie ihre ablehnende Position zur Eigenverpflichtung aufgeben würden, bekräftigte Dr. Friedemann Müller von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Euroeinführung noch keine beschlossene Sache

„Es gibt einige sehr selektive Wahrnehmungen“, stellte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses, der frühere sozialdemokratische Finanzminister und Stellvertretende Vorsitzende der ČSSD, Bohuslav Sobotka, während einer Diskussionsrunde der FES-Prag am 23. Juni fest. Mit einer deutlichen Spitze gegen die EU-skeptische Position der Mitte-rechts-Regierung machte er klar: Die Tschechische Republik stehe nicht vor der Frage, ob der Euro eingeführt werde, sondern einzig vor der Frage „Wann?“

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union habe sich das Land auch für die Einführung des Euro entschieden – und für beides eine Zustimmung von 77 % der Bevölkerung erhalten. 2007 habe Tschechien die Maastrichter-Konvergenz-Kriterien erfüllt. Aber aus technischen Gründen könnte selbst bei einer baldigen Entscheidung eine Einführung erst in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden, d. h. 2013-2014. Wie Sobotka sprachen sich auch der Gouverneur der Tschechischen Nationalbank, Zdeněk Tůma, und die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer aus der Wirtschaft, wie der Vizepräsident des Tschechischen Verbandes der Industrie, Pavel Kafka, für die Festlegung eines Termins aus: „Wir brauchen einen Zeitplan und ein klares Signal an die Investoren“. Sowohl

Kafka als auch der Vorsitzende der Konföderation der Arbeitgeber- und Unternehmervereinigungen, Jan Wiesner, verwiesen auf Mitgliederbefragungen, nach denen eine große Mehrheit der Wirtschaftsvertreter sich für eine baldige Euro-Einführung ausgesprochen hätten. Alexandr Vondra, Stellvertretender Ministerpräsident für Europafragen, deutete eine politische Entscheidung nach der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 an. Er machte deutlich, dass auch Staatspräsident Václav Klaus zugestanden habe, dass der Euro ein Erfolg geworden sei.

Begonnen hatte die Konsultation, die gemeinsam mit der Vereinigung „ANO pro Evropu“ (Ja zu Europa) veranstaltet und von über 140 Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft besucht wurde, mit Erfahrungsberichten des stellvertretenden irischen Finanzministers Martin Mansergh und Ivan Šramko, Zentralbankgou-

verneur der Slowakischen Republik, die zum 1. Januar 2009 als zweites zentraleuropäisches EU-Mitglied nach Slowenien den Euro einführen wird. Tomáš Sedláček von der Geschäftsbank ČSOB stellte die Frage, warum die Mitte-Rechts-Regierung, die sich ansonsten gegen Barrieren gegenüber dem Westen ausspreche, die „liberale Idee“ der gemeinsamen Währung in Frage stelle. Für ein kleines Land mit 80 % Handelsaustausch mit den EU27 sei die Integration in den Währungsraum von großer Bedeutung, die Euro-Einführung kein „Verlust an Souveränität“! Der Chefökonom der Raiffeisenbank und sozialdemokratische Finanzminister von 1999 bis 2001, Pavel Mertlík, kritisierte, als Hauptgrund für die gegenwärtige Zurückhaltung würde der Bedarf an Reformen des Sozialstaates vorgeschoben und der eigentliche Grund, nämlich fehlender politischer Wille, maskiert.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST

„Demokratie und Terror: Die britische Antwort und Perspektiven für die deutsche Landespolitik“ lautete der Titel eines Expertenworkshops, den das Hamburger Julius-Leber-Forum der FES am 24. Juni veranstaltete. Peter Neumann vom Londoner King's College stellte eine von ihm verfasste Studie zur Politik der inneren Sicherheit in Großbritannien vor, die von Lothar Hay, Innenminister von Schleswig-Holstein, und Michael Neumann, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, kommentiert wurde. Eine erfolgreiche Politik der inneren Sicherheit, so die Experten, müsse nachhaltig die bestehenden Strukturen ausbauen und verstärken. Aber auch wurde angeregt, die Integrationspolitik in Deutschland zu intensivieren, um die Identifikation mit Staat und Gesellschaft zu erhöhen. Eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst oder auch islamischer Religionsunterricht in der Schule könnten solche vertrauensbildenden Maßnahmen sein.

Diskussion über die Krise
des Parteienpluralismus in
Russland

Fehlersuche in Sibirien

„KÖNNEN SIE SICH LIBERALE REFORMEN IN EINEM UMFELD VORSTELLEN, bei dem an jeder Ecke ein Lenin steht?“, diese Frage des russischen Philosophen Aleksej Kara-Mursa weist auf die schwierige Lage der Demokraten in Russland hin, die sich allerdings in mehr begründet als in städtebaulichen Altlasten der Sowjetzeit.

Worin genau die Fehler lagen, welche die Ideen des Pluralismus in Russland zu einem Nischendasein verurteilen, und welche Auswege es aus dieser Situation gibt, haben namhafte Wissenschaftler im sibirischen Barnaul diskutiert. Auf Einladung des russischen Oppositionspolitikers Wladimir Ryshkow und der FES begann, vier

in Russland und den darauf folgenden Problemen in den 90er Jahren wie kaum eine andere politische Kraft. Sie kämpfen seitdem gegen das Stigma, für Chaos und Zerfall verantwortlich zu sein. Zwar wird dieses Image von heutigen Machtgruppierungen weidlich ausgenutzt, jedoch bleibt auch ein Teil Eigenschuld an dieser Lage.

Der Wissenschaftler Andrej Rjabow sieht einen Fehler darin, dass in den Anfängen der Transformation von oben herab modernisiert wurde. Man empfand sich als Avantgarde und sah es als nicht zwingend notwendig an, dass die Menschen alles verstanden, was gemacht wurde. Eben aus diesem Grund fällt es heute leicht, die Demokraten für alle Fehler verantwortlich zu machen und ihre Erfolge zu verschweigen. Ein weiterer Grund liegt darin, dass es nicht gelang, den im Pluralismus zentralen Begriff der Freiheit anders zu definieren. Diese wird bis heute überwiegend als eine Freiheit von Verpflichtungen gesehen, als die Freiheit des Stärkeren, sein Leben selbst zu bestimmen. Dieses vereinfachte Verständnis in den Anfängen der Transformation erschwert bis heute die Arbeit aller demokratischen Strömungen. Denn wo

frei sein bedeutet, Entscheidungen zu treffen, ohne Verantwortung für deren Konsequenzen tragen zu müssen, dort ist es schwer, für aktive politische Teilnahme zu werben, die allen nützen soll. Doch welche Wege führen aus der Krise? Während einige Redner die Hoffnung auf ein Wiedererstarken der Demokratie in die zukünftigen Generationen legen, sahen andere eine Möglichkeit darin, das eigene politische Programm zu erweitern. Sowohl aus den konservativen als auch sozialdemokratischen Strömungen westeuropäischer Demokratien, könnten Anleihen genommen werden. Vor allem die Hinwendung zu einem sozialliberalen Programm könnte den Bedürfnissen der Menschen in Russland entsprechen. Denn, so der russische Wissenschaftler Kara-Mursa, „wir haben eine solche Menge an ungelösten sozialen Problemen, dass ich nicht mit denen übereinstimme, die noch 20 Jahre auf die nächste Generation warten wollen. ...“

Die Vereinigung der beiden demokratischen Strömungen, der liberalen und der sozialen, stellt nach meiner Ansicht eine Notwendigkeit für das weitere Bestehen Russlands dar.“



Fernab von Russlands Schaltzentrale der Macht: in der Stadt Barnaul in Sibirien übten sich Politiker und Wissenschaftler in Selbstkritik.

Zeitzone östlich vom Moskauer Machtzentrum, eine mehrstägige Selbstkritik von Politikern und Wissenschaftlern, die sich als Demokraten verstehen und nach der Konsolidierung der Macht im Kreml in der Opposition wiederfanden. Gleichzeitig sind die Demokraten wie Premierminister Jegor Gajdar oder der Privatisierer des Staatseigentums Anatoli Tschubajts so verbunden mit dem demokratischen Umbruch

Durch Annäherung zu gemeinsamen Wegen

Alle politischen Kräfte in der Ukraine sind sich weitgehend einig, dass der mit der „Orangen Revolution“ Ende 2004 eingeschlagene Europakurs des Landes fortgesetzt werden sollte. Diesen Weg nach Westen begleitet die deutsche und europäische Politik, ohne dabei aber konkrete EU-Beitritts- oder Assoziierungsperspektiven aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund bot der dritte Tag der Ukraine im Deutschen Bundestag, organisiert von FES, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und dem Deutsch-Ukrainischen Forum am 16. Juni eine gute Gelegenheit zur gegenseitigen Positionsbestimmung.

Als neues wichtiges bilaterales Politikfeld entpuppte sich zunächst die Frage der Reform der Sozialsysteme. Während die deutschen Schwierigkeiten mit der Umgestaltung der sozialen Sicherungsnetze nur allzu bekannt sind, wurde den mehr als 200 Teilnehmern der Veranstaltung deutlich, wie entscheidend für den Zusammenhalt der Gesellschaft der

Aufbau leistungsfähiger sozialstaatlicher Strukturen auch in der Ukraine ist. Anstelle vermeintlich schnell wirkender populistischer Maßnahmen der Preiskontrolle und kurzfristiger Marktinterventionen durch die Regierung wurden notwendige innenpolitische Reformen diskutiert. Hierzu zählen die Festsetzungen von Mindestlöhnen, Förderung von Abkommen zwischen den Sozialpartnern und eine Kombination aus mehr Wettbewerb und gleichzeitiger direkter Zahlungen an Bedürftige. Konsens bestand darin, dass privatem Engagement größerer Raum gegeben werden müsse und bürokratische Hürden abzubauen seien. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen als gesamteuropäisches Thema stand im Mittelpunkt der zweiten Podiumsrunde. Während in der Ukraine die bessere Nutzung der eigenen Kohleresourcen und der Neubau von Atomkraftwerken erwogen wird, betonten die deutschen Teilnehmer die Bedeutung der alternativen Energiequellen.

Die Mechanismen des Energie-Einspeisegesetzes als deutscher „Exportschlager“ könnten auch in der Ukraine helfen, die herrschende Monopolsituation bei den fossilen Brennstoffen und die Intransparenz bei der Preisbildung zu überwinden. Einigkeit bestand allgemein in der Unterstützung technologischer Lösungen zur Erhöhung

Positionsbestimmung in repräsentativem Rahmen: Tag der Ukraine im Bundestag (Foto: Franke – panabild.de)



der Energieeffizienz, z.B. bei der Modernisierung von Bauten und Pipelines.

Kontrovers verlief schließlich die Debatte über die Europäische Nachbarschaftspolitik, die von europäischer Seite ausdrücklich nicht als erste Stufe eines EU-Beitritts angesehen wird. Während die ukrainische Seite auf der Chance eines späteren Zugangs zur EU beharrt, machten die deutschen Teilnehmer deutlich, dass sie einen Beitritt derzeit für wenig realistisch halten. Alle Diskussions Teilnehmer waren sich dennoch einig, dass die Ukraine auf ihrem Weg nach Europa weiter jede konkrete Unterstützung verdient.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

Wie sich urbane Erneuerung und sozialer Wandel in einem Stadtteil nur unweit des politischen Machtzentrums von Washington vollzieht, haben Markus Franz und Knut Panknin in ihrem **Bericht „Südost Washington: Elend und Wandel im Schatten des Kapitols“** beschrieben. In der seit Jahrzehnten von Armut, Gewalt und Hoffnungslosigkeit geprägten Gegend haben sie zahlreiche Interviews geführt. Entstanden ist ein eindrucksvolles Zeugnis, das die sozialen Gegensätze der USA ebenso anschaulich darstellt wie die ungebrochene Hoffnung der überwiegend schwarzen Stadtteilbewohner auf ein besseres Leben. Der Bericht wurde auf einer öffentlichen Veranstaltung Ende Juli in Washington vorgestellt und mit Politikern, Anwohnern und politisch Interessierten diskutiert: www.fesdc.org.

— Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina

Etwas mehr als drei Millionen Bürgerinnen und Bürger sind in Bosnien und Herzegowina aufgefordert, im Oktober in 142 Gemeinden ihre Repräsentanten neu zu bestimmen. Noch immer sind viele Kriegsverbrechen nicht aufgeklärt und nur wenige der durch die Kriegshandlungen vertriebenen Menschen sind in ihre früheren Wohngebiete zurückgekehrt. Der Vorrang persönlicher Beziehungen vor kollektiven Interessen oder die extreme Fixierung auf die eigene nationale Gruppe haben die Anhängerschaft der meisten politischen Parteien dahinschmelzen lassen. Diese Entwicklung hatte viele lokale Kräfte dazu ermuntert, unabhän-

gige Wählergemeinschaften zu gründen oder sich als Einzelkämpfer zur Wahl zu stellen. Die Zahl der unabhängigen Kandidaten war um 63 % gestiegen und die Koalitionen unabhängiger Kandidaten haben sich mehr als verdoppelt. Viele Beobachter befürchteten dennoch einen weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung, die schon im Jahr 2004 nur 45,5 % betrug.

Die FES hat sich im Vorfeld der Wahlen bemüht, besonders Jugendliche und Frauen für die Bedeutung der Teilnahme für die Stabilisierung der Demokratie und die Zusammenarbeit der verschiedenen Volksgruppen zu sensibilisieren.

AKTIONSTAG GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Ein Motto für den ganzen Balkan

Was den „Alten“ bislang nicht gelingt, die Jugendlichen haben es vorgemacht: Mit einer Stimme zu reden und Menschen der gesamten Region anzusprechen. Denn erstmals seit den Kriegen auf dem Balkan ist es Gewerkschaftsorganisationen gelungen, an einem Tag in zehn Ländern eine gemeinsame öffentliche Aktion mit einem gemeinsamen Motto erfolgreich umzusetzen.

Etwas jeder zweite Jugendliche in der Region ist arbeitslos. Gerade gut ausgebildete Jugendliche suchen ihr Glück im Ausland. Aber kaum jemand in Politik und Gesellschaft hat sich bislang dieses heiklen Themas angenommen. Der 20. Juni hat gezeigt, dass die Jugendgewerkschaften von Albanien bis Ungarn, von Kroatien bis Rumänien „an einem Strick ziehen“, wenn es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und den Einsatz für bessere Perspektiven junger Leute in

der Region geht. Etwa 20.000 Jugendliche nahmen teil und Presse, Radio und Fernsehen berichteten ausführlich. Vorangegangen war die Initiative des FES-Regionalbüros „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in SOE“, mit den Jugendorganisationen des Südosteuropäischen Jugendnetzwerks zusammen ein übergreifendes EU-Projekt zu entwickeln.

Im Rahmen eines großen Qualifizierungsseminars in Skopje mit mehr als 50 Jugendfunktionären aus den zehn Ländern wurde die Kampagne „It’s

Time“ ins Leben gerufen. In Kooperation mit den FES-Landesbüros der Region fand dann am 20. Juni der Aktionstag in den zehn Hauptstädten der Region statt. Neben Open-Air-Veranstaltungen stellten Straßenaktivitäten oder andere Happenings das Thema Jugendarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt. In allen Ländern wurden für die Kampagne mit Hilfe der FES Informationsmaterialien („Wie bewerbe ich mich“) und Angebote zum Mitmachen bei den Jugendgewerkschaften entwickelt.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

Seit geraumer Zeit bemüht sich die EU um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Auch die Amerikaner wünschen sich einen intensiveren Einsatz Europas in den Krisenregionen der Welt. Wie sehen die gegenseitigen Erwartungen im einzelnen aus?

Dieser Frage gingen Experten in einer **Podiumsdiskussion der FES im Stuttgarter Rathaus** am 1. Juli nach. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag Rainer Arnold betonte, dass Europa stärker auf Diplomatie denn auf robuste Einsätze setze. Dr. Andrew Dennison, Direktor von Transatlantic Networks, forderte die Europäer auf, die zu klischeehafte Rollenverteilung zwischen Amerika und Europa aufzugeben und verstärkt eine gemeinsame Linie zu entwickeln. Für Torsten Benner vom Global Public Policy Institute steht Europa der amerikanischen Herangehensweise zwar oft kritisch gegenüber, es entwickle aber zugleich zu wenig Führungskraft.

Vielfalt und Kontinuität

Es war keine Selbstverständlichkeit, dass die FES im Jahre 1978 in Israel eine Vertretung eröffnen konnte. Auf Grund der schrecklichen Erfahrungen des jüdischen Volkes lehnten die breite Öffentlichkeit, aber auch die politischen und intellektuellen Eliten des jungen Staates, jegliches deutsche Engagement in ihrem Land ab. Gleichzeitig war es kein Zufall, dass es gerade eine sozialdemokratische Einrichtung war, der von höchsten politischen Kreisen Israels als erster deutscher politischer Stiftung die Genehmigung erteilt wurde, im Land aktiv zu werden. Die Arbeit der ersten Jahre war durch Diskretion und Zurückhaltung ge-

kennzeichnet. Mit einem vor allem auf die Arbeitspartei und den Gewerkschaftsdachverband Histadrut ausgerichteten Kooperationsprogramm beschränkte sich die Arbeit nur auf einige wenige Projekte.

30 Jahre danach hat die FES in Israel ein breiteres und aktiveres Profil – sie wird von den politischen Akteuren und von einem großen Teil der Öffentlichkeit als Dialogpartner und Beratungseinrichtung wahrgenommen und geschätzt. Die Entwicklung der Projektarbeit ist gleichzeitig ein Spiegel der deutsch-israelischen Annäherung. Zwei wesentliche Merkmale charakterisieren diesen Prozess: zum einen eine drasti-

sche quantitative Steigerung der Aktivitäten, zum anderen eine immer stärkere inhaltliche Beteiligung der FES an der Projektarbeit der Partner. Auf einer Konferenz am 6. Juli in Tel Aviv zum 30-jährigen Jubiläum der FES in Israel wurde sowohl Bilanz gezogen als auch der Versuch unternommen, Zukunftsperspektiven der Tätigkeit zu skizzieren. Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien Israels, Colette Avital (Labor) und Yossi Beilin (Meretz) ermutigten die FES, besonders im Bereich der Politikberatung eine noch gewichtiger Rolle als bisher einzunehmen.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES

Auch in Palästina, einem der fortschrittlichsten arabischen Länder, was die Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben betrifft, kann von realer Geschlechtergleichheit keine Rede sein. Um die Herausforderungen zu diskutieren, waren sechs politisch aktive **Frauen und Männer aus Palästina**, angeführt von der Ministerin für Frauen und Tourismus, Dr. Khulud Daibes Abu Daye, Anfang Juni zu Gast in Berlin und Schleswig-Holstein. Auf Einladung der schleswig-holsteinischen Ministerin für Bildung und Frauen, Ute Erdsiek-Rave, nahm die Delegation am Festakt zum 20-jährigen Bestehen des Kieler Frauenministeriums teil. Die Ministerin hatte im vergangenen Jahr bei einem Beratungseinsatz in den Palästinensischen Gebieten die dortige Lebenswirklichkeit kennen gelernt.

Die Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ arbeitet in Kooperation mit dem arabischen Jugendverein „Karama“ aus Berlin-Moabit seit Oktober 2007 an einem besonderen

Jugendprojekt. Berliner Jugendliche mehrheitlich palästinensischer Herkunft (Bild) setzen sich dabei mit ihrer eigenen Familiengeschichte sowie mit den Themen Palästina seit den 30er

Jahren, Israel, Nationalsozialismus und Holocaust auseinander. Teil des Projekts ist eine **Studienreise nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete**. Am 20. August besuchte die Projektgruppe das Team der FES-Jerusalem und wurde dort über die besondere Rolle der Stadt Jerusalem für den politischen Prozess zwischen Israel und den Palästinensern informiert.



KONFERENZ ÜBER DIE HOLOCAUSTÜBERLEBENDEN

Israel: Fast vergessene Leistungsträger

Die nach Ende des Zweiten Weltkrieges nach Palästina und in den 1948 gegründeten Staat Israel eingewanderten 600.000 Überlebenden des Holocaust leisteten trotz ihrer persönlichen Tragödien einen zentralen Beitrag zum Aufbau des neuen Landes. Insbesondere in den ersten drei Jahrzehnten nach der Staatsgründung spielten sie in allen Bereichen von Wirtschaft, Politik, Kultur sowie in der Armee eine maßgebliche Rolle. In Israels Öffentlichkeit aber wurden diese Leistungen kaum gewürdigt. Mehr noch, eine große Zahl der inzwischen hochbetagten Holocaustüberle-

benden lebt heute in prekären sozialen Verhältnissen oder sogar in Armut. Dies führte in den ersten Monaten dieses Jahres zu heftigen Diskussionen. Im Ergebnis wurden wirksame staatliche Unterstützungsprogramme für die Holocaustüberlebenden beschlossen. Im Rahmen einer Konferenz thematisierte die FES gemeinsam mit dem Beit Berl College dieses Problem.

Moshe Zanbar, ehemaliger Präsident der Nationalbank Israels, berichtete, dass viele der Holocaustüberlebenden sehr schnell Schlüsselpositionen in der Wirtschaft und im Finanzbereich

einnahmen, dass die allermeisten von ihnen die eigene Vergangenheit aber verschwiegen. Auch die führenden Politiker des Landes machten einerseits die Shoa zum öffentlichen Thema, zugleich aber brachten sie den Überlebenden nur unzureichend Aufmerksamkeit entgegen. Es gab viele Jahre lang keinen Raum und wenig Verständnis für die Probleme der Überlebenden. Mehrere Teilnehmer an der Konferenz hoben hervor, dass es für sie sehr ergreifend sei, dass gerade eine deutsche Stiftung sich mit diesem Thema beschäftige und damit Pionierarbeit leiste.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

„Ich versuche jeden zu retten“, lautet der Titel des Buches über die **Erinnerungen des Wehrmachtssoldaten Wilm Hosenfeld**. Hosenfeld, ein tief christlicher deutscher Offizier, war von 1940 bis 1944 in Warschau stationiert und rettete mehreren Polen und Juden das Leben. Seine Aufzeichnungen dienten als Vorlage für Roman Polanskis Film „Der Pianist“. Am 11. Juni wurde die polnische Fassung der Briefe und Tagebücher Hosenfelds der Öffentlichkeit vorgestellt. Die polnische Übersetzung wurde unter anderem mit Unterstützung der FES Warschau realisiert.

Um **Kooperationspotentiale zwischen palästinensischen Gewerkschaftsverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund** auszuloten, besuchte der Leiter der internationalen Abteilung des DGB, Dr. Wolfgang Lutterbach, auf Einladung der FES-Vertretung in Ost-Jerusalem Ende August die palästinensischen Gebiete. Der Besuch fand wenige Wochen nach dem Abschluss eines historischen Abkommens zwischen dem israelischen Gewerkschaftsverband Histadrut und der palästinensischen PGFTU (Palestine

General Federation of Trade Unions) statt. Lutterbach begrüßte diese Vereinbarung als Schritt in Richtung einer Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern und versprach, die beiden Parteien bei der Umsetzung zu unterstützen.

Seit Jahresbeginn nehmen junge Tunesier aus elf zivilgesellschaftlichen Organisationen (Bild) an einem neuen **Ausbildungsprogramm der FES** teil, das sie auf Führungsaufgaben vorbereitet. Das Programm soll insbesondere die kommunikativen Fähigkeiten und die Kooperation der Teilnehmer untereinander verbessern. Im Mittelpunkt steht die Erarbeitung und Umsetzung konkreter Projekte. Dieser Ansatz soll langfristig auch dazu beitragen, die Kooperation der NGOs im tunesischen und maghrebinischen Sozialforum, die ebenfalls von der FES unterstützt wird, zu stärken. http://festunis.org/pages/generation_a-venir.php



— Israelische Geschichte in Bildern

Eine von der FES geförderte Fotowanderausstellung über „60 Jahre Pressefotografie aus Israel – Paul Goldman und David Rubinger“ zeigt erstmals in Deutschland gemeinsam Bilder der zwei Fotografen. Die beiden Pioniere der Presse- und Dokumentationsfotografie begleiteten die Geschichte Israels mit ihrer Kamera und dokumentierten die turbulenten Phasen der Staatsgründung und Staatsentwicklung mit ganz eigenem, sensiblen Blick. Im Auftrag internationaler Presseagenturen und Magazine schufen sie Bilder, die heute Teil der kollektiven Erinnerung Israels sind. In dieser gemeinsamen Ausstellung fügen sich ihre Fotografien zu einem beeindruckenden Zeitpano-

rama zusammen, das durch sechs Jahrzehnte israelischer Geschichte führt und von den enormen Herausforderungen berichtet, denen das Land ausgesetzt war.

Nach dem Auftakt im Willy-Brandt-Haus in Berlin war die Ausstellung im Rathaus von Halle und in den Räumen der FES in Bonn zu sehen. Vom 3. bis 24. November wird sie im Senat in Rom zu sehen sein.



Paul Goldman, 1957: Staatsgründer David Ben-Gurion am Strand, Herzliya; das Kopfstandbild genießt in Israel Kultstatus.

FES PRÄSENTIERT ERFAHRUNGSBERICHTE ENGAGIERTER FRAUEN

Jemen: Politikerinnen schildern Hindernisse

Im Kongressraum des Sheba Hotels, ganz in der Nähe des historischen Altstadt-kerns der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, sitzen für gewöhnlich Männer in Jackett und Krawatte. Heute jedoch bestimmen Frauen das Bild, manche tief verschleiert, manche nur mit Kopftuch, und geben den Ton an. Anlass für dieses Treffen ist eine Buchpräsentation. An sich nichts Außergewöhnliches in Sanaa, der Medienhauptstadt des Jemen, wenn es dabei nicht um die Erfahrungen jemenitischer Frauen im Wahlkampf ginge. In Zusammenarbeit mit der Yemen Times, der wichtigsten englischsprachigen Zeitung des Landes (die von einer Frau geführt wird), hat die FES die Erfahrungen von 26 Kandidatinnen zusammengetragen, die in den letzten Jahren bei Parlaments- und Kommunalwahlen angetreten waren. Sowohl im Buch als auch während der Präsentation berichten die

Frauen von den Herausforderungen, die sie während ihrer Kampagnen zu meistern hatten. Frauen spielen im politischen Leben des Jemen bisher nur eine Nebenrolle. Das Land hat zwar zahlreiche internationale Abkommen ratifiziert, welche die Rolle der Frau in der Gesellschaft stützen und sie vor Diskriminierung schützen sollen, und die jemenitische Verfassung garantiert theoretisch relative Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache: zwar stieg der Anteil der Frauen unter den registrierten Wählern zwischen 1993 und 2006 von 18 % auf 42 %. Dem gegenüber steht aber eine deutliche Unterrepräsentanz in den wichtigsten politischen Institutionen: im Parlament sitzt nur eine Frau neben 300 Männern, es gibt nur zwei Ministerinnen und in den Parteigremien sind Frauen im Durchschnitt nur zu ca. 6 %

vertreten. Für gewöhnlich ist auch das Bild von muslimischen Frauen in der „westlichen Welt“ nicht das einer politisch aktiven, emanzipierten Person. Dass dies eine verzerrte Wahrnehmung ist, beweist diese Veranstaltung, in der Frauen öffentlich Kritik an den bestehen-

den Verhältnissen äußern und zu einem konstruktiven Dialog mit den zuständigen Institutionen aufrufen.

AFGHANISTAN: FES-KONFERENZEN IN DEN PROVINZEN KANDAHAR UND BALKH

Durch Meinungsfreiheit zur Versöhnung

Meinungs- und Pressefreiheit sind in Afghanistan heute wieder bedrohter als noch vor fünf Jahren. Auf der einen Seite schrecken Politiker, Gouverneure oder mächtige Warlords immer weniger vor Einschüchterungen, direkten Bedrohungen und Angriffen zurück, wenn die Berichterstattung in den Medien nicht ihren Erwartungen entspricht. Auf der anderen Seite führt die nach Jahrzehnten der Konflikte noch mangelhafte fachliche Ausbildung der Journalisten oft zu einer schlechten oder sogar ver-

zerrten Berichterstattung. Deshalb wurden im Sommer 2008 in Kandahar und Balkh zwei mehrtägige Konferenzen durchgeführt, um die Bedeutung dieses Grundrechts für die Demokratie zu unterstreichen, Wissen und Fachkenntnisse der Journalisten zu erweitern und bessere und vor allem transparente Arbeitsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltungen, NGOs und Journalisten aufzubauen.

In Kandahar trafen sich Journalisten vom Provinzfernsehen, Radiostationen und Zeitungen

aus den Provinzen Helmand, Uruzgan, Zabul und Kandahar mit Vertretern der Administration, der Provinzräte und von Nichtregierungsorganisationen. Teilnehmer aus den Provinzen Balkh, Sar-i Pul und Jowzjan kamen nach Masar-i-Sharif. In Kandahar stand die Rolle der Medien in der Korruptionsbekämpfung im Zentrum vieler Debatten, in Mazar-i-Sharif dagegen die Bedeutung von Qualitätsmedien und Journalismus in einem Land mit einer der höchsten Analphabetenraten weltweit.

PAKISTANISCHE JOURNALISTEN IN AFGHANISTAN

Begegnung mit dem Präsidenten

Eine objektive Berichterstattung über das jeweilige Nachbarland findet weder in Afghanistan noch in Pakistan statt. Im Gegenteil: die vorhandenen Konflikte auf politischer und gesellschaftlicher Ebene werden durch Fehlinformation der Medien auf beiden Seiten allzu

oft weiter geschürt. Eine Delegation von pakistanischen Journalisten hatte vom 14. bis 19. Juni Gelegenheit, sich über die tatsächlichen Gegebenheiten in Afghanistan aus erster Hand ein Bild zu machen. Diskussionsrunden mit Kollegen, mit Regionalwissenschaftlern und Parlamentariern, Ministern und sogar Präsident Kar-

zai (Bildmitte) boten dazu vielfältige Gelegenheiten. Radio- und Fernsehstationen in Kabul luden die Besucher aus Pakistan zu Life-Gesprächen ein, sodass trotz schwieriger Sicherheitslage ein breites Publikum an diesem Dialog über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage teilhaben konnte.

Afghanistans Präsident Hamid Karzai stellte sich den Fragen der pakistanischen Journalisten.



+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++

Aktive und bereits ausgebildete Mitglieder des **Young Leaders' Forum der FES** trotzen in Afghanistan dem Trend. Auch wenn sich die Sicherheitslage verschlechtert hat, führen die Young Leaders weiterhin in ihren Heimatprovinzen Trainings, Workshops und Planspiele z. B. zu gewaltfreier Kommunikation, zu Verhandlungs- und Planungsmethoden durch. Die Zielgruppen der mehrtägigen Veranstaltungen sind Studenten und junge Lehrkräfte an den wieder entstehenden Universitäten und pädagogischen Institutionen sowie Mitglieder von Jugendgruppen politischer Parteien in Charikar, Herat, Jalalabad, Bamiyan und Maimana.

Mit Strukturwandel gegen den Konkurrenzdruck

Das beeindruckende Wirtschaftswachstum in Asien schürt in der deutschen Bevölkerung zuweilen Ängste, durch Produktionsverlagerung und eine immer wettbewerbsfähigere Wirtschaftskraft Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland zu verlieren. Die Globalisierung wird so von einigen als Bedrohung wahrgenommen. Anlass genug, einmal den nüchtern wissenschaftlichen Blick auf die Entwicklung in Asien zu richten. Genau das haben die Wissenschaftler Rolf Jungnickel vom HWWI-Institut für Wirtschaftsforschung und Margot Schüller vom GIGA-Institut für Asienstudien in Hamburg getan. Ihre im Auftrag der FES erstellte Studie „Asiens internationale Wettbewerbsfähigkeit auf dem Prüfstand“ wurde am 8. Juli im Rahmen des Mana-

gerkreises Nord-Ost in Hamburg präsentiert. Die Autoren hoben hervor, dass die Expansion der asiatischen Exporte primär von China getragen werde. Anbieter aus Europa hätten sich wesentlich besser gehalten als nordamerikanische Firmen. Asiatische Anbieter gewinnen jedoch Marktanteile auf den Weltmärkten. Eine schwindende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und nordamerikanischen Wirtschaft liegt jedoch nur dann vor, wenn es sich um einkommensstarke Wertschöpfung in Asien handelt und wenn der Verlust solcher Wertschöpfung zu einer Unterauslastung der heimischen Ressourcen führt. Entscheidend ist deshalb für die Bewertung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Fähigkeit zum Struktur-

wandel. Wenn der Strukturwandel in Deutschland gelingt, ist der asiatische Erfolg vielmehr im Sinne der Arbeitsteilung ein Nutzen für beide Seiten. Für die zukünftige Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit Asiens wird die Fähigkeit entscheidend sein, ein stärker auf Innovation basierendes Wachstum zu erzielen. Für die deutsche Wirtschaftspolitik kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die vorhandenen Ressourcen effektiver eingesetzt werden müssten. Ziel müsse es sein, die Infrastruktur zu verbessern, die Qualifikation der Arbeitskräfte zu steigern und Investitionen in Forschung und Entwicklung zu fördern.

DIE STUDIE

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/05491.pdf>

— Soziale Sicherungssysteme auf dem Prüfstand

Im Vorfeld des VII. ASEM-Gipfels, im Oktober 2008 in Peking, veranstaltete das FES Regionalbüro Singapur zusammen mit dem FES-Büro Peking, der Renmin-Universität und der China Social Insurance Association einen asiatisch-europäischen Dialog zur Wohlfahrtsstaatlichkeit. Damit gab die FES Anregungen, wie sich das bislang wirtschaftslastige Asien-Europa-Treffen ASEM um einen sozialpolitischen Dialog bereichern könnte. Experten und Politiker aus Asien und der EU stellten Anfang Juni in Peking ihre sozialen Sicherungssysteme auf den Prüfstand. Dabei stellten sie fest, dass in allen betrachteten Ländern die herkömmlichen Sicherungssysteme erodieren. Ursachen dafür sind u.a. die Überalterung der Gesellschaften und zunehmende soziale Ungleichheiten. Einig waren

sich die Experten darüber, dass ein funktionierendes Sozialversicherungssystem mehr denn je für eine stabile gesellschaftliche Entwicklung benötigt wird. Hierbei stehen alle Länder vor der Herausforderung, ihren Sozialstaat so zu gestalten, dass er einerseits seinen Bürgern ausreichend Schutz bietet, gleichzeitig aber nicht die eigene internationale Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflusst. Insbesondere die chinesischen Teilnehmer verfolgten die Präsentationen der verschiedenen Wohlfahrtsstaatsmodelle und Sozialversicherungssysteme mit großer Aufmerksamkeit. China will bis 2020 ein einheitliches und sozial ausgewogenes Sozialversicherungssystem aufbauen.

Konferenz über zehn
Jahre Demokratie in
Indonesien

Demokratie hat Wurzeln geschlagen

UNRUHE GAB ES IM SAAL, als der indonesische Botschafter, der in einen Verkehrsstau geraten war, auf sich warten ließ. Die indonesischen Studentenaktivisten, Politiker, Menschenrechtler und Wissenschaftler, die nach Berlin angereist waren, um auf Einladung der FES und von Watch Indonesia! Bilanz zu ziehen über die Entwicklung der drittgrößten Demokratie der Welt, zeigten sich ungehalten.

Aber die Tatsache, dass der Botschafter S. E. Makmur Widodo ein Grußwort an Menschenrechtler aus Indonesien richtete, die teilweise unter

letzten zehn Jahren verändert hat.

Indonesiens Demokratisierungsprozess nach dem Sturz Suhartos 1998 ist ohne Zweifel ein großer Erfolg. Das Land präsentiert sich politisch stabil – umso mehr, wenn man auf die Entwicklung der südostasiatischen Nachbarstaaten schaut. Die Demokratie hat Wurzeln geschlagen. Politische Häftlinge wurden freigelassen, die Bildung von Parteien und Gewerkschaften wurde wieder erlaubt. Freie und friedliche Wahlen fanden 1999 und 2004 statt, und die indonesischen Medien zählen zu den freiesten in ganz Asien. Neben all den

positiven Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts sprachen die Konferenzteilnehmer eine Reihe bestehender Defizite an: Trotz beachtlichem Wirtschaftswachstum erreicht der Aufschwung nicht die Ärmsten der Bevölkerung, die Einkommenskluft hat sich vergrößert.

Einige Felder, auf denen die FES ihre Zusammenarbeit mit der indonesischen Zivilgesellschaft fortsetzen muss, wurden in Einzelworkshops diskutiert: die Konflikte in den Provinzen Aceh und Papua, die Rolle der politischen Parteien im Demokratisierungsprozess und die Reform des Sicherheitssektors.

dem Diktator Suharto politische Häftlinge waren, zeigt, wie sehr sich das Land in den

PHILIPPINEN

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

20 Jahre nach Ende der Marcos-Diktatur und mehrere hundert politische Morde später ist das Verhältnis zwischen philippinischem Militär, Polizei, politischen Aktivisten und der Zivilgesellschaft von Spannung und Misstrauen geprägt. Die einen werden verdächtigt, mit der kommunistisch-maoistischen Aufstandsbewegung zu sympa-

thisieren, die anderen werden massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. Rückblickend auf die Zeiten des Kriegsrechts, sagt die ehemalige Parlamentsabgeordnete Etta Rosales: „Das Militär betrachtete uns als Staatsfeind, während wir das Militär als Volksfeind bezeichneten. Diese Betrachtungsweise müssen wir noch

überwinden.“ Teile der philippinischen Zivilgesellschaft haben daher die Reform des Sicherheitssektors zum Thema gemacht. „Dass wir uns mit der Sicherheitssektorreform beschäftigen, kommt einem Paradigmenwechsel gleich“, sagt Teresita „Ging“ Quintos-Deles, die Organisatorin der von der FES unterstützten Studiengrup-

Der indonesische Botschafter in Deutschland, S.E. Makmur Widodo zu Gast bei der FES (Foto: Zensen)



pe. „Wir wählten die Form einer Studiengruppe, weil wir uns klar darüber waren, dass wir viel über die Geschichte, Struktur, Mandat und Politik unserer Sicherheitsorgane lernen müssen, bevor wir als ernsthafte Dialogpartner anerkannt werden“, so Deles. Wichtige erste Schritte sind bereits unternommen worden. Im Gespräch mit dem ehemaligen

Geheimdienstbeauftragten unter Marcos wurden gegensätzliche Perspektiven ausgetauscht, während der frühere Beauftragte für den Friedensprozess, Afable, klare Handlungsfelder für zivilgesellschaftliches Engagement benannte. Der Ex-Verteidigungsminister Cruz traut der Studiengruppe zu, den Mangel an Öffentlichkeit für eine politische Debatte über den

Sicherheitssektor schließen zu können. Es gelte, den Versuch zu unternehmen, mit reformorientierten Kräften im Sicherheitssektor das Konzept der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte vertiefend zu erarbeiten. Dass die Nationale Verteidigungsakademie sich für einen solchen Dialog offen zeigte, ist ein ermutigendes erstes Signal.

INDIEN

Die im Schatten sieht man nicht

„Shining India“ brachte eine „neue“ Mittelklasse hervor, deren Mitglieder in Call-Centern, Software-Unternehmen und Filmstudios in Mumbai und Bangalore arbeiten. So lautet das Klischee in der westlichen Berichterstattung über das heutige Indien. Auf einem Workshop der FES am 25. und 26. August in Mumbai befassten sich die Vertreter von fünf indischen Gewerkschaftsdachverbänden mit den Auswirkungen der Globalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen in ihrem Land. Die Beiträge zeichneten ein bedrückendes Bild: Die Globalisierung bescherte Indien in den vergangenen Jahren zwei-

fellos hohe Wachstumsraten. Doch neue Arbeitsplätze entstanden vorrangig im so genannten informellen Sektor, in dem die Menschen sich auf eigene Rechnung in Kleinbetrieben durchschlagen oder weitgehend recht- und schutzlos in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind. Dabei geht es unter den informell Beschäftigten Frauen und Mädchen noch einmal deutlich schlechter als Männern. Im modernen Sektor der Informationstechnologie hingegen wurden bislang nur rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Nicht viel angesichts von 400 Millionen Menschen, die keine geregelte Arbeit haben. Aber auch in den

formellen Bereichen der verarbeitenden Industrie und der Dienstleistungen hat sich Indiens Hinwendung zur Globalisierung meist nachteilig auf die Beschäftigten ausgewirkt. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie die Redner der fünf in Indien vertretenen Global Union Federations und verschiedener wissenschaftlicher Institute berichteten übereinstimmend, dass sich in den letzten Jahren der Druck auf die Belegschaften deutlich verschärft hätte. Die Arbeitgeber forderten sowohl längere Arbeitszeiten als auch erhebliche Produktivitätssteigerungen.

Deutlich wurde, dass es nicht reicht, die Folgen der Globalisierung zu beklagen. Um die Interessen ihrer Mitglieder und der Beschäftigten insgesamt wirksam zu vertreten, müssen die indischen Gewerkschaftsverbände ihre Zersplitterung überwinden und ihre Tätigkeit stärker an den Herausforderungen und Auswirkungen der Globalisierung ausrichten.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++ FES +++

Das erneute Scheitern der Doha-Runde hat gezeigt, dass das klassische Schema der Verhandlungen zwischen den großen Wirtschaftsmächten USA, Europa und Japan nicht mehr ausreicht. Länder wie Indien, Brasilien und Südafrika haben bewiesen, dass sie die Ziele der WTO mitbestimmen wollen. Wie können die von Brasilien geleitete G-20 Koalition, die sich für fairere Agrarwirtschaft einsetzt, und die von Südafrika geleitete NAMA 11, die für Raum zur politischen Gestaltung und tarifliche Flexibilität kämpft, wirksam ihre Rolle innerhalb der WTO-Verhandlungen geltend machen? Mit diesen Kernfragen beschäftigte sich Anfang August ein **Workshop der FES-Südafrika** und des Institute for Global Dialogue.

Nigeria: FES unterstützt Kampf gegen den Missbrauch öffentlicher Gelder

Öl baut keine Schulen

— NIGERIAS STAATSHAUSHALT WIRD SEIT JAHREN ZU ÜBER 80 PROZENT AUS DEM VERKAUF VON ÖL FINANZIERT. Mit der Zunahme der Öleinnahmen nahm jedoch die Qualität und Bereitstellung öffentlicher Güter beständig ab.

Schulen und Universitäten verloren ihr einst hohes Ansehen, Krankenhäuser und Straßen verfielen zunehmend. Die Bevölkerung leidet unter einer weitgehend korrupten politischen Elite.

Während der Haushalt auf na-

tionaler Ebene mittlerweile etwas transparenter gehandhabt wird, ist dies in den Bundesstaaten und Kommunen noch lange nicht der Fall. Diese erhalten den Großteil ihrer Einnahmen von der Bundesregierung und damit ebenfalls überwiegend aus Öleinnahmen. Politiker dieser Ebenen betrachten öffentliche Gelder vielfach als Privatvermögen und werden immer wieder innerhalb kürzester Zeit zu Dollar-Millionären.

Im Rahmen eines Workshops führte die FES in Abuja erstmals 25 nigerianische Organisationen zusammen, die daran arbeiten, diese Situation zu verändern. Die Transparenz der öffentlichen Ausgaben so-

wie die Rechenschaftspflichtigkeit der Politiker gegenüber den Bürgern sollen gestärkt werden. Vertreter der Organisationen berichteten, dass meist die Haushalte nicht öffentlich verfügbar seien. Politiker fühlten sich durch öffentliches Interesse bedroht und reagierten aggressiv. Doch auch Desinteresse von Seiten der Bevölkerung wurde deutlich – die Etats gelten als ‚Sache der Regierung‘.

In einer regen Diskussion wurden Erfahrungen, Tipps und Herausforderungen geteilt und die weitere Vorgehensweise abgestimmt, um mehr politischen Druck aufbauen zu können.

Fehlende Rechenschaftspflicht: Laut Haushaltsplan sollte hier eine Grundschule stehen



SENEGAL

Ernüchternder Blick hinter die Mauer

Senegalesische Menschenrechtsorganisationen prangern seit Jahren die Zustände in den Haftanstalten ihres Landes an. In Zusammenarbeit mit der FES haben sich nun 20 Abgeordnete des Parlaments, hauptsächlich Mitglieder des Rechtsausschusses, selbst ein Bild von der Situation gemacht. Ihre Rundreise durch acht Gefängnisse erregte landesweite Aufmerksamkeit. Vor allem die sichtbaren Bedingungen, unter

denen die Gefangenen leben, sind alarmierend: die Zellen sind maßlos überbelegt, oft mit doppelt so vielen Häftlingen wie vorgesehen. Dabei fehlt es an Matratzen, Decken, Ventilatoren und Moskitonetzen. Die hygienischen Bedingungen sind nur in den seltensten Fällen akzeptabel. Auch die medizinische Versorgung ist unzureichend – es fehlt an Medikamenten, an einfachsten Instrumenten oder schlicht an einem

Waschbecken im Krankenzimmer.



Die Gefängnismauern öffneten sich für die Besucher aus dem Parlament.

Besonders bei der Ausbildung des Personals bedarf es tiefgreifender Änderungsansätze. Vor allem die Gefängniswärter, die 24 Stunden am Stück Wachdienst haben, sind nicht ausreichend auf den Kontakt mit den Gefangenen vorbereitet.

Im direkten Gespräch mit den Politikern beschwerten sich die

Häftlinge vor allem über die lange Prozessdauer. Denn was die überfüllten Zellen nach außen hin deutlich machen, spiegelt sich auch im Justizapparat wider: Die Richter sind überfordert ob der Flut an Akten, die Urteilsverkündungen ziehen sich so meist über Jahre hin. Die Abgeordneten, aber auch einige Journalisten haben

nach der Rundreise diese Probleme an die Öffentlichkeit gebracht. So ist es der FES im Senegal gelungen, ein sensibles Thema eine Woche lang zum landesweiten Gespräch zu machen – und schließlich gar das Justizministerium zu einer Stellungnahme zu bewegen.

SUDAN: RUNDER TISCH DER FES ZUM INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOF

Damoklesschwert mit Fragezeichen

Die Aufforderung des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofes Moreno Ocampo im Juni dieses Jahres, Anklage gegen den Präsidenten des Sudan, Omar Bashir, zu erheben, stößt im Land auf gemischte Reaktionen. Während die Regierung den Schritt offiziell als Eingriff in innere Angelegenheiten kritisiert, begrüßen aber nicht wenige Menschenrechtler und Vertreter randständiger Regionen wie Ostsudan und Darfur die Aufforderung und sehen den Gerichtshof als Chance für Gerechtigkeit.

Zwei Komponenten machen derzeit eine sachliche Diskussion im Sudan schwierig: zum einen die unvermeidbaren politischen Folgen einer Anklage, zum anderen weitgehende fachliche Unkenntnis. Durch eine drohende Anklage des Präsidenten sind Regierung, Opposition, Justiz und Zivilgesellschaft gezwungen, sich intensiv mit dem Thema der internationalen Strafverfolgung auseinanderzusetzen. Sach-

wissen ist notwendig, um falsche Argumente, Rechtsverdrehungen und Mythen als solche zu entlarven.

Aus diesem Grunde lud die FES gemeinsam mit der Universität von Khartoum zu einem runden Tisch mit hochrangigen Vertretern aus Regierung, Justiz, Universität und Zivilgesellschaft. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Vorsitzende des Aus-

schusses für Menschenrechte und Humanitäre Angelegenheiten, Professorin für Internationales Recht an der FU Berlin und frühere Justizministerin, führte in das Thema ein. Durch den nicht-öffentlichen Charakter der Veranstaltung ergab sich trotz der allgemein sehr angespannten Atmosphäre eine offene Diskussion, die Raum für alle Positionen ließ.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

In Nigeria hat die FES gemeinsam mit der Partnerinstitution „Centre for African Peace and Policy Strategy“ ein neues Forum zur öffentlichen **Diskussion der Entwicklungsprobleme des Landes** ins Leben gerufen. Prominente aus Politik und Zivilgesellschaft halten in der Hauptstadt Abuja Impulsreferate zu einem aktuellen Thema. Die erste Ausgabe des Abuja Policy Dialogue fand am 7. August zum Thema „Elektrizitätsversorgung und Transparenz“ statt. Als Referenten traten der Berater des ehemaligen Staatspräsidenten Olesogun Obasanjo sowie der Forschungsdirektor des Nigerianischen Gewerkschaftsdachverbandes NLC auf.

Vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Staatengemeinschaft im südlichen Afrika (Southern African Development Community – SADC) trafen sich Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und der Kirchen aus 14 Ländern. Ziel ist es, die zivilgesellschaftlichen Gruppen mehr in die Prozesse der Regionalorganisation einzubinden, deren Arbeit bis heute fast ausschließlich durch die Staatsoberhäupter bestimmt wird. Auf dem **Forum, unterstützt von der FES-Botswana**, wurde intensiv über die andauernde Krise in Simbabwe beraten. Von der SADC wird gefordert, die Wahlen in Simbabwe nicht anzuerkennen, Friedenstruppen zu entsenden und die Voraussetzungen für freie und demokratische Wahlen zu schaffen.

Äthiopien: FES-Trainingsreihe für Beschäftigte der Blumenindustrie

Reiseblumen für Europa

ROSEN, NELKEN ODER LILIEN, die in Deutschland beim Floristen angeboten werden, haben meist einen weiten Weg hinter sich. Die Hauptanbaugebiete für Schnittblumen befinden sich in den am Äquator liegenden Ländern Lateinamerikas und Afrikas. In Äthiopien verzeichnete der Schnittblumensektor in den vergangenen zwölf Monaten eine Wachstumsrate von 74 %.

70 % der Beschäftigten in Blumenfarmen sind Frauen, die zum Teil unter widrigen Umständen für die Blumenernte sorgen. Nicht nur unzureichende hygienische Bedingungen sind zu beklagen, sondern darüber hinaus gesundheitsbeeinträchtigende Arbeitssituationen oder ungleiche Behandlung im Vergleich zu den männlichen Kollegen bis hin zur sexuellen Belästigung. Äußerst problematisch ist auch die Anwendung von Pestiziden, die in den meisten Farmen noch immer ohne Rücksicht auf die stark gesundheitsschädigenden Wirkungen erfolgt.

Die Arbeitsbedingungen in den 80 äthiopischen Farmen der Schnittblumenproduktion zu verbessern, hat sich die Confederation of Ethiopian Trade

Unions (CETU) zum Ziel gesetzt. Für eine Gruppe von 31 Arbeiterinnen und Arbeitern aus 17 Produktionsstandorten wurde in Zusammenarbeit mit der FES-Addis Abeba ein erstes „Training for Trainers“ durchgeführt. Das erste Modul der fünfteiligen Trainingsreihe diente dazu, eine Kerngruppe aus 20 Personen auszuwählen. Diese Kerngruppe soll später nicht nur als Ausbilder im Schnittblumenbereich, sondern in Zusammenarbeit mit der CETU auch in anderen Industrie-sektoren arbeiten können. Schwerpunkte dieses ersten Seminars waren die Einführung in Trainingsmethoden und Präsentationstechniken. Einge-flochten wurden Basisinformationen zu den Richtlinien des in Deutschland entwickelten

„Flower Label Program“ (FLP), einem Zertifizierungssystem für die sozial- und umweltverantwortliche Produktion von Schnittblumen für den europäischen Markt. Ein analog zu den FLP-Richtlinien entwickeltes Trainings-Handbuch soll den zukünftigen Trainern als Leit-faden Anleitung und technisches Hintergrundwissen vermitteln. Als Moderatoren waren Spezialisten aus Kenia eingeladen, die über umfangreiche Erfahrungen in der Blumenindustrie verfügen. In Kenia arbeiten bereits mehrere Blumenfarmen gemäß der genannten Umwelt- und Sozialstandards. Um langfristig bessere Bedingungen auf den Blumenfarmen zu entwickeln bedarf es jedoch auch einer Bewusstseinsveränderung bei den Arbeitgebern. Um diese zu erreichen, werden auch Trainingseinheiten für die Managementseite der Farmen angeboten. Es muss deutlich gemacht werden, dass es für die Farmen nur von Vorteil ist, wenn sie Umwelt- und Sozialstandards umsetzen: Der europäische Markt wird früher oder später keine Blumen mehr zulassen, die nicht unter sauberen und gerechten Bedingungen produziert wurden.

Der steinige Weg der Barfussanwältinnen

„Um Gleichberechtigung zu erreichen, müssen wir vor allem die Landfrauen unterstützen“, forderte die stellvertretende VN-Generalsekretärin, Dr. Asaha-Rose Migiro, damals noch Ministerin und Vertreterin von WLAC (Women's Legal Aid Centre), einer Partnerorganisation der FES in Tansania, die die Arbeit der „Paralegal Units“ landesweit fördert. Diese „Barfußanwältinnen“, die besonders in den wenig entwickelten ländlichen Gebieten des Landes für die Rechte der Frauen und Mädchen kämpfen, gehen einen steinigen Weg, haben jedoch auch einige beispielhafte Erfolge vorzuweisen.

In Tansania leben 80 % der etwa 40 Millionen Einwohner auf dem Land. Frauen und Mädchen leiden unter Erniedrigungen, Diskriminierungen, Verweigerungen von Rechten bei

Eigentum und Landrechtsfragen und oft auch unter häuslicher Gewalt. Seit 2008 gibt es mit Unterstützung der FES ein Netzwerk von 19 Beratungseinheiten, den sog. „Paralegal Units“. Die unentgeltlich arbeitenden Rechtsberaterinnen werden in ihren Heimatkreisen in Familienrecht, Landrecht oder politischen Beteiligungsrechten geschult, um in Dörfern und Gemeinden Frauen individuell zu beraten und in Rechtsstreitigkeiten diejenigen vor Gericht zu unterstützen, die zu arm sind, um die Gerichtskosten zu bestreiten. Als Grundlage für diese Rechtsschulungen dient das Handbuch für Landfrauenrechte, dessen fünfte Auflage gerade durch die FES überarbeitet wurde. Die „Paralegal Units“ richten sich neuerdings auch an die politische Elite im ländlichen Bereich. Das



Die Rechtsberaterinnen werden geschult, um Frauen in den Dörfern individuell beraten zu können.

jüngste Beispiel erfolgreicher Arbeit der „Paralegals“ kommt aus Tunduru, einer muslimisch geprägten Region im Südwesten des Landes. Dort hat die FES am Aufbau eines Beratungsnetzwerkes mitgearbeitet. Dabei konnte als Unterstützer der örtliche Scheich gewonnen werden, der als religiöse Autorität mehr Einfluss auf die Männer hat und als Vorbild für die heranwachsende Generation gilt.

— Spaltpilz nagt an Sansibar

„Ist Sansibar ein eigener Staat oder gar eine eigene Nation?“: Diese Frage um die staatliche Struktur der Teilrepublik Sansibar treibt wieder einmal die politische Öffentlichkeit in Tansania um. Anlass für diesen Streit war eine parlamentarische Debatte um Haushalt und Entwicklung des Landes. Premierminister Pinda hatte darauf hingewiesen, dass Sansibar kein souveräner Staat sei, sondern Teil des Staates „Vereinigte Republik von Tansania“.

Im Rahmen der Reihe „Debatte mit jungen Politikern“ wurde das Thema im August unmittelbar nach der Parlamentsdebatte in der FES erörtert. Da die FES damit das erste fachöffentliche Forum über den Status Sansibars anbot, war die Beteiligung der vorwiegend jungen Parteifunktionäre und Leiter von Jugendorganisationen sehr hoch. Der tansanische Rundfunk berichtete ungewöhnlich ausführlich und auch ausgewogen. Die Positionen der „Mainländer“ und der Sansibaris wurden fair dargestellt. Auf der Basis sach-

licher Beiträge der Referenten der Universitäten in Daressalaam und Sansibar konnten die wichtigen historischen, verfassungsmäßigen und regionalpolitischen Aspekte offen diskutiert und hinterfragt werden. „Wir werden nicht aufgeben, für unser Recht auf Eigenstaatlichkeit zu kämpfen“, so das abschließende Statement eines sansibarischen Verfassungsrechtlers. Die damit verbundenen negativen wirtschaftlichen Konsequenzen der armen Teilrepublik konnten nur andiskutiert werden. Eine weitere Diskussionsrunde Ende des Jahres soll die wirtschaftliche und soziale Situation Sansibars beleuchten. Die FES in Tansania war in den letzten Jahren von beiden Seiten – der Regierungspartei CCM und der Opposition CUF – als „neutraler und objektiver“ Vermittler zur Behandlung des Konfliktes eingeladen worden.

Die dritte deutschsprachige Ausgabe der Zeitschrift „Nueva Sociedad“

Wie links ist die latein-amerikanische Linke?

SEIT ÜBER 35 JAHREN BEGLEITET DAS REGIONALPROJEKT DER FES IN BUENOS AIRES mit der Zeitschrift „Nueva Sociedad“ die politische und gesellschaftliche Debatte in Lateinamerika.

Mit monatlich bis zu 750.000 Downloads ist die Zeitschrift eine wichtige Quelle für Informationen über die politische Entwicklung Lateinamerikas geworden. Im nun dritten deutschsprachigen Heft geht es um den „Linksruck“, der 1998 mit der Wahl von Hugo Chávez in Venezuela einsetzte und, wie sich an der Wahl Fernando Lugos' in Paraguay zeigt, bis heute fortsetzt.

Die Diskussion, ob es eine einheitliche Tendenz nach links gibt oder zwei völlig verschiedene – der demokratischen Linken und des Populismus – oder gar mehrere linke Strömungen, nimmt in der Ausgabe breiten Raum ein. Dies zeigt, wie schwierig es geworden ist, zwischen Hugo Chávez und Michelle Bachelet einen politischen und analytischen Standpunkt zu fixieren. Die westeuropäische Linke blickt

daher etwas ratlos auf Lateinamerika, wie der Soziologe Hervé do Alto in seinem Beitrag meint.

Die Linke in Lateinamerika war traditionell revolutionär, anti-kapitalistisch und zum Teil antidemokratisch. Wo sie sich den Spielregeln der formalen Demokratie stellte, tat sie dies oft unter dem mehr oder weniger ausgesprochenen Vorsatz, das kapitalistische System und die bürgerliche Demokratie abzuschaffen. Die politische Praxis der lateinamerikanischen Linksregierungen erscheint als eine Praxis ohne Ideologie und ohne Theorie.

Die Autoren in dem Heft, darunter Brasiliens Expräsident Cardoso, fragen nach den konkreten historischen und sozialen Bedingungen, unter denen sich der politische Erdbeben in Lateinamerika vollzieht. So versuchen sie, zwei ganz entschei-

dende Fragen zu beantworten: Kann die Linke in Lateinamerika ihre Versprechen erfüllen und kann sie es nachhaltig tun? Nach Jahren gescheiterter neoliberaler Experimente wählte die Bevölkerung Kandidaten, die nicht nur mit der traditionellen Parteienstruktur brauchen, sondern klare linke Positionen vertreten. Hugo Chávez, Evo Morales und Rafael Correa stehen dafür. In Ländern mit stärkeren demokratischen Traditionen und Parteien im linken Spektrum (Chile, Brasilien, Argentinien) fand der ideologische Paradigmenwechsel dagegen innerhalb des politischen Systems statt.

Ob der Wechsel im Bruch mit dem bestehenden politischen System oder ohne stattfand, bestimmt auch die Handlungsspielräume der Regierungen. Dies ist ein Teil der Erklärung für den Pragmatismus, den verschiedene Autoren den Regierungen im Cono Sur attestieren. Ein anderer Teil liegt darin, dass die Linke im Süden Lateinamerikas eine Art „Sozialdemokratisierung“ durchgemacht hat, die ihr Stimmen der Mittelschicht sicherte. So ist der „Linksruck“ in Lateinamerika eben auch ein „Rechtsruck“ der lateinamerikanischen Linken: ein Schritt in die gesellschaftliche Mitte.

NUEVA SOCIEDAD

Die deutschsprachige Ausgabe online unter www.nuso.org/deutsch

Wert der Integration vermitteln

Im Jahr 1991 gründeten die südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay das Integrationsbündnis Mercosur. Aus der Zollunion soll nach den Plänen der Mitgliedstaaten nicht nur ein gemeinsamer Markt, sondern eine Union entstehen, die auch regionale politische Anliegen gemeinschaftlich regelt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie die Gewerkschaftsdachverbände der Region nutzen den Mercosur bereits heute als Plattform, um ihre Interessen auf regionaler Ebene zu vertreten. Dennoch fällt es den Institutionen des Mercosur schwer, den Bürgerinnen und Bürgern den Wert der Integrationsbemühungen zu vermitteln. Der Mercosur teilt dabei das Schicksal der EU: Er steht zumeist dann im Rampenlicht,

wenn es gilt, unpopuläre Entscheidungen in den Mitgliedstaaten durchzusetzen. Anfang dieses Jahres wurde mit Unterstützung der FES-Uruguay, die die regionale Arbeit zur Stärkung des Integrationsbündnisses betreut, die Arbeitsgruppe Conexión Mercosur gebildet. Sie setzt sich aus den Kommunikationsbeauftragten der wichtigsten Institutionen des Mercosur zusammen. Neben den Fachleuten der Parlamentsverwaltung, des Sekretariats und des Rats der Ständigen Vertreter sind in ihr auch Repräsentantinnen und Repräsentanten des Bündnisses vertreten. Unter der Leitung von Gonzalo Eyherabide, einem der bekanntesten Berater für Kommunikation und Public Relations in Uruguay, hat sich die Gruppe zum Ziel gesetzt, eine

übergreifende Kommunikationsstrategie für den Mercosur zu erarbeiten.

Im Juli ermöglichte die FES Eyherabide einen zweiwöchigen Arbeitsaufenthalt in Brüssel. Er erhielt die Gelegenheit, die Kommunikationspolitik der EU kennen zu lernen und die Strategien zu diskutieren, die die Institutionen der EU in der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch in der internen Kommunikation untereinander einsetzen. Eyherabides Bericht, der prüft, welche der Anregungen im Mercosur umgesetzt werden können, wurde Ende August im Beisein der höchsten Repräsentantinnen und Repräsentanten des Bündnisses präsentiert und bildet die Grundlage für die weitere Arbeit der Gruppe Conexión Mercosur.

— Kolumbien: 15 Jahre Nationales Umweltsystem

Die Smogwerte Bogotás sind dreimal höher als die europäischer Großstädte. Auch der Verschmutzung von Flüssen und Gewässern in städtischen Gebieten durch Müll und Abfälle ist noch niemand Herr geworden. Dazu kommen die nun immer katastrophaleren Folgen von Eingriffen in die Natur, etwa den Trockenlegungen des Moor- und Sumpflands und der Rohdung von Wäldern.

Vor allem auf den Hügeln der Großstädte, wo Bäume oft Schutz vor Erdbeben boten, sind die verarmten Bewohner den Naturgewalten schutzlos

ausgeliefert (Bild). Nach starken Regenfällen häufen sich so die Todesmeldungen durch Schlammlawinen in Medellín, Bucaramanga und anderen Gegenden.

Dies alles geschieht, obwohl bereits vor 15 Jahren in Kolumbien ein weitreichendes nationales Umweltsystem (SINA) geschaffen wurde. Als ein Ensemble aus Zielen, Werten, Aktivitäten, Programmen und Institutionen geht es einer nachhaltigen Entwicklung nach. Um über die Wirksamkeit dieses Programms zu diskutieren, traf sich angeregt u. a. durch die Friedrich-Ebert-Stiftung daher am 10. Juli eine Gruppe von mehr als 80 Experten aus Regierungskreisen, NRO und dem Privatsektor in der Universidad de los Andes in Bogotá, mit Juan Lozano, Minister für Umwelt, Wohnungswesen und Territoriale Entwicklung.

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR: DAS FES-BÜRO IN ÄGYPTEN

Am Schnittpunkt der Kulturen

Umm al Dunya – Mutter der Welt, so bezeichnen die Ägypter ihr Heimatland, die Geburtsstätte einer der ältesten Zivilisationen der Welt. Aber Ägypten ist nicht nur von den bis heute sichtbaren Spuren seiner über 5000-jährigen Geschichte geprägt, es ist auch ein modernes Land, das auf die Einflüsse der Modernisierung

den Lautsprechern der Minarette schallt, flimmert im Shop um die Ecke MTV aus dem Fernsehen. Eselskarren fahren neben Luxuskarossen, palastartige Bauten wie in New Cairo liegen nur wenige Kilometer entfernt von auswuchernden Vorstadtlums und historischen Vierteln wie der fatimidischen Altstadt. Kairo ist ein Schmelz-

tauschs zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und die stärkere Einbindung Ägyptens in den regionalen und internationalen Dialog. Aufgrund seiner Lage am Amtssitz der Arabischen Liga ist das Büro darüber hinaus Verbindungsbüro der FES zu dieser bedeutenden Regionalorganisation.

In den letzten Jahren wurden unter der Leitung der Mitarbeiterin Mervet Kassem politische Jugendforen zu aktuellen politischen Themen, Trainingsprogramme in Genderfragen für Journalisten und Journalistinnen sowie Workshops zur Förderung der Frauen in den verschiedenen Wahlprozessen durchgeführt. Im Arbeitsbereich Sozialpolitische Kooperation und Beratung wurde u. a. unter der Leitung des zuständigen Mitarbeiters Ahmed Genedy ein Expertentreffen für Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungen veranstaltet, um über die Richtlinien der OECD für multinationale Unternehmen zu informieren. Darüber hinaus richten sich die Aktivitäten der Stiftung an die Vertreter und Vertreterinnen von regionalen, interregionalen und internationalen Organisationen, die sich mit der Lösung transnationaler Probleme beschäftigen. Ein Beispiel hierfür ist das umfangreiche Kooperationsprogramm mit dem bedeutenden Al-Ahram-Zentrum für Politische und Strategische Studien, dem wichtigsten poli-



Großes Team mit hohem Bekanntheitsgrad: die Kolleginnen und Kollegen der FES in Kairo

in ihren verschiedenen Aspekten reagieren muss. Darüber hinaus liegt Ägypten im Schnittpunkt zwischen den Kulturen Afrikas, der arabischen Welt und des Mittelmeerraums. Die verschiedenen Einflüsse spiegeln sich in der ägyptischen Gesellschaft wider, die mitunter durch extreme Kontraste gekennzeichnet ist. In der Metropole Kairo wird der Zusammenprall zwischen Tradition und Moderne, zwischen Reichtum und Armut, besonders deutlich. In der 22-Millionen-Stadt sitzen Banker im Anzug neben Taxifahrern in traditioneller Gallabiya und rauchen ihre Wasserpfeife. Während der Gebetsruf aus

tiegel von kosmopolitischer Großstadt und traditionellem Dorf und es spiegelt den schwierigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozess Ägyptens wider.

Die FES ist seit 1976 mit einem Büro in Ägypten vertreten. Ein Team von zehn Mitarbeitern setzt das umfangreiche Programm um. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die Förderung der politischen Partizipation, die Förderung der Beteiligung der Sozialpartner am gesellschaftlichen Diskurs und die Stärkung der regionalen Beziehungen. Ziel der Arbeit ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Förderung des Aus-

tischen Think Tank in Ägypten. Das Programm wird vom Büroleiter Gerd Emil Lieser geleitet und konzentriert sich auf regional- und sicherheitspolitische Forschungs-, Publikations- und Veranstaltungsvorha-

ben, wie einer jährlichen Konferenz zur sicherheitspolitischen Lage am Horn von Afrika. Durch ihre über 30-jährige Tätigkeit in Ägypten hat die FES einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt und ist als Ansprech-

partnerin geschätzt und nachgefragt. In einem hoch kompetitiven Umfeld internationaler Entwicklungsagenturen konnte sie ihren Platz als Bildungs-, Beratungs- und Dialogagentur behaupten und ausbauen.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

Um **Frauen in Südafrikas Gewerkschaften** zu stärken, unterstützt die FES unter anderem SACCAWU, South African Commercial Catering and Allied Workers Union. Damit Frauen ihre Interessen stärker und wirksamer vertreten können, fand im August in Johannesburg ein Tarifverhandlungsworkshop mit Gender-Aktivistinnen statt. Ziel war es, die Frauen für Gender-Fragen in Tarifverhandlungen zu sensibilisieren um frauenrelevante Themen und Forderungen wie Gleichberechtigung, Mutterschutz und sexuelle Belästigung wirksam vertreten zu können.

„Der Medienbereich kann ein Sektor der Süd-Nord-Kooperation werden, der in beide Richtungen funktioniert“, eröffnete **Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle**, Ende August den Fokus Medien und Bildung der FES-Madagaskar.

Vor dem Hintergrund einer sich rasant ändernden Medienlandschaft und einer nationalen Debatte über eine neue Bildungspolitik diskutierten knapp einhundert Verantwortungsträger aus Funk, Fernsehen, Printmedien und ihre Kollegen aus dem Bildungsbereich über bessere Abstimmungen und weitere Perspektiven.



Die Leitfrage „Sind Großprojekte ein Schlüssel für die schnelle Entwicklung?“ überschrieb die Studienreise der 25 Teilnehmer des „**Youth Leadership Training Program**“ (YLTP) der FES-Madagaskar. Während der fünftägigen Fahrt im August machten sich die jungen Vertreter politischer Parteien, von Gewerkschaften, Ministerien und zivilgesellschaftlichen Gruppen ein ei-

genes Bild über die aktuellen Investitionen auf der Insel im Indischen Ozean. „Bei uns entsteht das weltweit größte Nickel- und Kobaltabbaugebiet, gleichzeitig wird unser wichtigster Überseehafen ausgebaut“, so eine junge Teilnehmerin, „daher informieren wir uns über die möglichen Folgen für die ländliche Bevölkerung unseres Landes.“

Millionen Menschen leben in Südafrika auch 14 Jahre nach der Apartheid immer noch in Elendsvierteln ohne Zugang zu fließend Wasser und Strom. Ist es unter solchen Bedingungen möglich, eine der weltweit fortschrittlichsten Verfassungen im Bereich Umweltschutz auch auf lokalem Niveau umzusetzen? Antworten darauf suchten Vertreter verschiedener Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen der Region „Eastern Cape“ im Rahmen eines Workshops der **FES-Südafrika** vom 27. bis 29. Juli in East London. Zudem ging es darum, innovative, ökologisch verträgliche und kostengünstige Techniken zum Schutz der Biodiversität, zur Verbesserung der Abfallentsorgung und der Aufwertung der Luftqualität vorzustellen, die zeigen, dass Umweltschutz und Entwicklung nicht auf Kriegsfuß miteinander stehen müssen.

Welche Fähigkeiten werden bei der Verhandlung internationaler Handelsabkommen benötigt? Was sind die wichtigsten Prinzipien guter Verhandlungsführung? Im Rahmen des „Youth Leadership Training Programme“ profitierten 20 junge ghanaische Politikerinnen und Politiker sechs Tage lang von der Erfahrung und dem Fachwissen renommierter Verhandler. Das Programm stellte einen direkten **Bezug zur Realität der ghanaischen Politik im Wahljahr 2008** her. Den krönenden Abschluss bildete ein Rollenspiel, in dem die Beilegung eines langjährigen ethnischen Konflikts in einer der ärmsten Regionen Ghanas friedlich ausgehandelt werden konnte. Nun müssen die Nachwuchskräfte ihre Fähigkeiten in der Praxis beweisen.

Internationale Politikanalyse

Hengstenberg, Peter – Länderanalyse Polen: nach dem Spiel ist vor dem Spiel ; Polen auf dem Weg in seine europäische Zukunft
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05580.pdf>

Koski, Olli – Länderanalyse: eine sanfte Landung für Finnland? Struktureller Wandel und politischer Kurswechsel

Leitlinien für einen reformierten EU-Haushalt / Arbeitskreis Europa

Perger, Werner A. – Sanfter Konservatismus und der Verlust der Mitte
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05424.pdf>

Luhmann, Hans-Jochen; Sterk, Wolfgang – Climate targets – should they be met at home or where it is cheapest? : The „clean development mechanism“ as generator of investment from inside the climate regime

West, Klaus-W. – Fortschritt nachhaltig gestalten: Perspektiven einer Politik medizinischer Innovationen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05448.pdf>

Vring, Thomas von der – Droht eine europäische Lohnsenkungsspirale?
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05449.pdf>

Kramer, Helmut, Dzihic, Vedran – Der Kosovo nach der Unabhängigkeit: Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05695.pdf>

Schymik, Carsten – Der Europaausschuss des dänischen Folketing - der machtvollste Europas?
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05640.pdf>

WISO-Diskurs

Angenendt, Steffen – Die Steuerung der Arbeitsmigration in Deutschland: Reformbedarf und Handlungsmöglichkeiten

Amrhein, Ludwig; Backes, Gertrud Maria; Wolfinger, Martina – Gender in der Pflege: Herausforderungen für die Politik (Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik)

Schmid, Günther – Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung: Wege zu einer neuen Balance individueller Ver-

antwortung und Solidarität durch eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik

Wannöffel, Manfred – Entscheidend ist im Betrieb: qualifizierte Mitbestimmung als Herausforderung für Gewerkschaften und Politik
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05450-20080626.pdf>

WISO direkt

Kurzberichte Internationale Gewerkschaftskooperation:

Martin, Brendan – Die Weltbank, Bahnprivatisierungen und Gewerkschaften (Nr. 4) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05151.pdf>

Kohl, Heribert – Wo stehen die Gewerkschaften in Osteuropa heute? Eine Zwischenbilanz nach der EU-Erweiterung (Nr. 5) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05362.pdf>

Bakvis, Peter; McCoy, Molly – Kernarbeitsnormen und internationale Organisationen: welche Fortschritte haben Gewerkschaften bisher erreicht? (Nr. 6) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05430.pdf>

Greven, Thomas – Konkurrenz oder Kooperation? Die Zukunft der europäisch-amerikanischen Gewerkschaftsbeziehungen (Nr. 7) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05443.pdf>

Müller, Thorsten; Platzer, Hans-Wolfgang; Rüb, Stefan – Internationale Rahmenvereinbarungen – Chancen und Grenzen eines neuen Instruments globaler Gewerkschaftspolitik (Nr. 8)

Dauderstädt, Michael – Wachstumsbremse Ungleichheit <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05578.pdf>

Dauderstädt, Michael – Vermögensblasen und Bankenkrisen: Risikowachstum oder Wachstumsrisiken?

Färber, Christiane; Spangenberg, Ulrike; Stiegler, Barbara – Gute Gründe für ein Ende des Ehegattensplittings

Greifenstein, Ralph; Weber, Helmut – Arbeitnehmerbeteiligung im Mittelstand zwischen Patriarchat und Mitbestimmung

Pimminger, Irene – Bedingungsloses Grundeinkommen aus einer geschlechterpolitischen Perspektive

Verschiedene Publikationen

Bergstermann, Jörg; Neubert, Axel – Vietnam: die „Erneuerungspolitik“ in ihrer bisher größten Belastungsprobe (Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit: Asien und Pazifik) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05476.pdf>

Dahal, Dev Raj – Nepal: the Constituent Assembly election and challenges ahead (Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit : Asien und Pazifik) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05481.pdf>

Berg, Patrick – The dynamics of conflict in the tri-country-region of the Sudan, Chad and the Central African Republic (Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse) <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05423.pdf>

Decker, Oliver – Ein Blick in die Mitte: zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen (Forum Berlin) <http://library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf>

Dann, Otto – Eine Sternstunde des Bundestages: Gustav Heinemanns Rede am 23. Januar 1958 (Gesprächskreis Geschichte; 81)

Schunke, Philip – Die deutschen Seehäfen im europäischen Wettbewerb (Podiumsdiskussion des Managerkreises)
<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/05485.pdf>

Die Liberalisierung des Welthandels: Was kommt nach Doha? / Konferenzbericht (Stabsabteilung)
<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/05451.pdf>

Jungnickel, Rolf; Schüller, Margot – Asiens internationale Wettbewerbsfähigkeit auf dem Prüfstand (Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung)
<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/05491.pdf>

Rehburg, Meike – Im Norden hat die Zukunft schon begonnen: Bildung und Innovation in den nordischen Ländern / Dokumentation einer Podiumsdiskussion (Berliner Forum für Wissenschaft und Innovation)
<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/05463.pdf>

Notz, Gisela – Das bürgerschaftliche Engagement der Älteren stärken / Zusammenfassung einer Fachtagung, (Forum Politik und Gesellschaft.)
<http://library.fes.de/pdf-files/do/05489.pdf>

Janus, Anja – Integration beginnt im Vorschulalter: von Schweden und Dänemark für zukünftige Konzepte lernen (Forum Politik und Gesellschaft)
<http://library.fes.de/pdf-files/do/05488.pdf>

Kenntemich, Wolfgang – Content first: der transmediale Prozess und die journalistische Qualität. (Medien digital; 7)

Vogel, Andreas – Print goes electronic: Strategien großer Verlagshäuser für IPTV, WebTV und Mobilkommunikation (Medien digital; 6)

Kraa, Detlev – Vereinbarte Unvereinbarkeiten: Zentralasiens Regionalismus in der Selbstblockade. (Materialien zum Thema „Demokratieförderung“)

Partnership with Russia in Europe: a strategy for a win-win-situation?; 6th roundtable discussion, Gesprächskreis Partnerschaft mit Russland in Europa
<http://library.fes.de/pdf-files/id/05446.pdf>

Diedrich, Klaus – Reproduktionsmedizin im internationalen Vergleich: wissenschaftlicher Sachverstand, medizinische Versorgung und gesetzlicher Regelungsbedarf. (Stabsabt./ Bio- und Gentechnologie)

Rüttgers, Martin – Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung (Betrifft: Bürgergesellschaft; 30)

Die Würde des Menschen ist unantastbar: religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik (Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog)
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/05439-20080701.pdf>

Reihe „Dialogue on Globalisation“

Nayyar, A. H. – A Pakistani perspective on nuclear disarmament and non-proliferation, Briefing Paper 9-2008, FES-Islamabad

Liping, Xia – Nuclear Non-Proliferation from a Chinese Perspective, Briefing Paper 8-2008, FES-Shanghai

Paul, James A.; Wahlberg, Katarina – A new era of world hunger? The global food crisis analyzed, Briefing Paper 7-2008, FES-New York

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Erfried Adam, Christine Arbogast, Beate Bartoldus, Hans Blumenthal, Ruth Brandherm, Max Brändle, Nicole Breyer, Anja Dargatz, Michael Dauderstädt, Knut Dethlefsen, Micky Drill, Sina Dürrenfeldt, Peter Ehrlich, Angelika Einsiedler, Stefanie Elies, Helmut Elischer, Michael Fischer, Naira Geworkian, Peter Gey, Rainer Gries, Stefanie Hanke, Frank Hantke, Peter Häussler, Anita Haviv, Benedikt Herges, Ernst Hillebrand, Raschad Huseynli, Tilmann Janner, Matthias Jobelius, Marei John-Ohnesorg, Türkan Karakurt, Christos Katsioulis, Matthias Kindel, Joachim Knoop, Astrid Köppel, Franziska Korn, Christian Krell, Reinhard Krumm, Helmut

Kurth, Nora Langenbacher, Emil Lieser, Annette Lohmann, Beate Martin, Kathrin Meißner, Stephan Meuser, Henrik Meyer, Dietmar Molthagen, Julia Müller, Gisela von Mutius, Khatuna Nakeuri, Sylvia A. Niewiem, Sulaiman Qeyamat, Reiner Radermacher, Werner Rechmann, Astrid Ritter-Weil, Michael Roll, Lena Rosenthal, Adalbert Schlag, Felix Schmidt, Severin Schmidt, Michael Schneider, Markus Schreyer, Franziska Schröter, Irine Seperteladze, Sarah Tangen, Jens Tartler, Peer Teschendorf, Ia Tikanadze, Urban Überschar, Fatih Ünal, Winfried Veit, Almut Wieland-Karimi, Andreas Wille, Lothar Witte, Anna Wolf, Karen Ziemek

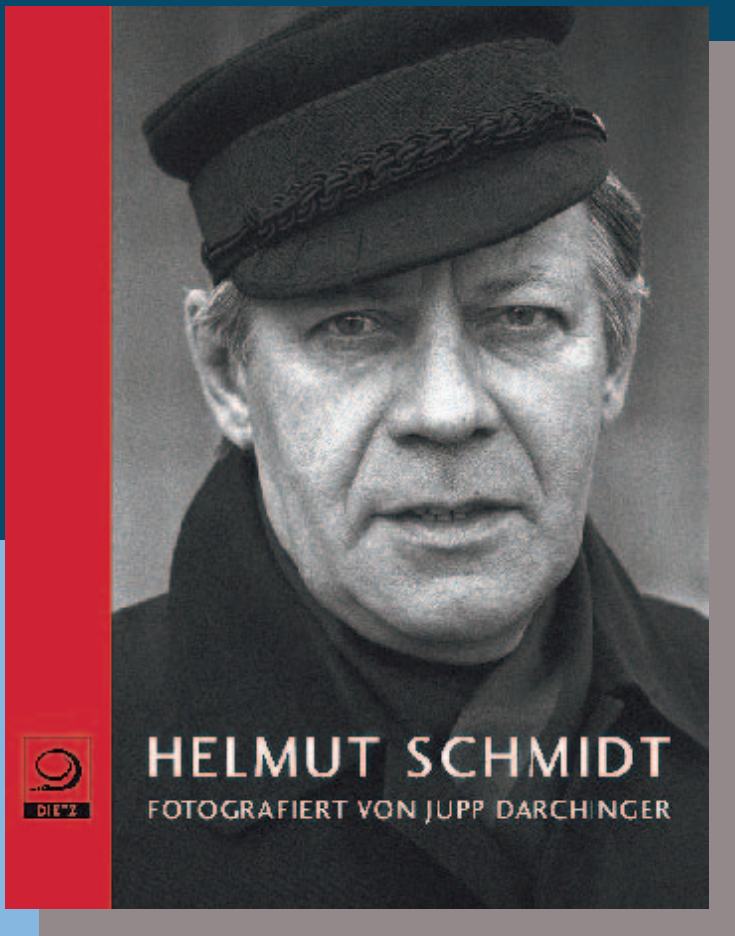
Impressum

Herausgeber:
 Friedrich-Ebert-Stiftung
 Kommunikation und Grundsatzfragen
 ✉ D-53170 Bonn
 📦 Godesberger Allee 149
 D-53175 Bonn
 Telefon: 0228 883-213/214

Internet:
www.fes.de
 Email: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiski, Pressestelle Berlin
 Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
 Telefon: 030 26935924
 Telefax: 030 26935951
 Email: peter.donaiski@fes.de

Herstellung, Satz & Layout: Publix, Harald Eschenbach, Berlin
 Re-Design: Wolfgang Rabe, Berlin
 Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
 Titelfoto: picture-alliance/dpa (rechts), FES (links)
 Printed in Germany, Oktober 2008
 Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
 ISSN 0942-1351



Helmut Schmidt

Fotografiert von Jupp Darchinger

Hg. von Dieter Dowe und Michael Schneider

432 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag
34,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0389-4

Neuerscheinung

Dieser aufwendig gestaltete Band präsentiert zahlreiche unbekannte Fotografien von Helmut Schmidt, insgesamt über 600, von denen viele zu »Ikonen« wurden. Aufgenommen hat sie Jupp Darchinger – der Fotochronist der Bonner Republik. Für Helmut Schmidt ist Darchinger »einfach der Beste«. Die eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Aufnahmen sind Meisterwerke der politischen Fotografie, insbesondere der Porträtkunst, und einzigartige zeitgeschichtliche Dokumente.

Der Band folgt Helmut Schmidts politischem Aufstieg, der mehr war als nur eine Karriere: SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, mehrfach Bundesminister in zentralen Ressorts, Bundeskanzler und schließlich Elder Statesman. Die kurzen Einleitungen zu den einzelnen Kapiteln und die Bildunterschriften werden in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache präsentiert.